



MONATLICHER PRESSESPIEGEL

JANUAR 2021

Inhalt:

- Staat und Politik
- Wirtschaft
- Finanzen
- Transport und Logistik
- Wissenschaft, Bildung und Kultur
- Tourismus und Gastronomie
- Verschiedenes
- Zahlen und Fakten

Folgen Sie uns auf [Twitter](#) und [Facebook](#)

Botschaft von Luxemburg
Presseabteilung
Klingelhöferstraße 7
D-10785 Berlin

Tel. +49 30 263 957 0
Fax +49 30 263 957 27

berlin.amb@mae.etat.lu
berlin.mae.lu





GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

STAAT UND POLITIK

Der Kampf um offene Grenzen

Die EU-Staats- und Regierungschefs beraten heute via Telekonferenz über Impfungen und koordinierte Corona-Maßnahmen

Brüssel. Auch nach fast einem Jahr Pandemie wirkt die EU unkoordiniert. Gemeinsame Einreisebedingungen gibt es nicht wirklich – jedes Land kocht sein eigenes Süppchen – und auch die Lockdown-Maßnahmen sind von Land zu Land unterschiedlich. Sogar in sehr integrierten und verflochtenen Gebieten, wie etwa im Benelux oder in der Großregion herrschen unterschiedliche Regeln, je nachdem, auf welcher Seite einer Staatsgrenze (oder Regionalgrenze) man sich befindet.

Und auch beim Ausweg aus der Krise – nämlich den Impfkampagnen – herrscht Kakophonie. Während die luxemburgische Regierung die Strategie der EU-Kommission verteidigt, die darin besteht, im Namen aller EU-Staaten Impfdosen zu bestellen und auf EU-Qualitätsstandards zu pochen, sind andere Staaten viel ungeduldiger. Die deutsche Bundesregierung erweckt etwa den Eindruck, dass sie im Alleingang Impfdosen bestellt, der Österreicher Sebas-

tian Kurz setzt die europäische Arzneimittel-Agentur öffentlich unter Druck, um Impfmittel schneller zuzulassen und der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán will sich Impfungen aus China oder Russland besorgen. „Es gibt in den Mitgliedstaaten Druck, um die Produktion und die Schnelligkeit der Impfungen zu erhöhen“, so ein EU-Diplomat.

Dazu kommt ein weiteres Problem: Das Auftauchen von neuen Virus-Varianten, die noch ansteckender sind. Der EU-Gipfelpräsident fasst die derzeitigen Herausforderungen in seinem Einladungsschreiben für den heutigen Video-Gipfel, bei dem die EU-Staats- und Regierungschefs über die Pandemie-Bekämpfung beraten werden, wie folgt zusammen: „Die Infektionsraten in ganz Europa und das Auftreten neuer, ansteckenderer Varianten des Virus erfordern äußerste Vorsicht. Die Aussicht auf Impfungen ist ermutigend, aber wir müssen unsere Wachsamkeit beibehalten und unseren Test- und

Rückverfolgungsansatz fortsetzen, während wir grenzüberschreitende Bewegungen in der EU zulassen.“

Wie genau die EU dabei vorgehen will, ist allerdings noch nicht klar. „Um eine bessere Koordination zu gewährleisten, möchte ich, dass wir uns über bewährte Verfahren für die in den Mitgliedstaaten ergriffenen Maßnahmen austauschen“, schreibt Michel weiter.

Teil der Debatte wird auch der sogenannte Impfpass sein, den einige tourismusabhängige Staaten verlangen, um Reisen zu vereinfachen. Doch EU-Diplomaten warnen davor, unnötige Kontroversen wegen vager Konzepte loszutreten. Dafür sei es ohnehin verfrüht, so EU-Kreise, denn wesentlichere Fragen sind im Zusammenhang mit den Impfungen noch offen – sowohl aus wissenschaftlicher Sicht wie auch in Bezug auf die Impfpläne in den einzelnen Staaten.

Ausnahmen für Grenzpendler?

Insgesamt geht es demnach darum, der Gefahr von Grenzschie-

ßungen wegen unkoordinierter Maßnahmen vorzubeugen. Dass diese besteht, hat die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel ungewohnt klar gesagt. „Wenn Länder ganz andere Wege gehen sollten, dann muss man auch bis zum Äußersten bereit sein und sagen: Dann müssen wir auch wieder Grenzkontrollen einführen.“

Für Luxemburgs Premier Xavier Bettel (DP) ist das Thema besonders brisant, da sowohl die Wirtschaft wie auch das Gesundheitswesen des Landes von offenen Grenzen abhängig sind. Der Premier wird sich demnach für den offenen Verkehr der Grenzpendler stark machen – wie er das seit dem Anfang der Pandemie auf EU-Ebene machen muss. Vieles wird dabei von der Haltung Deutschlands gegenüber den Grenzpendlern abhängig sein. Ziel der Luxemburger Regierung ist es, diese komplett aus den jeweiligen Einreisebeschränkungen herauszuhalten. dv

Freie Fahrt für Lkws, nicht für Bürger

EU-CORONAGIPFEL Einschränkungen sollen verschärft werden

Von unserem
Korrespondenten
Eric Bonse, Brüssel

Die EU verschärft wegen der neuen Corona-Variante die Reiserregeln. Der Binnenmarkt wird gesichert, der Tourismus muss leiden. Was aus den Grenzregionen wird, ist offen. Für Lastwagen und Warentransporte bleiben die Grenzen offen, doch für Menschen werden neue Hürden errichtet: Darauf haben sich die 27 Staats- und Regierungschefs der EU bei einem Corona-Krisengipfel am Donnerstagabend grundsätzlich geeinigt. Es gehe darum, sich vor der britischen Variante des Coronavirus zu schützen und den Binnenmarkt offen zu halten, erklärte EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen. Nicht notwendige Reisen sollten aber möglichst eingeschränkt werden, sagte Ratspräsident Charles Michel.

Damit werden einfache Familienbesuche im EU-Ausland sowie Urlaubsreisen in Europa weiter erschwert. Frankreich kündigte bereits an, dass europäische Reisende bei der Einreise künftig einen Coronatest vorweisen müssen. Dieser PCR-Test dürfe nicht älter als 72 Stunden sein, hieß es in Paris. Die Regelung gelte ab Sonntag um 00.00 Uhr. Ausnahmen seien für „essenzielle“ Reisen vorgesehen – vor allem Grenzgänger und den Warenverkehr. Ähnliche Regeln plant Belgien.

Die EU bricht damit ihr Ver-

sprechen, die Grenzen auch in der Corona-Krise offen zu halten. Die Schlagbäume sollen zwar nicht heruntergehen – jedenfalls nicht für Brummis. Damit ziehen die Europäer eine Lehre aus der Krise vom Frühjahr 2020, als sich kilometerlange LKW-Schlangen an der deutsch-polnischen Grenze bildeten. „Es sollte keine undifferenzierten Reisesperren geben“, sagte Michel. Gleichwohl seien weitere Beschränkungen für private Reisen notwendig, um die neue Virus-Variante zu stoppen, sagte er mit Verweis auf die britische „Mutante“ des Coronavirus, die auch schon in einigen EU-Ländern nachgewiesen wurde.

Besonders hart sollen diese Beschränkungen in Corona-Hotspots ausfallen. Für sie will die EU eigens eine dunkelrote Kennzeichnung einführen. Von Personen, die künftig aus den dunkelroten Zonen verreisen wollen, könne vor der Abreise ein Test verlangt werden sowie Quarantäne nach der Ankunft, sagte von der Leyen. Unklar blieb beim informellen Spitzentreffen, ob die neuen Regeln für Grenzregionen und Berufspendler gelten. Details will die EU-Kommission erst am Montag bekanntgeben.

Tourismus bleibt
weiter eingeschränkt

Die Verschärfung kommt zu einem Zeitpunkt, in dem die Corona-Fallzahlen in einigen

EU-Ländern sinken. Dennoch trat die deutsche Kanzlerin Angela Merkel bei dem virtuellen Gipfeltreffen besonders vehement für härtere Maßnahmen ein. Sie hatte vor den Beratungen gewarnt, dass Deutschland nationale Grenzkontrollen einführen werde, sollten die Nachbarn nicht entschlossene Maßnahmen ergreifen. Dabei nannte sie Tschechien und die Schweiz. Aber auch Luxemburg fühlte sich angesprochen – und protestierte.

Doch am Ende setzten sich Deutschland sowie Frankreich und Belgien durch, die ebenfalls verschärfte Reiserregeln fordern. Der Druck hat gewirkt, die EU hat ihren Kurs um 180 Grad gewendet. Dabei hatte die EU-Kommission noch im Herbst vor Reisebeschränkungen gewarnt. Das Coronavirus sei in ganz Europa angekommen, deshalb machten schärfere Regeln an den Schengen-Grenzen innerhalb der EU keinen Sinn, hieß es damals in Brüssel. Sinnvoller sei es, das Problem regional und grenzüberschreitend anzugehen. Davon ist nun keine Rede mehr.

Auch die Diskussion über mögliche Lockerungen für Menschen mit Impfschutz ist beendet. Vor allem Griechenland hatte sich für einen Impfpass ausgesprochen, der Urlaubsreisen erleichtern sollte. Das ist vom Tisch – stattdessen wird der Tourismus wohl noch weiter eingeschränkt.

Impfen in fünf Phasen

Parlament diskutiert über Impfstrategie der Regierung

Von Michèle Gantenbein

Die Regierung wurde wegen ihrer Strategie in Sachen Impfstoffbeschaffung scharf kritisiert. Sie hätte sich nicht allein auf die EU verlassen und selbst Impfstoff bestellen sollen, wurde von vielen Seiten moniert. Gestern fand auf Anfrage der ADR eine Aktualitätstunde zum Thema Impfen statt.

Deren Vertreter Jeff Engelen hatte viele Fragen: Warum hat Luxemburg keinen zusätzlichen Impfstoff gekauft? Bis wann erhält das Großherzogtum den bestellten Impfstoff? Wie will die Regierung sicherstellen, dass es nicht zu Diskriminierungen zwischen geimpften und nicht geimpften Personen kommt? Und wie wird der Wille von Menschen respektiert, die dementsind oder sich nicht mehr artikulieren können?

Fraktionschef Gilles Baum (DP) verteidigte die Vorgehensweise der Regierung. Es sei richtig gewesen, die Verhandlungen auf EU-Ebene und nicht im Alleingang zu führen. „Allein hätten wir heute noch gar keinen Impfstoff“, sagte Baum. Es sei auch richtig gewesen, nicht auf einen einzigen Hersteller zu setzen, und es sei richtig gewesen, bei der Zulassung nichts zu überstürzen. „Wir brauchen das Vertrauen der Menschen, sich impfen zu lassen.“ Der DP-Fraktionschef räumte ein, dass die Impfungen nur schleppend vorankommen. Es sei aber falsch zu behaupten, es sei nicht genügend Impfstoff bestellt worden. Mit den bisher zugesagten Impfdosen kann Luxemburg bis Ende März 36 000

Personen impfen, wie Gesundheitsministerin Paulette Lenert (LSAP) bestätigte. Sie versicherte den Parlamentariern auch, dass es in Luxemburg keine Impfpflicht geben werde und die Regierung nicht vorhabe, eine Liste mit nicht geimpften Personen aufzustellen.

„Vieles schief gelaufen“

Jean-Marie Halsdorf (CSV) fand, die EU habe nicht genug Impfstoff eingekauft. „Die Regierung hätte nach Abschluss der Verhandlungen Impfstoff bestellen müssen“, so Halsdorf. Beim Large Scale Testing sei Luxemburg ja auch seinen eigenen Weg gegangen. Auf Fragen, ob die Regierung zusätzlichen Impfstoff bestellen werde, habe sie bislang keine klare Antwort gegeben. „Warum geht die Regierung so zaghaft vor?“, fragte Halsdorf. Im Falle eines Überschusses an Impfdosen könne Luxemburg diese an ihre Partnerländer in der Entwicklungshilfe weitergeben, so der CSV-Abgeordnete.

Marc Hansen (Déi Gréng) hingegen fand, es sei richtig gewesen, keine Überkapazität an Impfdosen zu bestellen – aus Solidarität mit wirtschaftlich schwachen Ländern. „Wir haben es Hunderttausenden Testpersonen in Südamerika zu verdanken, dass die Impfstoffe so schnell entwickelt und getestet werden konnten“, so Hansen. Er meinte auch, dass Luxemburg im Falle eines individuellen Einkaufs den Impfstoff „weder früher noch günstiger“ bekommen hätte.

Cécile Hemmen (LSAP) erklär-

te, Luxemburg erhalte genug Impfstoff, um 1,1 Millionen Menschen zu impfen. Da noch nachzubestellen, mache keinen Sinn. Sie verteidigte auch den „exzellenten Impfstrategieplan“ der Regierung. „Wenn wir mit dem Impfen nicht mit der gewünschten Geschwindigkeit vorankommen, dann liegt das an der Verfügbarkeit des Impfstoffs, aber sicher nicht an der Strategie“, so Hemmen. Unklar sei die Bereitschaft der Bevölkerung, sich impfen zu lassen. Hier sei es wichtig, gegen Desinformationskampagnen und Verschwörungstheorien vorzugehen und die Menschen aufzuklären.

Marc Baum (Déi Lénk) stellte der Regierung ein gutes Zeugnis aus. Er befürwortete den kollektiven Einkauf und die Zulassungsprozedur. Eine sichere Zulassungsprozedur sei die Basis für Vertrauen in der Bevölkerung. Marc Baum befürwortete auch die bisher bekannte Impfstrategie, wollte aber wissen, wie es danach weitergeht, wenn die ersten Personengruppen durchgeimpft sind. Baum regte an, die Öffentlichkeit jeden zweiten Tag über den aktuellen Stand auf dem Laufenden zu halten. Ministerin Paulette Lenert zufolge arbeitet die Regierung an einer umfassenden Aufklärungs- und Informationsstrategie.

Reserveliste für Unschlüssige

Sven Clement (Piraten) stellte eine Reihe von praktischen Fragen: Bleibt es bei Testeinladungen oder kann Impfung auch auf eigene Initiative stattfinden? Was passiert,

wenn jemand seiner Einladung nicht folgt? Muss er dann warten, bis alles durchgetestet wurden? Darf man sich seinen Impfstoff aussuchen, wenn mehrere Impfstoffe verfügbar sind?

Und die Frage, die von mehreren Rednern gestellt wurde: Wie sieht die Priorisierung aus? Auf diese Fragen gab Paulette Lenert gestern Antworten (siehe Kasten). Die Gesundheitsministerin versicherte, dass man sich bei der Verabreichung der zweiten Dosis streng an die Vorgaben der EMA halten werde. „Mir fänke net un ze piddelen“, so Paulette Lenert. Ferner erklärte die Ministerin, dass im Falle von Menschen, die nicht selbst entscheiden können, der gesetzliche Vormund entscheidet. Menschen, die es sich noch überlegen wollen oder einen bestimmten Impfstoff verabreicht haben wollen, können sich auf eine Reserveliste setzen lassen. Sie kommen dann je nach Verfügbarkeit an die Reihe.

Die Impfstrategie

Phase 1 (aktuell): Personal des Gesundheits- und Pflegesektors sowie Bewohner von Pflege- und Altenheimen.

Phase 2: die über 75-Jährigen gefolgt von den 65- bis 75-Jährigen.

Phase 3: die vulnerablen Menschen. Als Basis gilt die Definition des Conseil supérieur pour maladies infectieuses; die 50- bis 65-Jährigen, berufsbezogene Impfungen.

Phase 4: die vulnerablen Menschen unter 50 Jahren; Menschen, die in Prekarität leben.

Phase 5: Impfungen nach absteigendem Alter sowie Grenzgänger.

Flugpassagiere brauchen Covid-Test

NEUE MASSNAHMEN Zweite Impfphase für alte und vulnerable Menschen

Robert Schneider

Ähnlich wie in vielen anderen europäischen Ländern werden ab Freitag neue Regeln für den Flugverkehr gelten. Dies beschloss die Regierung während des Ministerrates vom Montag. Etwas mehr Klarheit gibt es auch bei der Impfstrategie. Staatsminister Bettel und Gesundheitsministerin Lenert lieferten am Abend erste Details.

Die erste Phase der nationalen Impfkampagne zum Schutz gegen das Coronavirus, die Ende Dezember anlief, war den Gesundheits- und Pflegeberufen vorbehalten. Auch die Bewohner von Pflegeheimen gehören zur ersten Gruppe der Menschen, die Impfschutz genießen können. Diese Strategie, so Paulette Lenert, schütze nicht nur die Geimpften, sondern Sorge auch für Entspannung in den Krankenhäusern, da es besonders Hochbetagte sind, die schwer an der Infektion erkranken.

Nachdem lange offen war, welche Bevölkerungsgruppen sich als nächste impfen lassen dürfen, hat der nationale Ethikrat nun in einem Gutachten die Fortsetzung dieser Strategie des Schutzes der Gefährdetsten empfohlen und so sollen in Phase 2 Menschen über 75 Jahre schriftlich eingeladen werden, die Ältesten werden dabei Vorrang haben. Parallel sollen

„hochgradig vulnerable“ Impfschutz genießen können.

Eine Liste mit den entsprechenden Erkrankungen, die der Ärzteschaft als Grundlage für ein Attest dienen soll, soll im Laufe der Woche unter Mitarbeit des „Comité des maladies infectieuses“ erstellt werden. Es mache also keinen Sinn für eventuell Betroffene, vor nächster Woche bei den Hausärzten vorstellig zu werden, unterstrich die Gesundheitsministerin.

Wo und wann bleibt offen

Unklar ist noch, wo und wann die Impfungen der Phase 2 durchgeführt werden. Dies hänge von den Lieferungen seitens der verschiedenen Pharmaproduzenten ab, die nicht unproblematisch sind, wie der Staatsminister unterstrich: Lieferengpässe und Verspätungen würden bei praktisch allen Firmen vorkommen.

Ab Freitag gelten daneben neue Regeln für den Flugverkehr und nur für diesen. Menschen, die mit dem Auto oder dem Zug einreisen, können dies weiterhin ohne Beschränkungen tun. Flugpassagiere allerdings, die ins Land einreisen, müssen beweisen, dass sie Covid-frei sind. Dies mit einem PCR- oder einem Schnelltest, die beim Abflug nicht älter als 72 Stunden sein dürfen.

Passagiere, die aus Drittländern außerhalb der Europäischen Union anreisen bzw. aus eventuell künftig definierten EU-Risikogebieten kommen, müssen sich außerdem auf Findel einem Test unterziehen.

Die Regelung gilt bis zum 28. Februar und betrifft sowohl Einwohner Luxemburgs als auch Bewohner anderer Staaten, die auf Findel landen. Ausnahmen gelten für die Flugzeugcrews, für EU-Reisende, die weniger als 72 Stunden im Ausland waren, für Transit-Passagiere und für Menschen, die per Attest beweisen können, dass sie an Covid erkrankt waren und als geheilt gelten.

Ankommende, die einen für sie vorgeschriebenen Test verweigern, müssen 14 Tage in Quarantäne, bzw. bis sie einen negativen Test vorlegen können.

Luxemburg wird, so erklärte Paulette Lenert weiter, dem deutschen Beispiel nicht folgen und vorerst keine Bestellung für Antikörpermedikamente aufgeben. Diese seien noch nicht in der EU zugelassen: Luxemburg hält also weiter am europäischen Weg fest und wartet auf das Urteil der Zulassungsbehörden über dieses Medikament, das dem ehemaligen US-Präsidenten zu einer schnellen Genesung verholfen haben soll.

„Keine Provokation“

LUXEMBURG Asselborn kontert Kritik aus Saarland an Lockerungen

Armand Back

Luxemburg hat Deutschland im Frühjahr hart wegen seiner nicht abgestimmten Grenzschließungen kritisiert. Jetzt kommen scharfe Worte in Richtung Luxemburg. Saarlunds Ministerpräsident Tobias Hans nennt Luxemburgs Corona-Lockerungen „verantwortungslos“. Wenig später kontert Jean Asselborn.

„Ich halte das, ehrlich gesagt, für verantwortungslos, bei solch hohen Virus-Inzidenzzahlen zu lockern“, sagte Saarlunds Ministerpräsident Tobias Hans am Mittwoch in einem Interview mit dem Saarländischen Rundfunk. Luxemburg hatte am Dienstag angekündigt, ab dem 11. Januar den Einzelhandel, Kultureinrichtungen und Sportstätten unter strengen Auflagen wieder öffnen zu wollen und in den Schulen zum Präsenzunterricht zurückzukehren.

Hans rät der Luxemburger Regierung, ihren Schritt zu „überdenken“ und nennt die Entscheidung „eine echte Belastung in der Großregion“. Zudem sorgte sich Hans vor einer möglichen Ausbreitung der jüngsten Virus-Mutation und verwies auf die „engen Verknüpfungen zwischen Luxemburg und Großbritannien“. Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn verteidigte gegenüber dem *Tageblatt* die von der Regierung beschlossenen Lockerungen. „Wir sind ein eigenständiges Land und treffen unsere eigenen Entscheidungen.“ Luxemburgs Lo-

ckerungen seien demnach keine „Provokation“. Die ganze Pandemiebekämpfung sei ein permanenter Balanceakt, so Asselborn, jedes Land müsse seinen eigenen Weg finden. Vor Weihnachten seien die Maßnahmen in Luxemburg strikter gewesen als jene in Deutschland, nun seien jene in Deutschland strikter.

„Kritik ist sein gutes Recht“, sagt Asselborn über Hans' verbalen Angriff, aber Luxemburgs Regierung habe „nicht im Sinne, deutsche Kunden in Geschäfte nach Luxemburg zu locken“. Überhaupt seien die Maßnahmen im Handel jetzt strenger als vor dem Lockdown, sagt Asselborn, und auch „strenger als in Frankreich und in Belgien – und da habe ich aus Deutschland nichts gehört“. Luxemburg bringe demnach keine „Unordnung“ in die Großregion.

Grenzschließung

„nicht vergessen“

Auch im Saarland selbst gab es Kritik an Hans' Äußerungen. Gegenüber der Deutschen Presseagentur sagte der Vorsitzende der Fraktion Die Linke im saarländischen Landtag, Oskar Lafontaine, es sei „instinktos, (...) wenn der saarländische Ministerpräsident der Luxemburger Regierung Verantwortungslosigkeit vorwirft“. Es komme immer wieder vor, dass im Dreiländereck die Nachbarn Luxemburg, Lothringen und das Saarland unter-

schiedliche Auffassungen zu sie gemeinsam berührenden Fragen hätten. Nicht vergessen, so Lafontaine, sei in Frankreich und Luxemburg die nicht abgestimmte Grenzschließung im Frühjahr, die zu viel Verärgerung geführt habe. „Es ist daher dringend notwendig, das Miteinander im Dreiländereck zu verbessern und zu Freundschaft und guter Zusammenarbeit zurückzufinden.“

Rund 50.000 Menschen pendeln täglich aus Deutschland nach Luxemburg. Viele arbeiten in Gesundheits- und Pflegeberufen. Damals im Frühling war es Luxemburg, das Deutschland für seine einseitigen Schritte scharf kritisiert hatte.

Wortführer in jenen Wochen war Jean Asselborn, der nun Luxemburgs Lockerungen verteidigt. „Ich kann nur davor warnen, dass man jetzt wieder an die Grenzen geht“, sagt Asselborn und verweist auf die „sehr gute Kooperation“ in der Großregion in den vergangenen Monaten – und darauf, dass in Luxemburg, falls es zu einer Verschlimmerung bei den Infektionszahlen komme, „die Regierung die Schrauben schnell wieder anzieht“.

Ich halte das, ehrlich gesagt, für verantwortungslos

Tobias Hans
Saarlunds Ministerpräsident

Sich selbst am nächsten

Hubert Morang

Stellvertretender Chefredakteur

In der Corona-Krise kocht jeder am liebsten sein eigenes Süppchen.

Das Pandemie-Krisenmanagement ähnelte in den letzten Monaten in vielen Ländern (auch hierzulande) fast einem Blumenorakel. Aus dem „Sie liebt mich, sie liebt mich nicht“ beim Zupfen am Gänseblümchen, machte die Politik ein „Ich mache dicht, ich mache nicht dicht“, bei dem Lockerungen auf Lockdowns folgen. Und während in Deutschland und Frankreich die Anti-Corona-Maßnahmen und Schutzregelungen verschärft werden, sind in Luxemburg seit dem 11. Januar zumindest Schulen, Einzelhandel sowie Sport- und Kulturstätten wieder offen. Das sorgt nicht überall

für Begeisterung. Der saarländische Ministerpräsident Tobias Hans wetterte gegen das Großherzogtum und sprach Mitte Januar davon, dass die Lockerungen hierzulande „verantwortungslos“ seien. Dabei zeigen die Zahlen und Indikatoren in Luxemburg seit Wochen nach unten, und die Regierung hat den Spielraum gesehen, gewisse Lockerungen verantworten zu können, ohne ein Harakiri in Sachen öffentliche Gesundheit und Gesundheitswesen zu begehen.

Was die Kritik aus der deutschen Grenzregion nicht verbergen kann und deutlich zeigt: In der Corona-Krise kocht jeder am liebsten sein eigenes Süppchen, und die oft hochgejazzte Idee der Zusammenarbeit in der Großregion fällt in sich zusammen wie ein schlecht gestapeltes Kartenhaus. Die Pandemie hätte dabei sicherlich auch als Chance dienen können, die Idee der länderübergreifenden Zusammenarbeit zu festigen, statt sie zu schwächen.

Überhaupt hätte man sich gewünscht, dass Europa von Beginn an geschlossener im Kampf gegen die Pandemie aufgetreten wäre. Zwar liegt das Gesundheitswesen nicht in den Befug-

nissen der Europäischen Union, dennoch hätte man gerade durch schnelle Absprachen in diesen außerordentlichen Krisenzeiten über bürokratische Barrieren hinweg ein für alle Mal ein wichtiges Signal an alle Europäer senden können. Nämlich, dass es sich bei der EU nicht um einen lahm vor sich hin werkelnden Papiertiger handelt, der für wichtige Entscheidungen gefühlte Ewigkeiten braucht, sondern um effiziente Institutionen.

Dass Deutschland zwischendurch seinen Nachbarstaaten wieder mit Grenzkontrollen drohte, sollten diese nicht ähnlich strenge Regeln einführen wie Deutschland selbst, zeigt vor allem eins: Auf politischer Ebene scheint ein Lernprozess etwas länger zu dauern. Denn wie die Grenzkontrollen beim Ausbruch der Pandemie zu Beginn des letzten Jahres gezeigt haben, dienen sie keineswegs zu einer effizienten Eindämmung des Virus. Sie sind eine Art Placebo, mit dem man den eignen Bürgern vorgaukeln kann, dass sich die Politik aktiv um die Bekämpfung des Coronavirus bemüht. Bei genauerem Hinsehen entpuppt sich die Vorgehensweise wie die eines aufgeschreckten Huhns, ziemlich planlos also.

Nichtsdestotrotz hat der Druck, den Deutschland und andere Länder ausüben, wohl auch dazu geführt, dass die Regierung am Freitag im Regierungsrat keine Lockerungen beschlossen hat, sondern vorerst noch bis zum 21. Februar an den aktuellen Regelungen festhält. Allzu sehr will man dann die Nachbarn scheinbar doch nicht ärgern...

Leitartikel Es geht nur gemeinsam

Von Michael Merten

Elf Monate nach dem Ausbruch der Corona-Pandemie und nach gefühlt hundertfach geänderten Corona-Verordnungen in Luxemburg, Belgien, Frankreich und Deutschland wächst in der Großregion die Zahl der Menschen, die gar nicht mehr so genau wissen, welche Regeln denn jetzt hier, da und dort gelten. Das schlägt sich in Reaktionen von verunsicherten Bürgerinnen und Bürgern nieder, die etwa in sozialen Netzwerken solche Fragen posten: „Wenn ich nach Wasserbillig über die Grenze komme und wieder zurück nach Deutschland fahre, muss ich dann einen Test machen?“ Die eher spöttische Antwort eines Mitdiskutanten lautete: „Ja, und drei Monate in Quarantäne.“ Die Fragestellerin verteidigte sich: Sie wolle nur wissen, „ob ich irgendwas übersehen habe, was neu verboten ist. Man verliert ja den Überblick.“

Den Überblick verlieren aber nicht nur einfache Bürger, sondern auch Mitarbeiter der Verwaltungen. So kursierten etwa in den Amtsstuben von Mainz und Saarbrücken Befürchtungen, dass Luxemburg nun die Kneipen wieder öffnen

und deutsche Partygänger über die Grenze strömen würden – was jedoch nie im Zuge der beschlossenen Lockerungen zur Debatte stand. Die Äußerungen des saarländischen Ministerpräsidenten Tobias Hans erklären sich so.

In den vergangenen Tagen waren die zuständigen Minister um eine diplomatische Schadensbegrenzung bemüht; es bedurfte einiger Telefonate der für die Großregion zuständigen Familienministerin Corinne Cahen, um die Wo-

gen zu glätten. So bleiben die verbalen Angriffe von Tobias Hans nur eine Episode; die keinen Flurschaden hinterlässt. Allerdings sind die deutschen Entscheider, wie Rückfragen des „Luxemburger Wort“ ergeben haben, nach wie vor besorgt, dass einige Lockerungen im Großherzogtum zu steigenden Corona-Zahlen führen könnten. Der Ministerpräsident der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens sieht hingegen keinen Grund zur Sorge; Oliver Paasch verweist darauf, dass weder Belgien noch Luxemburg Ausnahmen bei den Besuchsregeln über die Feiertage gemacht haben. Dergleichen Lockerungen gab es hingegen in Deutschland – mit Bewertungen wie „verantwortungslos“ sollte vorsichtig umgehen, wer dies wie Hans mitbeschlossen hat.

Die Großregion hat zuletzt jahrelang vor sich hin gedümpelt. Elf Monate Corona haben dem Verbund nach dem Schock einseitiger deutscher Grenzkontrollen im Frühjahr einen neuen Schwung verpasst. Auf der Arbeitsebene gibt es nun intensivere Austausche, eine Taskforce und Kooperationen vor allem im medizinischen Bereich. Doch das Corona-Hauptproblem der Großregion kann nicht zwischen Luxemburg, Eupen, Strasbourg, Mainz und Saarbrücken gelöst werden: Bei sanitären Maßnahmen sind bis auf Luxemburg alle Partner an die nationalen Rahmenbedingungen gebunden, die in den Hauptstädten erlassen werden. Oliver Paasch hat recht, wenn er sagt: „Ich würde mir wünschen, dass man europäische Absprachen trifft.“ Die Nationalstaaten müssen sich mit Brüssel darüber einigen, welche konkreten Maßnahmen bei bestimmten Corona-Inzidenzen erlassen oder beendet werden sollen – übersichtlich und transparent.

*Die Großregion
hat durch
Corona neuen
Schwung
erhalten.*

Die Großregion zwischen Lockdown und Lockerungen

CORONA-PANDEMIE Diese Regeln gelten aktuell in den Nachbarländern

Jessica Oé

In Luxemburg steht das Leben im zweiten Lockdown noch fast komplett still. Wer zu Hause bleiben kann, soll das tun. Im Einzelhandel werden derzeit nur die essenziellen Dinge verkauft, Dienstleister wie Friseure und die Gastronomie sind geschlossen. Ab nächster Woche sollen nun schrittweise Lockerungen kommen.

In den Nachbarländern gelten aktuell ähnliche Regeln oder drohen sogar wieder Lockdowns. Ein Überblick über die Situation in der Großregion.

Deutschland

Wie Luxemburg durchleben unsere deutschen Nachbarn gerade einen **Lockdown**. Seit Mitte Dezember schon liegen weite Teile des öffentlichen Lebens brach. **Die Regeln gelten derzeit bis zum 10. Januar.** Die Maßnahmen sollen aber verlängert werden. Es sei Teil der am Dienstag beim Corona-Gipfel gefassten Beschlüsse, „dass der Shutdown verlängert werden soll bis zum 31. Januar“, sagte die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer am Dienstag bei einem digitalen Neujahrsempfang in Mainz.

Allgemein gilt: Bundeskanzlerin Angela Merkel und die 16 Ministerpräsidenten einigten sich am Dienstag beim Coronagipfel auf eine Fortführung und teilweise sogar eine Verschärfung des bestehenden Lockdowns: Demzufolge darf man sich im privaten Rahmen nur noch im Kreis der Angehörigen des eigenen Hausstandes und mit maximal einer weiteren Person treffen, die nicht zum Haushalt gehört.

Bisher gilt: Man darf sich sowohl zu Hause als auch in

der Öffentlichkeit nur mit Angehörigen des eigenen und eines weiteren Hausstands treffen. Allerdings nur zu höchstens fünf Personen. Kinder bis 14 Jahre werden dabei nicht gezählt. Im öffentlichen Raum muss außerdem ein Abstand von 1,50 Metern eingehalten werden, sogar wenn man eine Maske trägt. Wann und wo eine Maskenpflicht besteht, legen die Kreise und Kommunen je nach Infektionslage fest.

In Rheinland-Pfalz ist zusätzlich der Konsum von alkoholischen Getränken im öffentlichen Raum untersagt. Im Saarland wird zwischen 23 und 6 Uhr kein Alkohol mehr verkauft und die Polizei soll den Konsum auf belebten Straßen und Plätzen verbieten können.

Bundeskanzlerin Merkel und die 16 Ministerpräsidenten einigten sich am Dienstag außerdem auf die **Möglichkeit zur Erweiterung von Ausgangssperren**. Solche gelten in einigen Regionen bereits. In Landkreisen mit einer Sieben-Tage-Inzidenz von über 200 Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner sollen die Länder lokal Maßnahmen ergreifen „zur Einschränkung des **Bewegungsradius auf 15 Kilometer um den Wohnort**, sofern kein triftiger Grund vorliegt“, heißt es in dem Beschluss, wie Reuters aus Verhandlungskreisen erfuhr. Tagestouristische Ausflüge seien diesbezüglich „explizit“ kein triftiger Grund.

Aktuell ist in ganz Deutschland der **Einzelhandel stark eingeschränkt**. Geöffnet sind derzeit noch Lebensmittelgeschäfte, Wochenmärkte, Apotheken, Getränkemarkte, Drogerien, Optiker, Hörgeräteakustiker, Tankstellen, Kfz-Werkstätten, Banken und Sparkassen, die Post, Waschsalons, Geschäfte für den Tierbedarf und der Großhandel.

Im Saarland gilt außerdem eine Maximalanzahl von Kunden in den Geschäften. Sie dürfen pro 15 Quadratmeter Verkaufsfläche nur eine Person einlassen. Bau- und Elektromärkte sind geschlossen, dürfen aber Waren ausliefern, wenn es sich bei den Kunden um gewerbliche Handwerker handelt. Restaurants, Imbisse, Buchhandlungen und Gärtnereien können einen Abhol- und Lieferservice anbieten. Abholen geht allerdings nur, bis die von verschiedenen Ländern und Kommunen verhängte Ausgangssperre eintritt.

Handwerker und Dienstleister dürfen arbeiten, wenn die Corona-Regeln eingehalten werden können. Überall dort, wo aber die 1,50-Meter-Abstandregel zwangsweise beim Ausüben des Berufs gebrochen wird, müssen die Türen zubleiben. Dazu zählen Friseure, Barbieri, Nagelstudios, Massagepraxen, Tattoo-Studios und Ähnliches. Ausgenommen sind hier nur die Behandlungen, die medizinisch notwendig sind, wie zum Beispiel ein Termin beim Physiotherapeuten.

Gottesdienste und Zusammenkünfte in Kirchen, Synagogen und Moscheen sind wiederum erlaubt. Es gilt aber ein Mindestabstand von 1,50 Metern und Maskenpflicht, selbst am Platz. Singen ist bei den Zeremonien verboten. **Sport** treiben ist für Amateure nur erlaubt, wenn dieser allein, zu zweit oder mit Personen aus dem eigenen Hausstand ausgeübt wird. Profisportler sind davon ausgenommen. Schwimmbäder, Saunen, Thermen, Fitnessstudios und ähnliche Einrichtungen sind geschlossen. Und auch im **Kulturbereich** sind alle Einrichtungen geschlossen. Nur Spielplätze bleiben geöffnet, für Erwachsene gilt hier allerdings eine Maskenpflicht. Im Saarland sind außerdem Wild-

parks, Zoos und Bibliotheken sowie Einrichtungen der Sozial- und Jugendhilfe und vergleichbare soziale Einrichtungen geöffnet.

Die **Schulen** sind in Rheinland-Pfalz geschlossen, nur die Kitas bleiben im Regelbetrieb geöffnet. Noch bis zum 15. Januar werden Kinder und Jugendliche in dem Bundesland in allen Schularten ausschließlich im Fernunterricht ausgebildet. Für die Studenten in Rheinland-Pfalz gilt allerdings: Präsenzveranstaltungen können unter Einhaltung der Hygieneregeln abgehalten werden.

Wer in Rheinland-Pfalz oder im Saarland **Urlaub** machen will, der muss derzeit noch darauf verzichten. Übernachtungen sind nur für geschäftliche Zwecke erlaubt. Dauercamping ist verboten.

Frankreich

Noch befindet sich Frankreich nicht in einem dritten „Confinement“. Doch das könnte kommen – besonders da sich die Zahlen weiter besorgniserregend entwickeln. Manche Experten in Frankreich befürchten eine Welle und sprechen von einer „Reprise incontrôlée“ der Epidemie. Dennoch gelten derzeit schon strenge Maßnahmen, wie etwa eine Ausgangssperre.

Seit dem 2. Januar gilt in der direkten Nachbarregion Frankreichs eine **Ausgangssperre** von 18 Uhr abends bis 6 Uhr am Morgen. Die Maßnahme soll laut der Webseite der Regierung bis mindestens den 20. Januar dauern. Wer dagegen verstößt und ohne

Attest oder guten Grund unterwegs ist, kann einer Strafe von 135 Euro unterliegen. Bei mehrfachen oder schweren Verstößen kann die Strafe bis zu 3.750 Euro betragen.

Ein Großteil des französischen **Einzelhandels** und der Wirtschaft hat geöffnet. Geschlossen sind aktuell aber noch die **Restaurants und Bars**. Das noch mindestens bis zum 20. Januar. Sie dürfen aber einen Lieferservice anbieten oder Kunden können von 6 bis 18 Uhr ihre Bestellungen abholen. Zu haben auch Veranstaltungshallen, Diskotheken, Spielhallen, Kinos, Theater, Museen, Ausstellungstätten, Sporthallen und Saunen (mit Ausnahmen für professionelle Sportler oder ärztliche Verschreibungen), Vergnügungsparks und Zoos. **Kulturelle Stätten** sollen noch bis zum 7. Januar geschlossen bleiben. **Dienstleister wie Friseure** haben in Frankreich geöffnet, müssen aber strikte Hygienekonzepte beachten.

Belgien

Belgien ist, wie Frankreich, offiziell nicht im Lockdown. Doch es gelten wesentlich strengere Regeln und deutlich mehr Geschäfte haben aktuell noch geschlossen. Erst beim Coronagipfel der Regierung und den Behörden am 8. Januar entscheidet sich, ob die aktuell geltenden Regeln gelockert werden.

Die **essenziellen Geschäfte** sind in Belgien, sowie in der ganzen Großregion, geöffnet. Dazu zählen Lebensmittelläden, die Apotheke und die Post. Auch Gärtnereien, Zeitungsläden und

Baumärkte haben geöffnet. Es gilt allerdings, dass Einkäufe innerhalb von 30 Minuten gemacht werden sollen und eine Maske im Inneren der Geschäfte getragen werden muss. Außerdem gilt ein Verkaufsverbot für Alkohol ab 20 Uhr.

Dienstleister, die einen engen Kontakt mit den Kunden haben müssen, sind geschlossen. Das gilt etwa für Friseure, Beauty-Salons und ähnliche Berufe. Ausnahmen gelten hier nur mit einer ärztlichen Verschreibung. Auch der **Gastronomie**-Bereich bleibt in Belgien weiterhin geschlossen. Restaurants und Imbisse dürfen aber liefern oder bis 22 Uhr einen Abholservice anbieten.

In Belgien gilt übrigens ebenfalls eine **Ausgangssperre**. Dies zwischen Mitternacht und 5 Uhr morgens. Zu sich nach Hause einladen darf man nur eine einzige Kontaktperson. In der Öffentlichkeit dürfen sich bis zu vier Personen sehen. Dabei muss aber der Mindestabstand von 1,50 Metern eingehalten werden. Kinder unter 12 Jahren zählen dabei nicht.

Kulturell gesehen liegt auch hier das Leben brach: Kinos, Theater und Konzerthallen bleiben bis auf Weiteres geschlossen. Ebenfalls zu sind Vergnügungsparks, Casinos und Zoos. Bibliotheken, Museen und Spielplätze sind allerdings geöffnet. **Sport** darf draußen nur zu maximal vier Personen getrieben werden – und auch nur, wenn dabei eine Distanz von 1,50 Metern eingehalten werden kann. Sportklubs, Wellness-Zentren und Fitness-Klubs sind zu, Schwimmbäder haben aber geöffnet.

Drahtseilakt

EDITORIAL Die Covid-19-Strategie der Regierung birgt hohe Risiken

Jean-Lou Siweck
jlsiweck@tageblatt.lu

Das Boot Luxemburg wird von seiner Regierung weiter hart am Wind durch die stürmische See der Pandemie gesegelt. Mit dem Entscheid, den härteren Lockdown nach nur drei Wochen aufzuheben, hat sich die Mannschaft um Skipper Xavier Bettel auf eine Endspurt-Strategie festgelegt: Die Intensivstationen müssen halt noch ein paar Monate dem Sturm trotzen, und dann sind wir hoffentlich durch.

Die Alternative wäre eine „Null Covid“-Strategie: das Virus mit harten Maßnahmen massiv zurückdrängen und dann jedes noch so kleine erneute Aufflammen mit breit angelegten Quarantänen und Isolierungen bekämpfen. Doch der dafür kurzfristig zu zahlende Preis ist der Regierung offensichtlich zu hoch. Angesichts der unausweichlich offenen Grenzen des Landes und des Beginns der Impfkampagnen lässt sich der Regierungsentcheid nachvollziehen. Er bleibt dennoch hochriskant.

Für die Regierung spricht, dass die Zahlen auch bereits mit dem leichteren Lockdown, mit u.a. dem Schließen der Gastronomie, zurückgingen. Das Risiko für eine neue Infektionswelle während der Feiertage wurde durch die härteren Maßnahmen der letzten Wochen eingedämmt. Dennoch bleibt, dass die Infektionszahlen noch immer hoch sind, der Winter noch lang ist und der neue britische SARS-CoV-2-Stamm B.1.1.7 eine massive neue Welle auslösen könnte.

Alle Hoffnungen liegen demnach auf der Impfung gegen das Virus. Die Nachfrage nach dem Impfstoff ist jedoch enorm, die Produktionskapazitäten begrenzt. Alleine die 27 Mitglied-

staaten der EU brauchen 900 Millionen Dosen für ihre 450 Millionen Einwohner – die Hälfte der derzeit weltweiten Produktionskapazitäten für das ganze Jahr 2021 der beiden jetzt zugelassenen Stoffe. Doch die Europäer sind nicht alleine auf der Welt, möchten aber wieder unbesorgt den ganzen Erdball bereisen. Die Regierung mag daher alle Hoffnung in die Impfungen stecken. Politisch sind die somit erweckten hohen Erwartungen jedoch gefährlich. Das Land zählt etwas über 90.000 Einwohner im Alter über 65. Biontech wird bis Ende März lediglich genügend Impfstoff für 36.000 Luxemburger liefern können. Bis der reiselustige Mittvierziger unbeschwert und geimpft ins Großraumbüro oder den Flieger zurückkehren kann, werden demnach noch lange Monate vergehen.

Ja, es werden noch andere Impfstoffe hinzukommen. Viel Hoffnung liegt auf dem Produkt von AstraZeneca, das einfacher herzustellen und zu transportieren ist. Es soll im Februar in der EU zugelassen werden. Johnson&Johnson soll folgen. Biontech ist es gelungen, die Kapazitäten zu erhöhen und ab April mehr zu liefern. Bei anderen großen Herstellern weiß man jedoch jetzt schon sicher, dass frühestens im Sommer, wenn nicht sogar erst im späten Herbst geliefert werden wird.

Von heute aus gesehen gibt es daher eine höhere Wahrscheinlichkeit für einen weiteren Lockdown in den nächsten Wochen als für Normalität für die Sommerferien. Politisch gesehen wird jeder erneute Rückschritt unausweichlich der Regierung angekreidet werden. Sie täte daher besser, der Bevölkerung reinen Wein einzuschenken und offen einzugestehen, was für ein Drahtseilakt die von ihr gewählte Strategie letztlich ist.

Entspannung nach Disput um „Sonderweg“

Saarbrücken und Mainz betonen Verbundenheit mit dem Großherzogtum – weiter Sorge wegen Luxemburger Lockerungen

Von Michael Merten

Nicht jedes Interview des Saarländische Rundfunks (SR), in dem das Wort Luxemburg fällt, wird gleich zur Schlagzeile im Großherzogtum. Doch die Aussagen des saarländischen Ministerpräsidenten Tobias Hans werden auch in den hiesigen Redaktionsräumen und Ministerialbüros wahrgenommen. „Ich halte das, ehrlich gesagt, für verantwortungslos, bei solch hohen Virus-Inzidenzzahlen zu lockern“, sagt der CDU-Politiker. Während in Deutschland strengere Besuchsregeln eingeführt werden und der Lockdown bis Ende Januar gilt, dürfen in Luxemburg der Einzelhandel, Sport- und Kultureinrichtungen wieder öffnen. Die Entscheidung der luxemburgischen Regierung sei eine „Belastung für die Großregion“.

Luxemburg, das verantwortungslose Land der Lockerer? Diesen Eindruck kann der bei deutschen Medien bestens vernetzte Außenminister Jean Asselborn so nicht stehen lassen. Umgehend kontert er die Kritik in einer Liveschalt im SR, in der er den saarländischen Zuhörern deutlich macht, dass es da wohl einige Missverständnisse gegeben habe. Auch im Saarland selbst bekommt Hans Widerstand: Mehrere Spitzenpolitiker kritisieren ihn für seine Äußerungen. „Instinktos“ nennt sie der frühere Ministerpräsident Oskar Lafontaine (Linke), der den Finger in eine Wunde legt: Frank-

reich und Luxemburg hätten die unabgestimmte Grenzschießung im Frühjahr, die zu viel Verärgerung geführt habe, nicht vergessen. Doch ist die Kritik von Hans eine Einzelmeldung, oder hat Luxemburg seine Nachbarn wirklich vor den Kopf gestoßen – so wie im Frühjahr der deutsche Innenminister Horst Seehofer (CSU), als er mit plötzlichen und einseitigen Grenzkontrollen lange Pendlerstaus verursachte?

Cahen muss die Wogen glätten

Als sie von dem Interview hörte, war für Corinne Cahen (DP) klar, dass sie einige Telefonate führen muss. „Mir war es wichtig, dass wir miteinander sprechen und nicht übereinander“, sagt die für die Großregion zuständige Ministerin dem „Luxemburger Wort“. Am Mittwochabend habe sie ein langes Gespräch mit dem saarländischen Europaminister Peter Strobel (CDU) geführt, auch mit der für Europa zuständigen rheinland-pfälzischen Staatssekretärin Heike Raab (SPD). Bei den ausländischen Politikern habe die Sorge bestanden, dass auch die Gastronomie wieder geöffnet werden solle. „Das ist ja überhaupt nicht so“, konnte Ministerin Cahen die Kollegen beruhigen. Den Gesprächspartnern habe sie versichert: „Wir lockern nicht – wir kommen wieder darauf zurück, was wir vor Weihnachten hatten. Da ist überhaupt kein Missverständnis mehr.“

So habe etwa Berlin die Besuchsregeln über die Feiertage auf vier Personen gelockert, während in Luxemburg durchgängig eine Beschränkung auf zwei Personen bestand. „Das ist ein sehr großer Unterschied zwischen Luxemburg und Deutschland: Wir haben keine Ausnahmen gemacht für Weihnachten – und wir sind auch jetzt noch immer sehr streng.“

Eine Vorab-Konsultation, wenn sich innerhalb der Großregion die Corona-Regeln ändern, gibt es nicht. Doch der Austausch untereinander sei sehr eng; im aktuellen Fall sei das ungünstig gelaufen, sagt Cahen. „Vielleicht hätte ich nach dem Regierungsrat gleich mit Peter sprechen sollen.“

Enge Zusammenarbeit

Strobel bestätigt dem „Luxemburger Wort“, dass das Gespräch mit Cahen „wichtig und angenehm“ gewesen sei und Missverständnisse ausgeräumt worden seien. Auf die Frage, ob nun kein Dissens mehr zwischen beiden Ländern bestehe, antwortet er aber ausweichend: „Die aktuellen Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung sind in Luxemburg und Deutschland in vielerlei Hinsicht ähnlich, aber teilweise auch unterschiedlich.“ Die Freundschaft zum Saarland sei aber so ausgeprägt, „dass man in einzelnen Fragen unterschiedliche Ansichten oder Auffassungen haben kann, ohne dass man sich entzweit“. Deutlicher wird die Mainzerin Raab: Sie betont ihre Sorge,

dass die Luxemburger Lockerungen angesichts der immer noch hohen Infektionszahlen wegen der großen Mobilität in der Grenzregion womöglich zu umfangreich seien. Die Staatssekretärin lobt aber die Verpflichtung zu einem PCR-Test, den Passagiere aus Großbritannien bei Ankunft in Luxemburg machen müssen. Der Ministerpräsident der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, Olivier Paasch, sieht hingegen keinen Grund, Luxemburg zu kritisieren: Die Corona-Regeln seien ähnlich, die Zusammenarbeit im Gesundheitswesen „exzellent“.

Ein Dreivierteljahr nach dem ersten Corona-Lockdown stellt Strobel fest: „Die seit langem bewährte grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Großregion ist seit Ausbruch der Pandemie viel intensiver geworden.“ Das rette Menschenleben: „Beispielsweise durch die gegenseitige Versorgung von Covid19-Notfallpatienten, den Austausch von medizinischem Material oder die enge Zusammenarbeit in einer Adhoc-Arbeitsgruppe Corona-Taskforce, die sich regelmäßig über Maßnahmen und Best Practices in den einzelnen Teilregionen austauscht.“ Ministerin Cahen sieht in Verbesserungen bei der Pflege eine große Chance für die Großregion: „Wir denken gemeinsam darüber nach, wie wir Pflegepersonal ausbilden können.“

Lockerungen in Luxemburg sind für Tobias Hans „verantwortungslos“

Dér saarländische Ministerpräsident spricht von Belastung für die Großregion – nicht nur Außenminister Asselborn kontert die Kritik

Saarbrücken/Luxemburg. Vorwürfe des saarländischen Ministerpräsidenten Tobias Hans angesichts der in Luxemburg geplanten Lockungen in der Corona-Pandemie haben für Widerspruch sowohl im Großherzogtum als auch in Deutschland gesorgt. „Ich halte das, ehrlich gesagt, für verantwortungslos, bei solch hohen Virus-Inzidenzzahlen zu lockern“, sagte der CDU-Politiker gestern in einem Interview mit dem Saarländischen Rundfunk (SR). Die Entscheidung der luxemburgischen Regierung sei eine „Belastung für die Großregion“, die es angesichts der Zahlen zu „überdenken“ gelte. Zudem warnte er vor einer möglichen Ausbreitung der jüngsten Virus-Mutation: „Zumal man auch weiß, dass es enge Verknüpfungen zwischen Luxemburg und Großbritannien gibt, wo die neue Mutation grassiert und zu heftigsten Ausgangssperren im Moment führt“, sagte er dem SR.

Außenminister Jean Asselborn zeigte sich irritiert über die Äuße-

rungen des Ministerpräsidenten. Luxemburg wolle keinen Sonderweg gehen und auch nicht die Nachbarn provozieren, sagte er dem „Luxemburger Wort“. Vielmehr sei die 7-Tage-Inzidenz gefallen, weshalb es nicht um Lockerungen, sondern um Anpassungen der Maßnahmen gegangen sei. „Wir haben uns entschieden, wieder Präsenzunterricht einzuführen, weil ansonsten viele Kinder verloren gehen“, sagte der LASP-Politiker. Bei Restaurants und Cafés gebe es überhaupt keine Unterschiede zu Belgien und Deutschland, sie seien weiterhin geschlossen. Zudem habe Luxemburg die Maßnahmen bei Geschäften und Einkaufszentren nicht gelockert, sondern verschärft: „Hier gelten sehr strenge Regeln, strenger, als es vor Weihnachten war.“

Auch in den Bereichen Kultur und Sport seien die Bedingungen sehr strikt. „Die Bundesliga war nie gestoppt, während die oberen Divisionen bei uns nicht spielen durften“. Zudem habe Luxemburg an-

ders aus Deutschland eine Ausgangssperre, die nun wieder statt um 21 Uhr erst um 23 Uhr beginnen soll. Die Regierung werde die Lage genau beobachten: „Wenn wir anpassen müssen, können wir das in einigen Tagen tun.“ Völlig unverständlich seien die saarländischen Vorwürfe, was die Flugverbindungen zwischen London und Luxemburg angeht: „Jeder, der aus Großbritannien landet, muss sich einem Test unterziehen.“

Oskar Lafontaine kritisiert Hans

Auch der Vorsitzende der Linke-Fraktion im saarländischen Landtag, Oskar Lafontaine, kritisierte Hans für seine Äußerungen. Es sei „instinktiv (...) wenn der saarländische Ministerpräsident der Luxemburger Regierung Verantwortungslosigkeit vorwirft“, teilte er mit. Es komme immer wieder vor, dass im Dreiländereck die Nachbarn Luxemburg, Lothringen und das Saarland unterschiedliche Auffassungen zu sie gemeinsam berührenden Fragen hätten. „Grund-

sätzlich sollten Entscheidungen, die die Nachbarn betreffen, miteinander abgestimmt werden und Konflikte sollten im freundschaftlichen Sinne beigelegt werden“, sagte der frühere saarländische Regierungschef. Nicht vergessen sei in Frankreich und Luxemburg die nicht abgestimmte Grenzschießung im Frühjahr, die zu viel Verärgerung geführt habe. „Es ist daher dringend notwendig, das Miteinander im Dreiländereck zu verbessern und zu Freundschaft und guter Zusammenarbeit zurückzufinden.“

Ab dem 11. Januar sollen in Luxemburg Einzelhandel, Kultureinrichtungen und Sportstätten unter strengen Auflagen wieder geöffnet werden. „Das neue Modell ist ein Hybrid zwischen den französischen, belgischen und deutschen Corona-Maßnahmen. So ist unter anderem der Einzelhandel in Frankreich und Belgien teilweise ebenfalls geöffnet“, sagte Premierminister Xavier Bettel gestern auf Radio 100,7. jwi/mer/dpa

„Keine Provokation“

Saarlands Ministerpräsident Tobias Hans nennt Luxemburgs Corona-Lockerungen „verantwortungslos“. Wenig später kontert Außenminister Jean Asselborn und warnt vor Grenzschießungen.

Mehr wagen in der Großregion

Yves Cruchten über eine Neuausrichtung der Luxemburger Nachbarschaftspolitik

Von Morgan Kuntzmann

Die Bewegungsfreiheit in der EU sei wieder eine der maßgeblichen Herausforderungen der Luxemburger Außenpolitik, erklärte Außenminister Jean Asselborn (LSAP) vor der Chamber im November. Ein Gespräch mit dem Präsidenten der außenpolitischen Kommission, Yves Cruchten (LSAP), wie eine Neuausrichtung der Luxemburger Diplomatie in der Großregion aussehen könnte.

Yves Cruchten, warum das neue Interesse an der Großregion?

Die Großregion wurde in der letzten Zeit etwas vernachlässigt, da wir sie als selbstverständlich ansehen. Wir leben sie im Alltag, nehmen diese aber nicht mehr wahr. Mit den letztjährigen Grenzschießungen wurde uns vor Auge geführt, das dies alles nicht selbstverständlich ist.

Wurde die Großregion von der Regierung vernachlässigt?

Es gibt ständig Austausch auf der politischen Ebene. Aber die Bewohner der Großregion sind sich der Errungenschaften nicht mehr bewusst, weil diese so alltäglich geworden sind. Ich denke aber, dass wir mehr an die Großregion denken sollten, weil wir viele gemeinsame Schwierigkeiten haben, die wir nur zusammen lösen können. Sei es der Verkehr, Wohnraum, Umwelt, Wirtschaft. Die Probleme in diesem Bereich gehen weit über unsere Landesgrenzen hinaus. Viele der Lösungen stecken in der regionalen Zusammenarbeit.

● *In der Großregion, da sind wir die Großen.*

Wenn es hart auf hart kommt, entscheiden aber trotzdem die jeweiligen Hauptstädte, wie bei den Grenzschießungen oder der Besteuerungssituation der Grenzgänger.

Selbstverständlich liegt die Kompetenz in diesen Bereichen bei den Hauptstädten. Natürlich ist das Bewusstsein für die Großregion in Mainz und Saarbrücken

größer als in Berlin. Deshalb ist es aber wichtig, auch in den Hauptstädten die Interessen der Großregion zu vertreten.

Das Grundproblem der Großregion bleibt: Die verschiedenen Regionen haben ganz unterschiedliche Entscheidungskompetenzen. Wie kann man das Problem lösen?

Die Nachbarregionen besitzen einige eigenständige Kompetenzen. Nehmen wir die kulturelle Zusammenarbeit oder die Verkehrspolitik. Natürlich laufen manche Projekte über die jeweiligen zentralstaatlichen Budgets. Es ist aber bereits immer, gut einen Fürsprecher aus den jeweiligen Regionen in den Hauptstädten zu haben.

Gehört Regionalpolitik nicht somit ins mit hoheitsrechtlichen Befugnissen ausgestattete Außenministerium, um diese ebenfalls auf nationaler und europäischer Ebene zu führen?

Ich weiß nicht, ob es immer besser ist, wenn alles im Außenministerium bestimmt wird. Ob die Kompetenzen in diesem oder einem anderen Ministerium liegen, ich weiß nur, dass die für die Großregion zuständige Verwaltung in Luxemburg personell unterbesetzt ist. Wenn wir die Großregion ernst nehmen wollen, dann müssen wir uns die Möglichkeiten geben und Menschen einstellen, die den Kontakt halten mit den zuständigen Stellen in den jeweiligen Nachbarregionen. Diese müssten bei allen national für Luxemburg relevanten Themen bei unseren Nachbarn einschreiten und auch umgekehrt. Im Endeffekt sind alle Luxemburger Ministerien in der Großregion investiert, von der Landes- und Verkehrsplanung über die Landwirtschaft bis zur Wirtschaft.

Geht die Großregion nicht in der nationalen Tagespolitik unter?

In der Europapolitik macht sich nichts ohne Frankreich und Deutschland. In der Großregion, da sind wir die Großen, es geht nichts ohne uns. Das bedeutet, dass wir die Verantwortung haben, um diese zu dynamisieren.

Im Saarland gibt es einen Europa-minister für die Großregion. Sie beweisen damit auch ihren Willen der Großregion ihre Wichtigkeit zu geben. Deshalb finde ich es nicht schlecht, dass auch hier ein ausschließlich für die Großregion zuständiges Ministerium geschaffen würde. Es fehlt aber auch bereits an den Ambitionen Luxemburgs, wenn man bedenkt, dass wir das Herzstück der Großregion sind.

Wäre ein eigenständiges Großregionsministerium bei internationalen Verträgen nicht noch immer abhängig vom Außenministerium?

Dies gibt es auch in anderen Bereichen. Dies dürfte kein Hindernis sein. Dazu kommt, dass wir einen Außenminister haben, der auf dem internationalen Parkett kein Unbekannter ist und in internationalen Fragen stark eingebunden ist. Ich habe Angst, dass in diesem ganzen Gefüge die Großregion verloren gehen würde.

Bei der Aktualitätsstunde zur Außenpolitik in der Chamber haben Sie Luxemburg als Staubsauger bezeichnet, der einseitig die Ressourcen des Umlandes aufsaugt. Wird dem nicht genug Beachtung geschenkt?

Wir müssen davon wegkommen und schauen, was wirtschaftlich gesehen mehr Sinn macht. Wenn Firmen sich niederlassen wollen, dann sollten wir über unsere Grenzen hinausschauen, wo es bereits die nötigen Infrastrukturen gibt und nach Synergien suchen.

● *Wir müssen Projekte angehen, die die Menschen auch anfassen können.*

Zählen dazu auch nicht die im Ausland ausgebildeten und in Luxemburg beschäftigten Arbeitnehmer? Müssen wir nicht unseren Reichtum mit den Nachbarregionen teilen?

Ganz klar ja. Ich weiß, dass das nicht populär ist. Ich habe beispielsweise mein Abitur in Frankreich gemacht. Der französische Staat hat mir dies im Endeffekt bezahlt, weil ich hier nicht die Möglichkeit hatte, neben der Arbeit meine Schulausbildung nachzuholen. Das ist kein Einzelfall, viele Bewohner Luxemburgs machen ihre Ausbildung in der Nachbarschaft. Alle profitieren von der Großregion, Luxemburg jedoch am meisten. Da sind Diskussionen, wie wir sie über die Weihnachtsbeleuchtung in französischen Grenzortschaften hatten, unnötig. Wir haben mit Belgien ein Abkommen, wo wir jährlich um die 30 Millionen Euro Ausgleichszahlungen überweisen. Die belgischen Grenzgemeinden haben viele Arbeitspendler, die dadurch keine Gemeindesteuern bezahlen. Wenn wir das mit Belgien in Auge gefasst haben, dann sollten wir das auch mit Deutschland und Frankreich machen. Allerdings sollen wir keine Bankschecks ausschreiben. Ich sehe eher eine Kooperation, wo wir darauf achten, dass Luxemburg auch von den jeweiligen Projekten, die die gemeinsamen Probleme in der Nachbarschaft lösen soll, profitieren kann.

Wie könnte das konkret aussehen?

Wir müssen Projekte angehen, die die Menschen auch anfassen können. Da denke ich an Infrastrukturprojekte wie dem Ausbau von Autobahnen oder von Zugstrecken wie der zwischen Brüssel und Luxemburg. Mit der sanitären Krise wurde der Pflegemangel ersichtlich, warum nicht eine gemeinsame Schule errichten um Pflegekräfte auszubilden?

● *Es ist wichtig, auch in den Hauptstädten die Interessen der Großregion zu vertreten.*

Was lange währt

WEGWEISEND Staat und jüdische Gemeinschaft bereinigen Nachkriegsfolgen

Claude Wolf

Mit der Unterzeichnung eines historischen Abkommens wollen der Staat und die jüdische Gemeinschaft Luxemburgs eine Reihe Probleme und Fragen aufarbeiten, die 76 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges immer noch einer Antwort harren. Gemeinsam wollen sie aber auch mit einer wissenschaftlichen und erzieherischen Arbeit die Zukunft vorbereiten und Lehren aus der Geschichte ziehen.

Für Staats- und Kultusminister Xavier Bettel ist es eine Herzensangelegenheit: Sechs Jahre nachdem er sich im Namen des Staates offiziell bei der jüdischen Gemeinschaft für die im Krieg erlittenen Leiden entschuldigt hat, ging er am Mittwoch einen Schritt weiter und unterzeichnete mit den Vertretern der Jüdischen Gemeinschaft ein Abkommen „über nicht-beantwortete Fragen im Rahmen der Plünderung des jüdischen Besitzes im Zusammenhang mit der Shoah“.

Bereits das Datum hatte Symbolkraft: Das Abkommen wurde am 27. Januar unterschrieben, dem 76. Jahrestag der Befreiung des Vernichtungslagers von Auschwitz und einem Datum, das heute der internationale Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus ist.

„Es war für mich wichtig, den Worten auch Taten folgen zu lassen“, erklärte der Staatsminister bei der Vorstellung des Dokumentes, das er zusammen mit Finanzminister Pierre Gramegna und dem Vorsitzenden des israelitischen Konsistoriums, Albert Aflalo, unterzeichnete. Mit-Unterzeichner sind der Präsident der „Fondation luxembourgeoise pour la mémoire de la Shoah“ François Moysse und der Vertreter der „World Jewish Restitution Orga-

nization“ Dimitri Dombret. Diese 1993 gegründete Organisation mit Sitz in Jerusalem ist weltweit mit der Rückerstattung des Vermögens der Opfer des NZ-Regimes betraut und wird auch die praktische Umsetzung des Abkommens in Luxemburg übernehmen. Die israelische und die amerikanische Botschaft haben ebenfalls am Abkommen mitgearbeitet, schweren Herzens hat US-Botschafter Randy Evans Luxemburg vor der Unterzeichnung verlassen.

Umfassend

Aus Luxemburger Sicht soll das Abkommen eine Reihe Ungerechtigkeiten beheben: So wurden zwei Drittel der fast 5.000 Juden, die beim Ausbruch des Zweiten Weltkrieges in Luxemburg lebten, nach dem Krieg nicht entschädigt oder unterstützt, weil sie nicht die luxemburgische Staatsangehörigkeit hatten. Ihnen wurde in den Gesetzen von 1950 und 1967 über die Entschädigung der Kriegsoffer nicht geachtet. Besonders hart getroffen waren die deutschen Juden, die nach dem Krieg nicht mehr als Verfolgte betrachtet wurden, sondern den Stempel „Deutsche“ aufgedrückt bekamen. Um diese Verfehlungen wettzumachen, stellt die Regierung den Überlebenden eine Million Euro bereit.

Außerdem bekommt die vor knapp drei Jahren gegründete „Fondation pour la mémoire de la Shoah“ für die nächsten 30 Jahre ein Budget von 120.000 Euro. Damit soll sie einerseits die Arbeiten über die sogenannten „Comptes dormants“ fortsetzen, auf denen seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges noch immer Gelder blockiert sind, weil sie nie verlangt wurden oder keine Nachfolger ausfindig gemacht werden konnten. Das Gleiche

gilt für Versicherungsgelder. Zwei Arbeitsgruppen sollen sich damit beschäftigen, ein Dritter soll Nachforschungen über die aus Luxemburg verschleppten Kunstwerke anstellen. Hier sollen auch das Nationalmuseum und die Nationalbibliothek mithelfen.

Gleichzeitig bekommt die Stiftung zusätzliche Aufgaben, darunter die Wahrung der jüdischen Gedenkstätten. Das ist eine besonders große Herausforderung: Der Staat hat nämlich das Kloster von Cinqfontaines bei Ulflingen gekauft, in dem zwischen 1941 und 1943 eine Art Ghetto war. Es ist der einzige materielle Zeitzeuge aus der Besatzungszeit in der Großregion. Jetzt soll hier eine Erziehungs- und Gedenkstätte entstehen. Aufgestockt werden auch die Mittel für das „Comité pour la mémoire de la Deuxième Guerre mondiale“. Dieses Gremium ist ebenfalls ein „Wunschkind“ des Regierungschefs. Es bringt, zum ersten Mal in der Geschichte der hiesigen Nachkriegswelt, die Vertreter der Zwangsrekrutierten, des Widerstandes und der Opfer der Shoah an einen Tisch. Mit der Aufgabe, aus den Lehren der Geschichte die Zukunft vorzubereiten.

Zwei Millionen Euro gehen an die wissenschaftliche Arbeit: Gefördert werden damit die universitäre Forschungsarbeit, aber auch individuelle Recherchen. Und dann soll damit eine nationale Strategie zum Kampf gegen Antisemitismus erarbeitet werden.

„Dieses Abkommen lindert nicht das erlittene Leid. Es soll jedoch diesen Menschen ihre Würde wiedergeben, so wie es eine offene, tolerante und respektvolle Gesellschaft schuldig ist“, so der Staatsminister.

Lange Vorgeschichte

Die Erforschung der Plünderung jüdischen Besitzes in Luxemburg hat eine lange Vorgeschichte: Der LSAP-Abgeordnete Ben Fayot warf im Jahr 2000 die Frage auf, nachdem die europäischen Nachbarländer sie längst thematisiert hatten. Er verwies auf die Ersparnisse, Immobilien, Unternehmen und Kunstwerke hin, die von Juden, die bei Kriegsausbruch in Luxemburg lebten, nach ihrer Flucht am 10. Mai 1940 hinterlassen wurden bzw. die im August 1940 nach der Einführung der Nürnberger Rassegesetze blockiert und beschlagnahmt wurden. Daraufhin wurde unter der Leitung des Historikers Paul Dostert eine Kommission eingesetzt, um diese Fragen zu untersuchen.

Neun Jahre lang wurde gearbeitet, nur sehr zögerlich wurden die Schlüsse publik gemacht. Der damalige Regierungschef Jean-Claude Juncker, unter dessen Verantwortung die Kommission stand, hat sich für das Thema nie erwärmen können. Einige Empfehlungen der Kommission, wie die Errichtung eines Mahnmals zur Erinnerung an die Shoah, wurden von der aktuellen Regierung umgesetzt, andere Schlüsse werden heute als unvollständig angesehen.

Fünfbrunnen

Im Rahmen des Abkommens hat die Regierung das 1903 gegründete Herz-Jesu-Kloster Fünfbrunnen bei Ulflingen gekauft. Die „Pafemillen“, wie das Kloster im Volksmund heißt, war während der nationalsozialistischen Besatzung ein Zwischenlager für jüdische Gefangene. Rund 300 vorwiegend alte, kranke und invalide Menschen haben von Juli 1941 bis April 1943 dort gelebt, bevor sie deportiert wurden. Fünfbrunnen war selbstverwaltet, zuständig war das Ehepaar Hugo und Selma Heumann, das 1938 von Mönchengladbach aus nach Luxemburg geflohen war und das im April 1943 im zweitletzten Zug nach

Theresienstadt saß. Sein Tagebuch wurde 2007 von Germaine Goetzingen und Marc Schoentgen aufgearbeitet. Mittlerweile sind weitere Aufzeichnungen eines Lagerinsassen aufgetaucht, die der wissenschaftlichen Aufbereitung harren.

Nach dem Krieg erhielt das Kloster seine Bestimmung zurück, wurde ab 1973 ein Meditationszentrum. Nachdem nur noch zwei Ordensbrüder dort lebten, entschied sich der Orden zum Verkauf.

Auf dem Klostergelände steht bereits seit 1969 ein Denkmal des Bildhauers Lucien Wercollier für die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus, denen jedes Jahr am ersten Julisonntag dort feierlich gedacht wird.



Foto: Editpress/Alain Rischard

Das unterzeichnete Abkommen soll eine Reihe von Ungerechtigkeiten beheben

Historisches Abkommen mit der Jüdischen Gemeinschaft

Nach jahrelangen Verhandlungen konnten die Vertreter der Regierung und der jüdischen Gemeinschaft gestern, am Jahrestag der Befreiung von Auschwitz, ein Abkommen unterzeichnen, das die noch offenen Fragen im Zusammenhang mit der zwangswise Enteignung der Juden durch die Nazis während der Besatzungszeit regelt. Premier Xavier Bettel und der Vorsitzende der Fondation luxembourgeoise pour la mémoire de la Shoah, François Moysse, hoben die historische Bedeutung des Abkommens hervor. DS

Foto: Guy Jallay



„Wachsam bleiben!“

Mit dem Amtsantritt von US-Präsident Joe Biden am 20. Januar sind viele Hoffnungen verbunden, denn nicht nur in den USA, sondern weltweit sind demokratische Institutionen unter Druck geraten. revue sprach mit Außenminister Jean Asselborn über diese Gefahren.

Text: **Stefan Kunzmann**

Herr Asselborn, wir haben noch die Bilder vom 6. Januar, als Anhänger von US-Präsident Donald Trump das Kapitol stürmten, den Kongress der Vereinigten Staaten, vor Augen. Sehen Sie die US-amerikanische Demokratie in Gefahr?

Am 6. Januar wurde sichtbar, was fundamentale und wiederholte Lügen in der Politik letztendlich bewirken können. Aber diese Ereignisse sind nicht aus heiterem Himmel gekommen. Die vier Jahre der Trumpschen Präsidentschaft waren von systematischen Angriffen gegen die Demokratie und deren Werte geprägt. Die Geschehnisse am Kapitol wurden durch die konstante Relativierung und Untergrabung der Wahrheit, die Aushöhlung des Vertrauens der Bevölkerung in die Demokratie und ihre Institutionen ausgelöst, sowie auch die damit einhergehende Bevormundung und Verteufelung der freien Presse. Die Geschehnisse am Kapitol, hinterlassen einen sehr bitteren Nachgeschmack. Die Gefahr für die Demokratie ist nicht gänzlich vom Tisch, auch wenn wir diesmal mit einem blauen Auge davongekommen sind. Es sind Hemmschwellen überschritten worden und es bleibt zu fürchten, dass die Anhänger Trumps auch in Zukunft nicht vor illegalen Aktionen zurückschrecken werden. Die Republikanische Partei muss sich hier klar positionieren. Das Problem muss also behandelt werden, und zwar gründlich. Ich bin davon überzeugt, dass die Umsetzung der Prioritäten des zukünftigen Präsidenten dazu beitragen wird, sowie auch zur nationalen Versöhnung.

Die beiden amerikanischen Politologen Steven Levitsky und Daniel Ziblatt sprechen in ihrem Buch „Wie Demokratien sterben“ von ungeschriebenen Normen als Leitplanken der Demokratie. Diese seien nach und nach ausgehöhlt worden. Sehen Sie das auch so?

Die Demokratie ist nicht ein für alle Mal gegeben. Was uns die Geschehnisse in den USA vor Augen geführt haben, ist, dass die Demokratie immer neu erstritten werden muss. Dessen waren sich schon die Gründerväter der amerikanischen Demokratie bewusst, als sie die Kontrolle der Machthaber in die Verfassung verankert haben und den Machtmissbrauch durch ein System von „checks and balances“ zu verhindern versucht haben. Aber solide Institutionen alleine können nicht alles regeln. Ein gesundes Demokratieverständnis erfordert Toleranz, gegenseitigen Respekt und letztlich auch ein Zusammengehörigkeitsgefühl: alles Werte, die Trump durch seine polarisierende Rhetorik auszuhöhlen versucht hat. Fest steht, dass Demokratien sich erneuern und an neue Gegebenheiten anpassen müssen. In diesem Zusammenhang muss man sich auch die Frage stellen, wie wir in Zukunft mit neuen Technologien umgehen, ohne dabei die Meinungsfreiheit anzufechten. Die sozialen Medien können eine große Herausforderung für die Demokratien darstellen.

Auch in anderen Regionen der Welt haben wir es mit einem Erstarken der Autokraten zu tun. Selbst in der Europäischen Union, wie in Polen und Ungarn, sind Regierungen dabei, demokratische Grundrechte und rechtsstaatliche Prinzipien abzubauen.

Sind die Staaten, in denen diese Werte noch aufrechterhalten werden, machtlos dagegen?

Ich würde jetzt nicht unbedingt einen direkten Zusammenhang von den Zwischenfällen in den USA und den Problemen im Bereich der Rechtsstaatlichkeit in verschiedenen Ländern der EU sehen. Fakt ist aber sicherlich, dass die von Ihnen genannten Länder gerne den Schulterchluss zu Präsident Trump gesucht haben oder sich sogar angeboten haben, um außenpolitisch stärker oder zumindest weniger isoliert zu erscheinen. Dies hat man auch in der zögerlichen Art und Weise gesehen, wie man zum Beispiel in Warschau auf die Wahl Joe Bidens reagierte oder wie man die rezenten Ereignisse in Washington kommentierte.

Polens Regierung und auch Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán hielten zu Trump.

Joe Biden hat schon in der Vergangenheit seine Bedenken über die Entwicklung im Bereich der Rechtsstaatlichkeit in Polen ausgedrückt. Es ist sicherlich nicht von Nachteil, dass wir jetzt in den USA einen Präsidenten haben werden, der unsere Sorgen diesbezüglich teilt. In der EU ist die Zahl der Staaten, die uns im Bereich der Rechtsstaatlichkeit Sorgen bereiten, zum Glück doch sehr begrenzt, was nicht heißt, dass wir das Phänomen auf die leichte Schulter nehmen. Das Problem war, dass eine solche Situation nicht voraussehbar war. Staaten müssen sehr hohe Standards aufweisen, um der EU beitreten zu können. Eine Situation, in der diese Standards dann nach Beitritt ausgehöhlt werden,

Relations internationales

war schlicht nicht vorgesehen. Darum hat es eine Weile gedauert, bis wir hier ein wirksames Mittel gefunden haben dem entgegenzutreten. Ich würde also nicht sagen, dass die EU hier machtlos ist. Aber die Entscheidungsfindung ist manchmal schwerfällig.

Hat die Europäische Union zu viel Geduld gehabt und zu lange gezögert, um gegen die Regierungen in Polen und Ungarn vorzugehen?

Die Erosion der Rechtsstaatlichkeit in Ländern wie Polen und Ungarn ist leider keine neue Entwicklung. Wir haben uns in der EU in der Tat lange schwergetan damit umzugehen. Wir haben sicherlich den Rechtsstaatsdialog, und es wurden „Artikel 7“-Verfahren (mit dem Verletzungen der EU-Grundwerte durch einen Mitgliedstaat sanktioniert werden, Grundlage ist der EU-Vertrag; Anm. d. Red) eingeleitet, aber dies hat bisher nicht die erwünschten Resultate gebracht. Die Kommission hat mehrere Verfahren vor dem europäischen Gerichtshof angestrengt. Darüber haben auch die Mitgliedstaaten mit dem neuen Rechtsstaatsmechanismus im Rahmen des mehrjährigen Finanzrahmens klare Grenzen aufgezeigt. Nach langen, zähen Verhandlungen haben wir es fertiggebracht, einen Mechanismus auf die Beine zu stellen, der unsere fundamentalen Werte schützt. Wir wollen in Zukunft sicherstellen können, dass dort, wo EU-Fördergelder hinfließen, auch unsere gemeinsamen Grundwerte geteilt werden. Ein Mitgliedstaat, der gegen die europäischen Werte verstößt, muss jetzt damit rechnen, dass Konsequenzen drohen, wenn dieser Verstoß sich unmittelbar auf die wirtschaftliche Führung des Haushalts der Union oder den Schutz der finanziellen Interessen der Union auszuwirken droht. Der Europäischen Kommission in ihrer Rolle als Wächterin der Verträge obliegt es, Verstöße festzustellen und diese dem Europäischen Parlament und dem Rat mitzuteilen. Des Weiteren obliegt ihr die Entscheidung, dem Rat geeignete Maßnahmen vorzuschlagen. Der Rat kann sie dann mit qualifizierter Mehrheit verabschieden. Dies ist ein klarer Fortschritt. Falls ein Mitgliedstaat

dies wünscht, kann sich der Europäische Rat mit der Frage beschäftigen, ohne den Prozess jedoch blockieren zu können. Falls der Europäische Gerichtshof über etwaige Maßnahmen zu entscheiden hat, so wird die Entscheidung der Kommission bis zur Urteilsfindung ausgesetzt. Dies ist in groben Zügen der Kompromiss, der im Haushaltsstreit gefunden wurde. Man muss diese Art von Entscheidungsfindung nicht schön finden – aber ich hoffe, dass wir damit in dieser Debatte einen entscheidenden Schritt vorangekommen sind.

War Europa zu zahm gegenüber Trump?

Das glaube ich nicht. Im Handelsbereich haben wir unsere Interessen klar verteidigt. So erhob die EU zum Beispiel Strafzölle auf Importe amerikanischer Produkte – als Reaktion auf die US-Zusatzzölle auf Stahl und Aluminiumprodukte der rechtswidrigen US-Subventionen für Boeing. Wir haben dennoch versucht, pragmatisch die Kooperation in verschiedenen Bereichen aufrecht zu erhalten. Europa hat trotzdem in den letzten Jahren einige wichtige Lektionen gelernt. Zum einen dürfen wir uns nicht mehr darauf verlassen, dass die USA es immer irgendwie richten werden. Wir müssen anfangen, uns mehr auf uns selbst zu verlassen und auch zum Teil eigenständiger in unserer Außenpolitik werden. Zum anderen bleiben die USA einer der wichtigsten Partner der EU. Es ist ein Balanceakt. Jetzt wird es darum gehen nach vorne zu schauen und die Möglichkeiten, welche die zukünftige Biden-Administration öffnet, zu nutzen. Ich freue mich darauf, bei vielen internationalen Themen wieder enger zusammenzuarbeiten.

Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes sah es eine Zeit lang nach einem Siegeszug der Demokratien westlicher Prägung aus. Zugleich nahmen aber nationalistische Tendenzen insbesondere in den früheren Ostblockstaaten zu. Saß der Westen einem Irrglauben auf?

Von einem Irrglauben kann in diesem Zusammenhang keine Rede sein. Im

Gegenteil, die EU hat eine enorme Anziehungskraft auf die Staaten des ehemaligen Ostblocks ausgeübt und darauf können wir stolz sein. Was die Staaten angeht, die in der Zwischenzeit der EU beigetreten sind, so sehe ich es doch als Erfolg, dass wir jetzt eine große demokratische Familie sind. In Familien gibt es immer Streitereien, damit muss man umgehen können. Wichtig ist, dass sich die EU und die demokratischen Werte nach wie vor eines großen Zuspruchs in der Bevölkerung erfreuen. Hierfür müssen wir uns weiter einsetzen. Auch ist dies keine Selbstverständlichkeit im Zeitalter von Populismus und Fake-News. So haben wir lernen müssen, unsere demokratischen Werte und Errungenschaften zu schützen. Die im Rahmen des Aktionsplans gegen Desinformation vom September 2018 ergriffenen Maßnahmen haben dazu beigetragen, Angriffe zu verhindern und Desinformationsversuche aufzudecken. Doch Desinformation ist eine sich ständig wandelnde Herausforderung. Es muss noch mehr getan werden, um die demokratischen Prozesse und Institutionen der Union vor Desinformation und Manipulation zu schützen.

In Westeuropa selbst kam es zum Aufstieg rechtspopulistischer Bewegungen. Darauf passt das Bild von der Aushöhlung der Demokratie ja besonders gut: In Italien wurde der Rechtspopulist Matteo Salvini Innenminister, in Österreich trat die FPÖ ihren Siegeszug an. Wurde die Demokratie auch hier ausgehöhlt?

Ich würde im Zusammenhang mit Italien nicht von einer Aushöhlung der Demokratie sprechen. Im Gegenteil, hier hat sich die Wehrhaftigkeit eines demokratischen Systems gegen populistische Anrempfungen gezeigt, auch wenn dies länger dauerte, als ich mir gewünscht hätte. Auch in Österreich wurde die FPÖ enttarnt und entzaubert. Mit Stammtischparolen und populistischen Gehabe kann man vielleicht in einigen Ländern Wahlen gewinnen. Das heißt aber noch lange nicht, dass man regierungsfähig ist oder der Regierungsverantwortung gerecht wird. Erschreckend ist, dass solch windige Gestalten es tatsächlich

Relations internationales

vereinzelt schaffen, die Menschen über ihre wahre Natur zu täuschen und es so schaffen, sich in Regierungsverantwortung zu mogeln. Dies ist in einer Demokratie nicht zu vermeiden und gehört sogar dazu. Es ist an den Bürgern zu entscheiden, wer sie vertritt und wer die Regierung stellt. Wenn dann eine rechtspopulistische Partei es so schafft, in Regierungsverantwortung zu kommen, müssen alle jene, die die demokratischen Werte hochhalten, Paroli bieten und glaubhafte Alternativen aufzeigen. Den Praxistest bestehen die Wenigsten.

Sind die etablierten Parteien nicht selbst schuld? Einige eiferten den Rechtspopulisten nach oder koalierten mit ihnen, wie etwa Österreichs konservativer Bundeskanzler Sebastian Kurz. Aber auch den Sozialdemokraten fiel nicht viel ein.

Soziale und demokratische Werte sind in unserer Zeit wichtiger denn je. Allerdings ist es richtig, dass manch einer sich eher nach kurzfristigen Zugewinnen in den Wahlumfragen gerichtet hat, als resolut demokratische Werte zu verteidigen. Hier darf es keine Anbiederungen geben. Man muss standhaft bleiben. Man kann also teilweise von einer Selbstschuld sprechen in dem Sinne, dass man es den Rechtspopulisten zu einfach gemacht hat – im Glauben, dass ihre simplifizierenden Thesen nicht fruchten werden. Es hat sich gezeigt, dass diese nicht stimmen. Man muss sich also damit auseinandersetzen und darf ihnen nicht das Feld überlassen. Es gilt, die Gefahren der populistischen Tendenzen aufzuzeigen, und gleichzeitig glaubhafte Alternativen vorzuschlagen. Die Ereignisse in den USA, aber auch in Großbritannien, in Österreich mit Strache, in Italien mit Salvini und anderswo haben uns die Gefahren und Konsequenzen einer solchen Politik aufgezeigt. Die Zeiten, als Steve Bannon (Ex-Berater von Trump, Anm. d. Red.) noch durch Europa tourte, um mit AfD, Front National und Konsorten die nationalistischen Organisationen in der EU zum Sieg bei den Europawahlen zu führen, sind vorbei. Dies war zum Glück ein Strohhalm. Der Bogen wurde überspannt. Es hat sich gezeigt,

dass die Bürger sich nicht für dumm verkaufen lassen.

Die Rechtspopulisten von AfD bis Marine Le Pen spielen aber nach wie vor mit ihren Muskeln. Erstere sind in Deutschland stärkste Oppositionspartei – und Le Pen konnte zwar 2017 noch von Macron in Schach gehalten werden. Aber auch ein weiteres Mal?

Der Aufstieg der rechtspopulistischen Blender ist ins Stocken geraten. Die AfD setzt ihren Negativtrend in den Umfragen fort und steht kurz vor der Implosion. In den letzten Monaten haben diese Gesellen ihr wahres Gesicht mehrmals ungewollt offenbart. Ähnlich ist es mit Le Pen. Ihr ist es nicht gelungen, ihre Wählerbasis zu erweitern. Sie geht weiterhin mit Konzepten aus der Mottenkiste hausieren. Aber selbst sie hat mittlerweile eingesehen, dass ein Austritt aus dem Euro oder aus der EU eine Schnapsidee ist. Ich traue den Franzosen doch mehr zu, als sich von rechtsextremen Rattenfängern verführen zu lassen. Aber es heißt „wachsam bleiben“.

Sind die Vorkommnisse vom 6. Januar in Washington und der versuchte Sturm des Reichstagsgebäudes in Berlin im August letzten Jahres sowie die rechtsextreme Gewalt in Deutschland und anderen Ländern nicht Zeichen einer Radikalisierung?

Eine Radikalisierung liegt zweifelsohne vor. Unklar ist, gegen was sich diese Radikalisierung richtet. Hätte man die Masse vor dem Kapitol gefragt, ihre Forderungen auf einem Blatt Papier zusammenzutragen, so glaube ich nicht, dass hier viel Sinnvolles herausgekommen wäre. Gleiches gilt für die Gesellen, die zum Sturm auf das Reichstagsgebäude angesetzt hatten. Es ist immer einfach, alles zu kritisieren oder schlechtzureden. Dies ist auch kein neues Phänomen. Neu ist die Radikalisierung. Hier haben Menschen sich aus der demokratischen politischen Auseinandersetzung verabschiedet, sind nicht mehr zugänglich für rationale Argumente. Man muss dies ernst nehmen, da es zu einer Gefahr für die Demokratie werden kann.

Wir müssen diese Menschen wieder erreichen und sie auf den Boden der rechtsstaatlichen Auseinandersetzung zurückbringen. Über die Politik eines Landes muss in Wahlen entschieden werden und eben nicht auf der Straße.

Ist der Brexit nicht ein Anzeichen dafür, dass die EU an Strahlkraft eingebüßt hat? Ist er womöglich ein Vorzeichen ihres Verfalls?

Nein, das Gegenteil ist der Fall. So sehr ich den Austritt Großbritanniens auch bedauere, so hat dieser schwierige Scheidungsprozess jedoch auch dazu beigetragen, den Bürgern in der EU die Vorteile einer EU-Mitgliedschaft vor Augen zu führen. Viele der Errungenschaften der EU wurden oft als selbstverständlich wahrgenommen, als ob es nicht anders sein könnte. Nun, es kann anders sein und auch wieder anders werden, wie das Vereinigte Königreich gezeigt hat. Der Einigungsprozess ist also nicht unumkehrbar. Wem die EU nicht mehr gefällt, dem steht es frei auszutreten. Es ist nicht von ungefähr, dass nun in vielen Ländern die EU-kritischen Stimmen, die mit einem Austritt ihres eigenen Landes aus der EU geliebäugelt haben, mittlerweile verstummt sind. Der Brexit hat klar gezeigt, dass wir nur gemeinsam stark sind, um Krisen zu bewältigen. Auf dieser neuen Einigkeit und auf dieser Einsicht gilt es nun die EU weiterzuentwickeln. Die Bürger werden im Rahmen der „Konferenz zur Zukunft Europas“* die Richtung mitbestimmen können. Es gilt also nun auch, den Brexit hinter uns zu lassen und die EU gemeinsam für zukünftige Herausforderungen fit zu machen.

Dazu gehört ein starkes Auftreten gegenüber Autokraten wie Putin oder Erdogan.

Die innere Einigkeit der EU hat viele überrascht. Auch wenn es außenpolitisch immer wieder einzelne Missstöne aus Budapest oder von andernorts gibt, so ist die EU allgemein auf Kurs geblieben. Wir sind ein berechenbarer, prinzipientreuer und glaubhafter Partner. Das ist unsere Stärke. Wir können der Türkei oder Russland ihr Verhalten nicht diktieren. Wir können aber den Preis festlegen, der ihr Ver-

halten hat. Gegenüber der Türkei wurden klar die roten Linien aufgezeigt. Die EU setzt sich klar für die Verteidigung ihrer Interessen und der Interessen ihrer Mitgliedstaaten sowie für die Aufrechterhaltung der regionalen Stabilität ein. In diesem Zusammenhang sind weitere Sanktionen angesichts der nicht genehmigten Bohrtätigkeiten der Türkei im östlichen Mittelmeer in Vorbereitung. Auch wird über eine Ausweitung der aktuellen Maßnahmen gesprochen, sollte die Türkei nicht einlenken.

Kann man mit Politikern wie Trump überhaupt noch Diplomatie betreiben?

Auch wenn die moderne Diplomatie gerade mit tiefgreifenden Veränderungen konfrontiert wird, ist sie unbestritten weiterhin das wichtigste Instrument der luxemburgischen Außenpolitik. Der sachliche und respektvolle Dialog sowie das gegenseitige Verständnis sind in unserem Beruf von zentraler Bedeutung, auch – oder soll ich sagen vor allem – wenn es darum geht, etwaige Differenzen zu überbrücken. Leider muss ich feststellen, dass es in den letzten Jahren zu einer Verrohung im öffentlichen politischen Diskurs gekommen

ist. Der Multilateralismus ist unter Druck geraten. Dies hatte sicherlich auch einen Einfluss auf die jeweiligen Zielsetzungen und Handlungsmuster einiger Regierungen und dementsprechend einen direkten Einfluss auf die Natur klassischer diplomatischer Beziehungen. Selbstverständlich ist es ebenso Teil unseres Berufs, schwierigere Themen anzusprechen, bei denen man auch mal anecken muss, aber davor darf man sich nicht scheuen. Doch die Diplomatie ist keine Momentaufnahme und kann nicht auf einzelne Personen reduziert werden. Sie ist ein unersetzlicher und dauerhafter Prozess, der die notwendigen Voraussetzungen schafft, um friedlich Differenzen auszutragen und gemeinsame Lösungsansätze zu erarbeiten.

Wie groß sind Ihre Hoffnungen in Joe Biden?

Meine Hoffnungen in den neuen Präsidenten der USA sind groß und ich freue mich auf einen regelrechten Neuanfang nach vier Jahren unverantwortlicher Außenpolitik. Biden hat angekündigt, dass die USA sich auf multilateraler Ebene neu engagieren. Er wird hoffentlich eine ganze Reihe von Entscheidungen von Trump

rückgängig machen. Biden hat den Kampf gegen die Pandemie zu seiner ersten und allergrößten Priorität erklärt. Die USA werden unter anderem wieder mit der Weltgesundheitsorganisation zusammenarbeiten. Ich bin überzeugt, dass in naher Zukunft Amerika und Europa gemeinsam das Coronavirus bekämpfen werden und mit vereinten Kräften die Pandemie verdrängen. Wir haben, in diesem Bereich, eine Vorreiterrolle, die nur gemeinsam gemeistert werden kann mit guter Koordinierung bei der Materialbeschaffung und bei der Impfung. Biden will ebenfalls dem Pariser Klimavertrag wieder beitreten, was auch notwendige Fortschritte in diesem Bereich ermöglichen wird. Und ich hoffe, dass dank der neuen Administration wieder Bewegung in die Abrüstungsverhandlungen kommt und dass die Atomverhandlungen mit dem Iran wieder in Gang kommen. Wir haben auf allen Seiten ein gemeinsames Interesse an einer sicheren Welt mit weniger Aufrüstung und Atomwaffen. ■

* Vergangene Woche, am 15. Januar, jährte sich die Ankündigung der Europäischen Kommission einer „Konferenz zur Zukunft Europas“. Diese soll beginnen, sobald die Corona-Pandemie es zulässt.

„Ein Mitgliedstaat, der gegen die europäischen Werte verstößt, muss jetzt damit rechnen, dass Konsequenzen drohen.“

Jean Asselborn

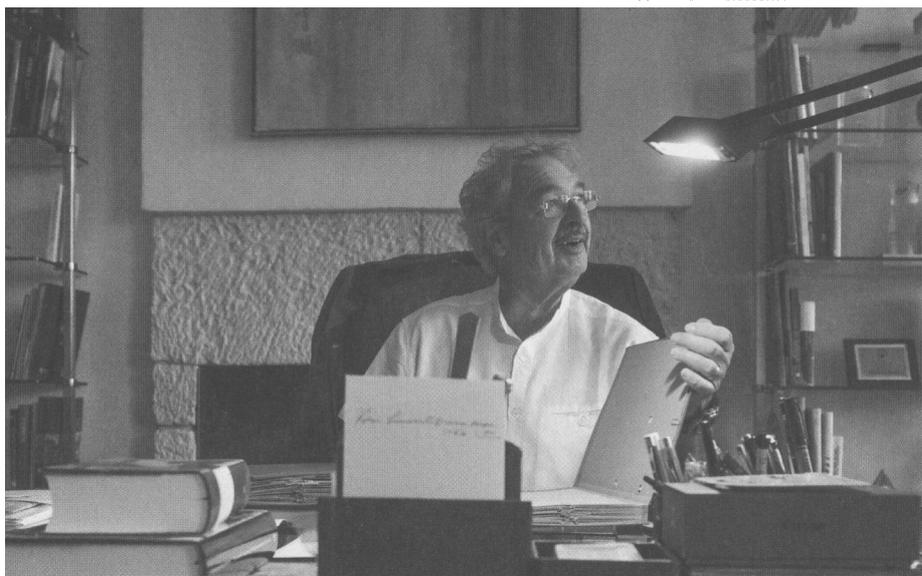
Unermüdlicher Humanist

Es sollte Mike Pompeos letzte Dienstreise sein. In Brüssel war ein Treffen des scheidenden US-Außenministers mit Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg geplant. Auch ein Abstecher nach Luxemburg war vorgesehen. Doch diesen sagte Pompeo, ebenso wie die Reise nach Belgien, ab. Dies meldete unter anderem die „New York Times“ am Dienstag vergangener Woche. Jean Asselborns Äußerungen in einem Interview hatten für diplomatische Verstimmungen gesorgt. Der Außenminister hatte Donald Trump bezüglich der Erstürmung des Washingtoner Kapitols durch Trump-Anhänger als einen „politischen Brandstifter“ und „Verbrecher“ bezeichnet. Letzte Woche bekräftigte Asselborn, dass er zu seinen Aussagen stehe.

Der 71-jährige LSAP-Politiker ist nicht dafür bekannt, ein Blatt vor den Mund zu nehmen. Dafür erntete er viel Lob, aber auch Kritik. In seinem Auftreten für demokratische Prinzipien und mit seinem humanistischen Einsatz für Menschenrechte und Flüchtlinge zeigt er klare Kante. So hat er stets Position gegen den Abbau und die Missachtung von rechtsstaatlichen Prinzipien zum Beispiel in Polen und Ungarn, aber auch in der Türkei Position bezogen. Im

September 2016 sorgte seine Äußerung, Ungarn behandle Flüchtlinge fast schlimmer als Tiere, für Aufsehen. Im selben Jahr verglich der luxemburgische Außenminister, seit 2004 im Amt, das Vorgehen gegen Oppositionelle in der Türkei mit „Methoden, die während der Nazi-Herrschaft benutzt wurden“. Und 2018 warf er dem damaligen italienischen Innenminister Matteo Salvini „Methoden und Töne der Faschisten“ vor. Als Salvini afrikanische Migranten mit Sklaven verglich und ohne Asselborns Wissen eine Diskussion über Migration aufzeichnen ließ und dies veröffentlichte, kam es zu Asselborns mittlerweile berühmten Ausspruch „Merde alors!“.

In Erinnerung bleibt auch, wie er im vergangenen Frühjahr, als die Corona-Pandemie schon grassierte, nach zähen Verhandlungen zwölf minderjährige Flüchtlinge aus Afghanistan und Syrien, die auf griechischen Inseln festsaßen, nach Luxemburg holte. In diesem revue-Interview sagt Asselborn: „In der Flüchtlingsfrage sind wir noch nicht dort, wo wir hinwollen, was ich sehr bedauere.“ Die größte Uneinigkeit innerhalb der EU bestehe hierbei bezüglich der „Relocation“, Verteilung der Flüchtlinge. Asselborn: „Ohne Solidarität wird es nicht gehen.“ Allerdings nicht auf freiwilliger Basis.



Jean Asselborn in seinem Büro.

Jean Asselborn im April 2020 bei der Begrüßung der jungen Flüchtlinge.



Ein erster Schritt zur Bändigung eines gigantischen Tigers

Überlegungen zum Investitionsabkommen zwischen der Europäischen Union und China

Von **Christophe Hansen**

2020 wurde mit einem geopolitischen Urknall im Bereich Handel und Investitionen abgeschlossen. Die Europäische Union konnte in letzter Minute ein Kooperations- und Handelsabkommen mit Großbritannien abschließen und konnte fast gleichzeitig, nach sieben Jahren und geschlagenen 37 Verhandlungsrunden auf höchster politischer Ebene ein umfassendes Investitionsabkommen (CAI) zwischen mit China zur Unterschrift bringen.

Wie sprechen hier von dem ambitioniertesten Abkommen überhaupt, welches China je mit einem Handelspartner abgeschlossen hat, und es handelt sich generell um ein Abkommen der „ersten Male“. Zum ersten Mal in der Geschichte hat sich China verpflichtet, konkrete Ziele in den Bereichen der nachhaltigen Entwicklung und im Bereiche des Klimas und Arbeitsrechtes umzusetzen. Zukünftig muss China außerdem offen legen, welche Gelder an Staatsunternehmen fließen und auch dem gezwungenen Technologietransfer wird ein Ende gesetzt, was europäischen Unternehmen fairere Konkurrenzbedingungen in China verschafft.

Wird dieses Abkommen all unsere wirtschaftlichen, politischen und menschenrechtlichen Probleme mit China aus der Welt schaffen? Wird es die Demokratie in Hongkong wiederherstellen? Wird es die Masseneinkerkerung der Uiguren beenden? Nein, das Abkommen ist kein Allheilmittel, aber gepaart mit zusätzlichen legislativen Maßnahmen, die auf dem Instanzenweg sind, werden wir einen zusätzlichen Pfeil im Köcher unserer Chinapolitik haben.

Zu unterstreichen ist auch, dass es sich hier nicht um ein Handelsabkommen handelt, sondern um ein Abkommen, das einen besseren Investitionsschutz gewährleisten soll. Es werden also keine neuen Han-

delspräferenzen für Güter und Dienstleistungen entstehen, sondern den europäischen Investoren soll ein gerechterer Zugang zum chinesischen Markt ermöglicht werden.

Das Abkommen basiert auf drei Hauptpfeilern: Marktzugang, Konkurrenzregeln und nachhaltige Entwicklung.

Öffnen des Chinesischen Marktes für europäische Investoren

Jean-Claude Juncker sagte anlässlich seiner letzten Rede zur Lage der Union: „L'Europe est ouverte mais pas offerte.“ Junckers Maxime trifft auf unsere Handels- und Investitionsbeziehungen mit China leider nur begrenzt zu; nichtsdestotrotz ist dieses Abkommen ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Das Ziel des CAI ist die gleiche Offenheit auf chinesischer Seite wie auf europäischer Seite herbeizuführen. Der größte Fortschritt wurde ohne Zweifel zugunsten der Fertigungsindustrie erzielt, welche für knapp 50 Prozent der EU-Direktinvestitionen im Ausland steht.

Dieses Abkommen kommt zu einem geostrategisch gesehen sehr wichtigen Zeitpunkt: In einer Zeit wo das sogenannte USA/China-Phase-I-Abkommen schon abgeschlossen wurde, und wo eben erst das RCEP-Abkommen (Regional and Comprehensive Economic Partnership) zwischen China und 14 anderen Asien/Pazifik-Staaten unterzeichnet wurde. Das CAI hat den Anspruch, zu verhindern, dass die EU zwischen diesen Giganten zermahlen wird und soll unseren Investoren einen adäquaten Zugang zum wichtigen chinesischen Markt ermöglichen.

Die chinesische Konkurrenz fair(er) gestalten

Über viele Jahre haben wir von unseren europäischen Unternehmen gehört, wie schwer es ist, sich in China zu etablieren und sich voll zu entfalten und, dass

chinesische Unternehmen in der EU sich sicherlich nicht in gleichem Maße die Zähne ausbeißen.

Das CAI beendet den obligatorischen Technologietransfer. EU-Investoren bekommen den Zugang zum Markt im Bereich der Elektromobilität, und weitere Handelsbarrieren, wie zum Beispiel Eigenkapitalobergrenzen und verpflichtende Joint-Ventures bei Cloud-, IT-, und Finanzdienstleistungen sowie dem Schiffstransport konnten abgeschafft werden. Außerdem sollen Staatsunternehmen nach kommerziell nachvollziehbaren Kriterien funktionieren und Staatsbeihilfen müssen in Zukunft transparent offen gelegt werden.

Die Bedeutung des „EU-Magnitzky-Act“

Das CAI ist sicherlich noch kein Allheilmittel, um die offensichtlichen Differenzen, die wir mit China haben, aus der Welt zu schaffen. Um die nötige Zustimmung vom Europaparlament zu bekommen, brauchen wir zusätzliche unilaterale Begleitmaßnahmen, welche teilweise schon auf dem Instanzenweg sind.

Wir müssen den EU-Mechanismus zur globalen Bekämpfung von Menschenrechtsverletzungen, den sogenannten „EU-Magnitzky-Act“, der am 7. Dezember 2020 beschlossen wurde, jetzt auch so schnell wie möglich anwenden. Einzelpersonen, Unternehmen, oder andere Akteure, die auf dieser Liste geführt werden, wird es nicht mehr möglich sein, Gelder aus der EU zu empfangen.

Gleichzeitig müssen die EU-Gesetzgebungen zur nachhaltigen Unternehmensführung und zur obligatorischen Sorgfaltspflicht in Handelsketten („Due Diligence“), die sicher stellen, dass Menschenrechte und Umweltstandards respektiert werden, endlich auf den Tisch kommen.

Um der berechtigten Kritik derer, die sagen, dass unsere Erregenschaften in den Bereichen faire Konkurrenzbedingungen und Marktzugang nicht ausreichen, Rechnung zu tragen, müssen wir definitiv unsere Handelsschutzinstrumente ausbauen. Die Verordnung zur Durchsetzung der Handelsbestimmungen, die vom EU-Parlament angenommen wurde, ist ein erster Meilenstein. Doch auch das zentrale Instrument für die Öffnung der internationalen öffentlichen Beschaffungsmärkte („International Procurement Instrument“, IPI), welches schon zu lange in der Pipeline feststeckt, muss endlich raus, um zu verhindern, dass chinesische Staatsunternehmen mit massiven Staatszuschüssen unseren EU-Unternehmen weiterhin den Rang bei öffentlichen Ausschreibungen von Großprojekten ablaufen.

Zwangsarbeit und das Pariser Klima-Abkommen

Ein Investitionsabkommen allein kann leider nicht die Innenpolitik eines Drittstaates komplett reformieren, auch wenn wir das alle am Liebsten sehen würden. Trotzdem hat das CAI China zum ersten Mal überhaupt dazu bewegt, sich zu der Umsetzung einiger der UN-Ziele zur nachhaltigen Entwicklung zu verpflichten, welche zum Markenzeichen der EU-Handelspolitik gehören. Peking hat zugesichert, das Pariser Klima-Abkommen und die wichtigen Konventionen C29 und CI05 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) bezüglich der Zwangsarbeit umzusetzen.

Zu letzterem Punkt wird das Europaparlament aber ganz klar einen Umsetzungszeitplan einfordern, bevor es grünes Licht zum CAI geben wird. Das Europaparlament hat erst 2019 dem eingekerkerten Uigurischen Anführer Ilham Tohti den Sacharow-Preis für Gedankenfreiheit verliehen. Vor den Gräueltaten

in Xinjiang und dem Umgang mit den Uiguren wird im Europaparlament sicherlich niemand die Augen verschließen.

Kein geopolitisches Vakuum

Unsere Beziehungen mit China spielen sich nicht in einem Vakuum ab, sondern die geopolitische Tektonik verändert sich tagtäglich. China funktioniert nach dem Motto „Teile und Herrsche“.

Leider hat diese Strategie in den vergangenen Jahren nur allzu gut funktioniert. Die USA unter Donald Trump haben

einen Angriff nach dem anderen gegen China geritten (und nicht nur gegen China), ohne dies mit irgendjemandem abzustimmen. Um China in Verlegenheit zu bringen, muss die Biden-Regierung eine koordinierte China-Politik auf den Weg bringen und die transatlantischen Beziehungen wieder dorthin leiten, wo sie eigentlich hingehören.

Zudem muss auch die EU selbst sich China gegenüber mit einer einzigen Stimme behaupten. Hier bedauere ich allerdings, dass 17 EU-Mitgliedstaaten, darunter auch Luxemburg,

eigenständig und bilateral eine sogenannte Grundsatzvereinbarung („Memorandum of Understanding“) mit China unterzeichnet haben, was wieder perfekt in die chinesische „Teile und Herrsche“-Strategie passt. Den Chinesen gegenüber muss die EU mit einer Stimme sprechen, und nicht mit 27 einzelnen Stimmen. Wir brauchen einen Lautsprecher, eine regelrechte Task-Force, wie wir sie unter der Führung von Michel Barnier im Rahmen der Brexit-Verhandlungen mit den Briten hatten. Dafür müssten einige EU-Mitgliedstaat-

ten, unter ihnen auch Luxemburg, einen Kurswechsel in ihrer China Politik vornehmen. Sind wir bereit dafür?

Das Abkommen ist kein Allheilmittel (...) aber wir werden einen zusätzlichen Pfeil im Köcher unserer Chinapolitik haben.

Der Autor ist EU-Abgeordneter der CSV



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

WIRTSCHAFT

Einen kühlen Impfstoff bewahren

Im Kampf gegen Covid investiert B Medical Systems zwölf Millionen Euro in sein Werk in Hosingen

Von Thomas Klein

Während andere Unternehmen gerade die Produktion herunterfahren und ihre Mitarbeiter in Kurzarbeit schicken, expandiert die Firma B Medical Systems aus Hosingen gerade gewaltig. Gestern wurde im Beisein von Erbgroßherzog Guillaume und von Wirtschaftsminister Franz Fayot der Spatenstich für die Erweiterung seines Werks im Luxemburger Norden vollzogen.

Die Investition ist notwendig, weil die Nachfrage nach den Erzeugnissen des Unternehmens in den letzten Monaten durch die Decke geschossen ist. Denn die Firma stellt ein Produkt her, das zu einer entscheidenden Waffe im Kampf gegen das Corona-Virus geworden ist: Spezialkühlschränke für medizinische Produkte. Die beiden einzigen bisher in der Europäischen Union zugelassenen Covid-Impfstoffe stellen besondere Anforderungen an die Kühlkette: Das Vakzin von Biontech muss bei minus 70 Grad gelagert werden, das von Moderna zwischen -25 Grad und -15 Grad Celsius. Deshalb sind zum jetzigen Zeitpunkt der Impfkampagne die Kühlanlagen von B Medical Systems besonders gefragt, weil sie ihren Inhalt auf bis zu -80° C herunterkühlen können. Entsprechend voll sind die Auftragsbücher bei dem Luxemburger Unternehmen. Innerhalb weniger Monate versie-

benfachte sich die Nachfrage. Unter anderem findet sich die Technologie des Betriebes in den Impfzentren in Luxemburg. Aber die Firma liefert auch nach Deutschland, in die USA, nach Mexiko und Indonesien.

Entsprechend angespannt war die Lage in der Produktion der Firma in den letzten Wochen. Um die Arbeit dennoch zu schaffen, legten die Belegschaften Sonderschichten ein und der Betrieb stockte mit Hilfe von Zeitarbeitsfirmen auf. Das nun begonnene Erweiterungsprojekt soll die Fertigungskapazitäten nochmals deutlich erhöhen. Die neuen Produktionslinien sollen bis Juli 2021 in Betrieb gehen. Etwa 150 zusätzliche Arbeitsplätze möchte das Unternehmen schaffen. Aktuell stehen unter anderem Elektriker, Mechaniker, Kältetechniker und Kunststoffspezialisten auf der Rekrutierungsliste der Firma.

Finanzielle Beteiligung des Staats

„In den letzten Monaten hat die Nachfrage nach Kühlketten für Impfstoffe dramatisch zugenommen. Da der Impfstoff schrittweise eingeführt wird, erwarten wir, dass die Nachfrage noch mindestens zwei Jahre weiter wächst“, sagt Luc Provost, der Geschäftsführer des Unternehmens. „Diese Erweiterung unserer Fabrik ist daher ein entscheidender Schritt, um unseren Kunden auf der ganzen Welt

zu helfen, zuverlässige Kühlkettenlösungen für Impfstoffe anzubieten.“ Bis 2021 wird zunächst hinter dem bestehenden Werk eine neue 4 500 Quadratmeter große Produktionshalle errichtet. Anschließend wird dort eine neue Montagelinie aufgebaut sowie eine Testanlage zur Qualitätssicherung. Das gesamte Projekt werde mit Hilfe luxemburgischer Dienstleister durchgeführt, betonte Provost.

Für das Vorhaben sind insgesamt zwölf Millionen Euro angesetzt. Davon übernimmt das Wirtschaftsministerium 5,7 Millionen im Rahmen des Covid Investitionsprogramms. „B Medical Systems ist auch ein gutes Beispiel dafür, dass in sich Luxemburg ein dynamischer Sektor für Gesundheitstechnologien angesiedelt hat, dessen Aktivitäten und Fähigkeiten auf dem neuesten Stand des technologischen Fortschritts sind“, sagte Franz Fayot bei der Grundsteinlegung. Bereits vor Beginn der Covid-Krise war die Firma in der Nische der Impfstoffkühlung einer der wichtigsten Anbieter weltweit. Das Unternehmen, das in Luxemburg aktuell etwa 200 Menschen beschäftigt, kooperiert seit Jahren mit internationalen Gesundheitsorganisationen wie Unicef, Ärzte ohne Grenzen und der Impfstoffallianz Gavi.

Über 100 Patente

Insgesamt ist die Firma in über 130

Ländern aktiv. Im Frühling diesen Jahres wird ein weiteres Werk in Indien den Betrieb aufnehmen; bereits im März 2020 eröffnete B Medical eine Niederlassung in den USA, um den nordamerikanischen Markt zu bedienen. Gerade die Impfkampagnen in Schwellenländern stellen hohe Anforderungen an die Kühltechnologie des Unternehmens. Denn auch bei unzuverlässiger Stromversorgung muss gewährleistet sein, dass die empfindlichen Medikamente bei der richtigen Temperatur gelagert werden. Daher entwickelte die Firma in der Vergangenheit immer wieder neue Lösungen wie solarbetriebene Kühleinheiten und Überwachungssysteme, um aus der Ferne die ordnungsgemäße Lagerung zu überprüfen. Nach eigenen Angaben hält das Unternehmen aktuell über 100 Patente; in seiner Luxemburger Forschungsabteilung sind mehr als 30 Mitarbeiter beschäftigt.

Ursprünglich Teil von Elektrolux, entstand die Firma in ihrer heutigen Form 2015 durch ein „Management Buy-Out“ mithilfe der Private Equity Firma Navis Capital Malaysia. Seither investierte das Unternehmen am Standort Hosingen mehr als 17 Millionen Euro vor allem in Automatisierung und Robotisierung.



Erbgroßherzog Guillaume (zweiter von rechts) und Wirtschaftsminister Franz Fayot (Mitte) beim Spatenstich.

Luxemburger Werke sollen grüner werden

ArcelorMittal will seinen Kohlenstoff-Fußabdruck reduzieren

Von Marco Meng

War 2019 wegen sinkender Nachfrage, Überkapazitäten auf dem Markt und Billigstahl aus Fernost für ArcelorMittal ein schwieriges Jahr, so war das letzte zusätzlich kompliziert. „Wir wurden durch die Covid-Krise stark getroffen, da unsere Kunden ihre Aktivitäten signifikant reduzierten“, bilanzierte gestern Roland Bastian, Chef von ArcelorMittal Luxemburg, das vergangene Jahr. Der Stahlkonzern hatte zum traditionellen Neujahrsempfang in sein Werk nach Belval geladen.

Differdingen produzierte letztes Jahr vor allem 9 600 Tonnen Stahl für eine Brücke in Bangladesch, während in Rodingen Schienen für die Tram hergestellt wurden und in Bissen die „grünen“ Galvanisierungskapazitäten um 150 Prozent gesteigert wurden, um Stacheldraht nach Großbritannien und Irland zu liefern.

Werke in Luxemburg wurden runtergefahren

Die Luxemburger Werke, die viel für die Auto- und Bauindustrie produzieren, bekamen aber auch deutlich die Corona-Pandemie und

den eingebrochenen Stahlbedarf zu spüren. Im Bausektor ging es im 2. Quartal 2020 um 15 Prozent zurück, bei der Autoindustrie in Europa um 26 Prozent. „Unsere beiden Hauptkunden“, erklärte Bastian. Ende März, Anfang April wurden die Werke in Luxemburg auf etwa 70 Prozent heruntergefahren. Produziert ArcelorMittal hierzulande seit Jahren kontinuierlich um die 2 200 Tonnen Rohstahl, so waren es im Corona-Jahr 2020 deutlich weniger. Wie sich das auf die Geschäftszahlen auswirkt, wird sich in den nächsten Wochen zeigen, wenn das Unternehmen seine Bilanz für 2020 vorlegt (am 11. Februar). 2019 hatte ArcelorMittal einen Verlust von rund 2,5 Milliarden US-Dollar, das sind knapp 2,3 Milliarden Euro, erwirtschaftet.

Fest steht allerdings, dass der Konzern sehr erfolgreich dabei ist, seine Schulden runterzufahren. Wie Bastian gestern erklärte, betrug der Schuldenstand zum 30. September des letzten Jahres sieben Milliarden Euro gegenüber 9,3 Milliarden Euro 2019. 2011 waren es noch 22,5 Milliarden Euro.

Ziel sei, die Kosten im Griff halten, bis 2050 CO₂-neutral zu wer-

den und den Schuldenstand zu senken, um flexibler für Investitionen zu sein, so fasste Bastian die drei großen Ziele des Konzerns zusammen.

Werk Rodange startet Biogasprojekt

Im Kontext von Kreislaufwirtschaft – 95 Prozent des Stahls von ArcelorMittal ist wiederverwerteter „Altstahl“ – und um die Emissionen zu reduzieren hat der Stahlkonzern verschiedene Projekte gestartet, wie zum Beispiel die Installation von Solarpaneelen in Differdingen und die Errichtung einer Biogasanlage im Werk Rodange. Der Projektmanager Vincent Cholet erklärt: „Bislang wird die Energie für die Stahlschmelze in Rodange mit Naturgas betrieben. Um die Emissionen zu drosseln installieren wir dort zusammen mit Partnern eine Biogasanlage; mit dem Pilotprojekt wollen wir 25 Prozent des gebrauchten Naturgases damit ersetzen.“ 2023 soll die Biogasanlage in Betrieb gehen. Mit beteiligt am Projekt sind das Unternehmen Etia aus Frankreich, der Mutterkonzern, Vow ASA in Norwegen und der Luxemburger Energiekonzern Eno-

vos. Ein Joint-Venture soll die Biogasanlage, die 2023 in Betrieb gehen soll, profitabel betreiben. 2024 sollen dann mit Elektrizität und Wärme aus der Biogasanlage auch andere versorgt werden. „Damit können 4 000 Tonnen CO₂ im Jahr eingespart werden“, sagt Cholet.

Mit der jüngst vereinbarten Tripartite „Lux2025“ verpflichtet sich der Stahlkonzern, 165 bis 205 Millionen Euro in die Werke Belval, Differdingen, Rodange und Bissen zu investieren. Die Gesamtinvestitionen in das Biogas-Pilotprojekt soll etwa 15 Millionen betragen, die gemeinsam von allen Partner aufgewendet werden. Dieses Geld ist in der „Lux2025“-Vereinbarung nicht enthalten, betont ArcelorMittal Luxembourg-Chef Roland Bastian.

● **Damit können**
● **viertausend**
Tonnen CO₂ im
Jahr eingespart
werden.

Vincent Cholet, ArcelorMittal

Eine Lösung wie zu Zeiten der großen Stahlkrise

ARCELORMITTAL Abkommen unterzeichnet / 165 Millionen für die Zukunft des Sektors

ArcelorMittal, Gewerkschaften sowie die Luxemburger Regierung haben am Montag ein Abkommen unterzeichnet: Zwar wird der Stahlkonzern, wie er geplant hatte, mehr als 500 Arbeitsplätze abbauen, „harte“ Entlassungen können jedoch vermieden werden.

Wie zu Zeiten der großen Stahlkrise vor mehr als 40 Jahren wird eine „Cellule de reclassement“ geschaffen. ArcelorMittal hat sich zu millionenschweren Investitionen in den Standort Luxemburg verpflichtet. Teil des Abkommens ist erstmals auch eine Kontrolle der abgegebenen Versprechen, mit der Möglichkeit, Sanktionen auszusprechen.

Christian Muller

Mitte September letzten Jahres hatte der Stahlkonzern ArcelorMittal angekündigt, 570 Arbeitsplätze in Luxemburg abbauen zu wollen, 15 Prozent seiner Beschäftigten. Bereits vor der Pandemie sei die Stahlindustrie mit schwierigen Marktbedingungen konfrontiert gewesen, hieß es damals. Unter anderem habe die Branche in Europa mit billigen Stahlimporten aus Ländern mit weniger Umweltauflagen (somit kostengünstiger) zu kämpfen. Auch Steuern auf Exporten von Stahlprodukten in die USA lasteten auf dem Geschäft. Die Pandemie habe dann alles noch komplizierter gemacht, so der Konzern damals. Eine Restrukturierung sei notwendig.

Etwa vier Monate dauerten die Verhandlungen. Mit am Tisch saßen der Stahlkonzern, die Gewerkschaften OGBL und LCGB sowie die Luxemburger Regierung. Der Staat habe dabei nicht nur zugeschaut, sagte der Minister für Arbeit, Dan Kersch, am Mon-

tag vor Journalisten. „Unser Ziel war es, den Abbau sozial zu begleiten und gleichzeitig die langfristige Zukunft der Stahlindustrie in Luxemburg zu sichern.“ Das sei mit dem Abkommen „Lux 2025“ schließlich gelungen.

Das Luxemburger Modell habe „voll funktioniert“, so der Arbeitsminister. Zwar werden 536 Arbeitsplätze abgebaut, doch es werde keine „harten Entlassungen“ geben. Etwa 300 Menschen erhalten die Möglichkeit einer früheren Rente, während eine „Cellule de reclassement“ in den kommenden Jahren (maximal) 280 Personen begleiten werde. Die Betroffenen werden Weiterbildungen erhalten, können kleinere Arbeiten bei ArcelorMittal verrichten und an andere Unternehmen ausgeliehen werden. „Wir werden sie nicht liegen lassen“, so der Minister. Zu einem Sozialplan wird es nicht kommen.

Alle Standorte bleiben erhalten

Gleichzeitig hat sich der Stahlkonzern dazu verpflichtet, keinen Standort in Luxemburg zu schließen und mindestens 165 Millionen Euro (bis 2025) hierzulande zu investieren. Auch der Standort Dommeldingen, dessen Überleben in die Debatte geraten war, wird nicht geschlossen, sondern umorganisiert. Mit den Geldern sollen Projekte zur Effizienzsteigerung und Umweltverträglichkeit der Luxemburger Werke finanziert werden. Mit dazu zählt beispielsweise der Bau einer Fotovoltaikanlage auf einem Weiher in Differdingen.

Wirtschaftsminister Franz Fayot ist mit dem Ergebnis der sektoriellen Tripartite zufrieden. „Es war kein einfacher Prozess“,

sagte er zu den Verhandlungen. Doch das „Luxemburger Modell funktioniert“. Die Arbeitsplätze würden „sozial verträglich“ abgebaut. Erfreut ist er darüber, dass etwa 3.000 Jobs in der Branche gesichert werden konnten. ArcelorMittal habe gezeigt, dass es gewillt ist, langfristig einen Stahlsektor in Luxemburg zu erhalten, sagte er. Das sei eine gute Nachricht – immerhin gehe es um eine Branche, die weltweit starkem Konkurrenzdruck ausgesetzt ist. Fayot erinnerte daran, dass in den beiden Jahren zuvor die Exporte Luxemburger Stahlprodukte deutlich (17 und 11 Prozent) rückläufig waren.

Zufrieden zeigte er sich zudem darüber, dass sich der Konzern dazu verpflichtet hat, den Hauptsitz des Konzerns in Luxemburg zu belassen. Ins Gespräch geraten war das neue Hauptgebäude (das auf Kirchberg am Entstehen ist): Nach dem Jobbau, der auch die Verwaltung trifft, wird nämlich weniger Bürofläche benötigt. „Es ist jedoch sehr wichtig für uns, dass es gebaut wird“, so Fayot. Im nun unterzeichneten Abkommen seien nun bereits Dienstleistungen festgehalten, die von dem Gebäude aus geleistet werden müssen. Möglicherweise könnte jedoch noch ein zweiter Nutzer benötigt werden, fügte Roland Bastian, zuständig für Luxemburg bei ArcelorMittal, hinzu. Noch im weiteren Verlauf des Tages sollen Luxemburgs Premierminister Xavier Bettel und Konzernchef Lakshmi Mittal darüber reden.

Bastian erinnerte gestern noch einmal an die schwierige Lage, in der sich die Branche befindet. Von Anfang an habe man jedoch auch „Investitionen mit auf den Tisch gelegt“. Es gelte, Prozesse zu verbessern, um sich effizienter aufzustellen. Er sei froh, dass

„wir an dem mehr als 40 Jahre alten Modell anknüpfen konnten“. Zu Zeiten der großen Stahlkrise wurde mit Maßnahmen wie beispielsweise einer „Cellule de reclassement“ ein Sektor radikal umgestaltet, ohne dass es zu direkten Entlassungen kam. Man fühle sich der luxemburgischen Stahlindustrie verbunden und wolle ihre Zukunft mitgestalten, so Bastian am Montag.

Der bei der Unterzeichnung ebenfalls anwesende Finanzminister Pierre Gramegna fügte hinzu, dass auch er froh über die Einigung sei. So könne man die Zukunft der verbleibenden Mitarbeiter der Branche mittel- und langfristig absichern. Zudem „konnten wir zeigen, dass wir allen Firmen helfen, egal was ihre Größe ist“. Ebenfalls freue er sich darüber, dass die versprochenen Investitionen auch wirklich getätigt werden würden.

Kontrollmechanismus mit möglichen Sanktionen

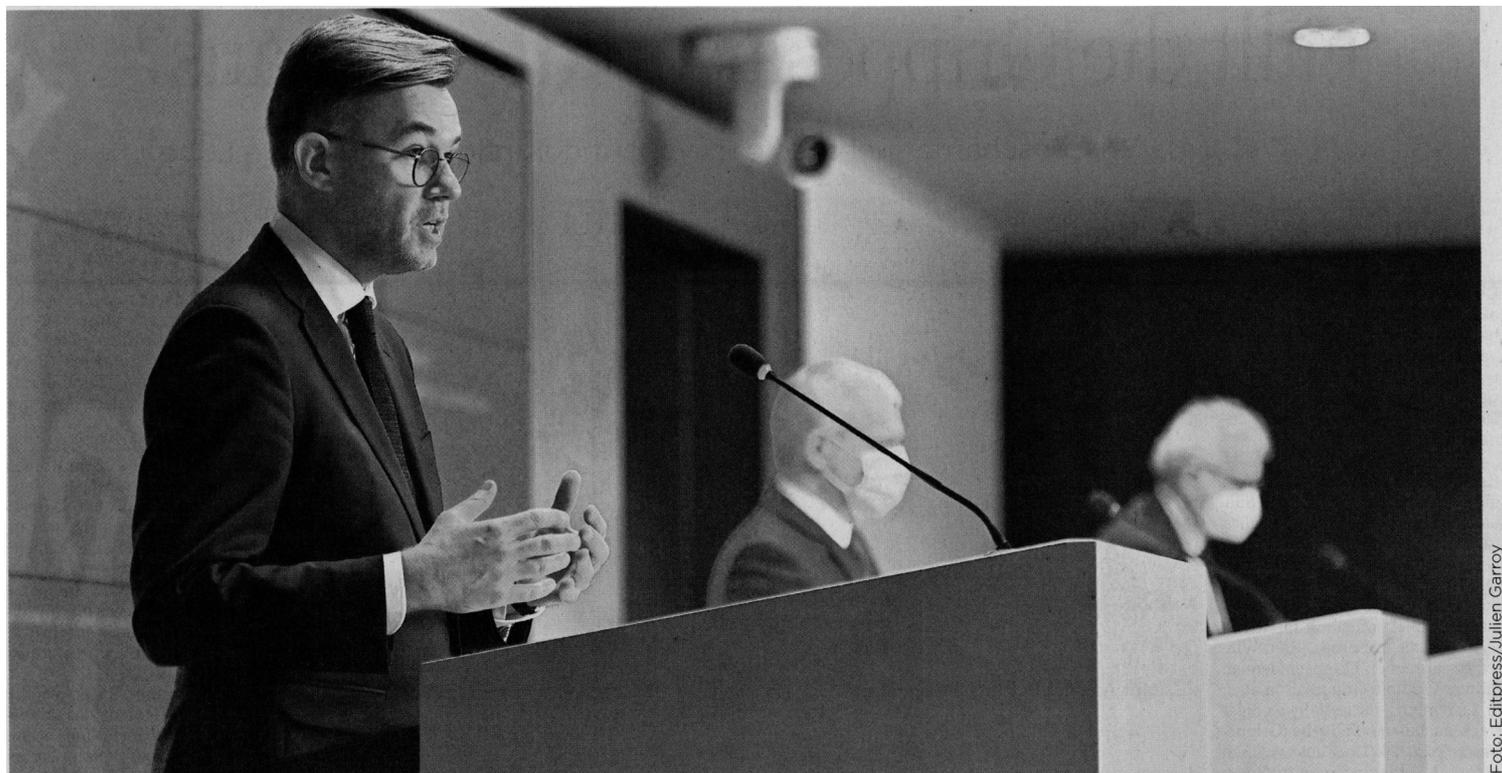
Damit die Investitionsverpflichtung kein leeres Versprechen bleibt, haben sich die Verhandlungspartner auf einen Kontrollmechanismus mit möglichen Sanktionen geeinigt. So riskiert der Konzern, wenn er die versprochenen Investitionen bis 2025 nicht getätigt hat, einen Teil der 20 Millionen Euro, die der „Fonds de l'emploi“ aktuell (bei den Kosten der Frührenten) übernimmt, zurückgeben zu müssen.

Die Vorleistungen sind an die Investitionsverpflichtungen gebunden. Im Zweifelsfall werde man die Rückzahlung fordern, so Arbeitsminister Kersch. Dies sei ein Schritt, wie ihn die Regierung noch nie unternommen habe. Es sei ein gutes Beispiel für die Zukunft, das auch bei anderen sektoriellen Tripartiten in den Einsatz kommen könnte, fügte er hinzu.

Auch wenn man nie glücklich mit Jobbau sein könnte, so die Gewerkschaft OGBL, gebe es doch eine ganze Reihe positiver Ergebnisse in dem Abkommen. „Es ist eine klare Richtung nach vorn“, so Stefano Araujo, zuständig für die Stahlindustrie. Dazu zählt,

neben der Begleitung der vom Jobverlust Betroffenen und den versprochenen Investitionen in die Zukunft, dass die Personalvertreter die künftige Entwicklung weiter mit beobachten können. Die Möglichkeit, dass ein Konzern im Zweifelsfall Hilfen zurückzahlen muss, wenn er sich nicht an Versprechen hält, habe es in der Vergangenheit nie gegeben, so Araujo. ArcelorMittal solle die Zeit bis 2025 nun nutzen, um sich gut aufzustellen.

Noch vor zehn Jahren war ArcelorMittal, mit mehr als 6.000 Mitarbeitern, der wichtigste private Arbeitgeber des Landes. Doch ab 2016 begann ArcelorMittal zurückzufallen. Grund waren die Stilllegung des Werks in Schiffingen sowie Verkäufe von Beteiligungen (Paul Wurth, Enovos, das Werk in Düdelingen und Circuit Foil). 2019 war der Konzern der fünfgrößte private Arbeitgeber des Landes. Zu Jahresbeginn zählte er etwa 3.500 Mitarbeiter. In fünf Jahren sollen es 3.000 Beschäftigte sein.



Gleich drei Minister waren am Montag bei der Unterzeichnung des Abkommens mit ArcelorMittal und den Gewerkschaften anwesend. Es ging um die Zukunft Luxemburgs als Standort für die Stahlindustrie.

Foto: Editpress/Julien Garroy

Eine Perspektive für die Stahlindustrie

Regierung, Arbeitgeber und Gewerkschaften unterzeichnen „Lux 25“-Vereinbarung

Von Nadia Di Pillo

Bei der Stahl-Tripartite wurde im vergangenen Dezember eine Einigung zwischen Regierung, Arbeitgeber und Gewerkschaften gefunden. Nun haben die drei Parteien die endgültige „LUX 2025“-Vereinbarung für die Stahlindustrie unterzeichnet.

Die Gewerkschaft LCGB stellte gestern mit Genugtuung fest, dass das Abkommen, das für den Zeitraum vom 1. Januar 2021 bis zum 31. Dezember 2025 ausgearbeitet wurde, die meisten ihrer Forderungen und Garantien aufgegriffen hat. „Die Vereinbarung, die auf einem Personalüberschuss von rund 536 Stellen aufgebaut ist – von denen 18 nicht vom Beschäftigungsfonds subventioniert werden – garantiert, dass es keine betriebsbedingten Kündigungen, Sozialpläne oder Standortschließungen geben wird“, teilt die Gewerkschaft in einem Schreiben mit.

Bei der Gestaltung der Vereinbarung „LUX 2025“ hätten die jeweiligen Partner ihre Rolle übernommen, um die Beschäftigung

und vor allem die Nachhaltigkeit der luxemburgischen Standorte zu erhalten. Auch die konstruktive Unterstützung durch die Regierung sei begrüßenswert, denn durch das Abkommen könnten hoch qualifizierte und erfahrene Arbeitskräfte mit viel Know-how in Luxemburg erhalten bleiben.

Dennoch will der LCGB „sehr vorsichtig“ bleiben, denn die Versprechen müssten auch eingehalten werden, vor allem in Bezug auf die Schlüsselprojekte, die in Luxemburg durchgeführt werden sollen. Zu diesem Zweck habe der LCGB darauf bestanden, dass die Umsetzung des Abkommens überwacht und kontrolliert wird. Auch der OGBL unterstreicht diese Notwendigkeit: „Sollte das Management von ArcelorMittal seinen Verpflichtungen nicht nachkommen, ist das Unternehmen verpflichtet, einen Teil der erhaltenen Beihilfe zurückzuzahlen“, betont die Gewerkschaft. Diese Haltung werde auch von der Regierung geteilt und verteidigt; sie stehe zudem „im Einklang mit der

Forderung nach einer nationalen Gesetzgebung, die darauf abzielt, dass Unternehmen, die öffentliche Beihilfen erhalten, für Verstöße zur Rechenschaft gezogen werden“.

Investitionen in Höhe von 165 Millionen Euro

Wie die Geschäftsführung von ArcelorMittal mitteilte, sind in den nächsten fünf Jahren Investitionen in Höhe von rund 165 Millionen Euro in Luxemburg geplant, darunter mehrere Projekte an den Standorten Belval, Differdingen, Rodingen und Bissen. Der Investitionsbetrag umfasst unter anderem auch die Umschichtung eines Teils der Aktivitäten von Dommeldingen an andere nahe gelegene Fabriken. „Der Abschluss dieser Vereinbarung ist das Verdienst aller beteiligten Parteien, die diese Verhandlungen mit großem Verantwortungsbewusstsein geführt haben, um konstruktive Lösungen zu finden, die der schwierigen Situation angemessen sind“, sagt Roland Bastian, CEO von Ar-

celorMittal Luxemburg.

Die Vereinbarung der Sozialpartner sieht vor, dass auf die Maßnahme der „préretraire ajustement“ zurückgegriffen wird. Es wird geschätzt, dass 237 Mitarbeiter des Stahlkonzerns von der Vorruhestandsregelung profitieren können; betroffen sind aktuell alle, die 1964 oder davor geboren sind. Hinzu kommt, dass alle Mitarbeiter, die ihre Stelle verlieren, in eine neue „Cellule de reclassement“ kommen. Nach Einschätzungen von ArcelorMittal könnte das knapp 280 Mitarbeiter betreffen.

● *Abgesehen vom*
● *Abbau von 500 Stellen haben wir eine Arbeitsplatzgarantie für alle Mitarbeiter erhalten.*

OGBL

Goodyear rüstet am Standort Luxemburg auf

UNTERNEHMEN Installation eines Fahrsimulators

Christian Muller

Trotz schwieriger Zeiten wird im Luxemburger Automobilsektor weiter investiert. Nachdem vor zwei Wochen das koreanische Unternehmen Infiniti angekündigt hatte, für sein Geschäft im Bereich des autonomen Fahrens auf den Standort Luxemburg zu setzen, hat der bereits anwesende US-Konzern Goodyear die Installation eines Fahrsimulators angekündigt.

Bereits seit vielen Jahren ist das Unternehmen Goodyear in Luxemburg vertreten. Zum Ende dieser Woche jährt sich die Herstellung seines ersten Reifens hierzulande bereits zum 70. Mal. Am Standort Colmar-Berg beschäftigt der US-Konzern über 3.400 Mitarbeiter. Goodyear ist der drittgrößte Reifenhersteller der Welt. Er beschäftigt rund 62.000 Mitarbeiter und stellt seine Produkte in 46 Werken in 21 Ländern auf der ganzen Welt her.

Neben der Reifenfabrik in Colmar-Berg befindet sich eines der beiden wichtigsten Forschungs- und Entwicklungszentren der Unternehmensgruppe. Hier soll nun ein „hochmoderner DiM250-Dynamic-Fahrer-Simulator“ installiert werden, wie das Unternehmen am Dienstag mitteilte.

Fahrer-Simulatoren ermöglichen es, Reifenmodelle zu einem frühen Zeitpunkt im Entwicklungszyklus zu entwickeln, zu testen

und zu validieren und so die leistungsfähigsten Reifen zu identifizieren, bevor ein erster Prototyp gebaut wird, erläutert Goodyear. Dies passe zum Tempo des automobilen Entwicklungsprozesses und liefere Reifenmodelle zum richtigen Zeitpunkt, wenn sie von den Fahrzeugherstellern angefordert werden.

Der neue Fahrer-Simulator stärke nicht nur die Produktentwicklung von Goodyear am europäischen Standort, sondern verbessere auch die technische Zusammenarbeit mit dem Hauptsitz in Akron, wo kürzlich ein weiterer DiM250 in Betrieb genommen wurde, so das Unternehmen weiter. Darüber hinaus setzen beide Innovationszentren von Goodyear Compact-Simulatoren der Klasse VI ein, um die virtuellen Reifenentwicklungsprozesse zu ergänzen.

Bald größter industrieller Arbeitgeber des Landes

„Mit DiM250- und Compact-Simulatoren auf beiden Seiten des Ozeans steht Goodyear nun an der Spitze der virtuellen Reifenentwicklung und erhält einen bedeutenden Wettbewerbsvorteil, wenn es um (...) die beschleunigte Produktentwicklung geht“, sagte Guido Bairati von VI-grade, einem Anbieter von Echtzeit-Simulationssoftware und Driver-

in-the-Loop-Simulatoren, laut Mitteilung.

Der neue Fahrer-Simulator ist nicht die einzige Investition, die das US-Unternehmen in den letzten Jahren in Luxemburg getätigt hat. Im September 2017 hatte Goodyear bekannt gegeben, ein neues, hochautomatisiertes Reifenwerk in Düdelingen zu errichten. Satté 77 Millionen Dollar wurden in die Anlage investiert, die ab 2019 jährlich rund 500.000 Reifen produzieren soll. Letztes Jahr hatte Goodyear dann gemeinsam mit Enovos angekündigt, zwei Fotovoltaik-Kraftwerke auf den Fahrversuchsanlagen des Reifenherstellers in Colmar-Berg zu errichten. Die beiden Anlagen sollen ab 2022 jährlich rund fünf Gigawatt (GW) Strom produzieren und während 20 Jahren rund 1.200 Haushalte mit sauberer Energie versorgen.

In weniger als fünf Jahren könnte Goodyear der größte industrielle Arbeitgeber des Landes sein. Zu Beginn des Jahres 2020 beschäftigte der Konzern Statec zufolge 3.450 Mitarbeiter. Damit war er offiziell der siebtgrößte Arbeitgeber des Landes. Was nun rein industrielle Betriebe angeht, so zählte damals nur der Stahlhersteller ArcelorMittal hierzulande mehr Beschäftigte als der Reifenhersteller. Jedoch plant ArcelorMittal, die Zahl seiner Mitarbeiter in den kommenden fünf Jahren auf 3.000 zu senken.

RTL schafft 2020 versöhnliches Ende

Börsen-Zeitung, 28.1.2021
ab Köln – Die TV-Gruppe RTL hat dank gut laufender Werbemärkte im vierten Quartal die eigene Prognose im abgelaufenen Turnus übertroffen. Das bereinigte operative Ergebnis landete nach vorläufigen Zahlen bei 850 Mill. Euro, wie die Bertelsmann-Tochter mitteilte. Im Vergleich zum Vorjahr – damals wurden 2,16 Mrd. Euro verdient – ist das zwar ein Rückgang um mehr als ein Vier-

tel. Die erst im November aufgestellte Prognose haben die Luxemburger jedoch um 130 Mill. Euro übertroffen. Auch beim Umsatz lief es für die RTL Group besser als geplant. Nach den Angaben wurden 6 (6,65) Mrd. Euro Erlöst, in Aussicht gestellt hatte RTL nur 5,8 Mrd. Euro. Das kam an der Börse gut an. Die im SDax notierte Aktie legte am Mittwoch um über 13% zu und ist damit zurück auf Vorkrisenniveau. Die testierten Zahlen wird RTL am 12. März veröffentlichen.

Die Plastik-Detektive

Ein luxemburgisches Start-up bringt einen Sneaker auf den Markt, der seinen Träger überleben soll

Von Thomas Klein

Die Sommerferien seiner Jugend verbrachte Filip Westerlund immer an der schwedischen Westküste. Dass das weniger idyllisch war, als es sich anhört, lag an den Unmengen von Plastikmüll, die an den Strand gespült wurden. „Die Strömungsverhältnisse sind so, dass jeder Müll, der in Großbritannien und Irland ins Meer geworfen wird, irgendwann zu uns gespült wurde“, sagt der Schwede. „Wir haben also einen Großteil unseres Sommers damit verbracht, Plastik von den Stränden aufzulesen.“

Diese Erfahrung habe ihn nachhaltig geprägt und sein Umweltbewusstsein geweckt, sagt er heute. Dabei hat er immer wieder festgestellt, dass es zu wenig Angebote für Konsumenten gibt, um ein wirklich umweltverträgliches Leben zu führen. Sein Erweckungserlebnis in dieser Hinsicht hatte er vor zwei Jahren, als die veganen Sneaker, die er für den stolzen Preis von 200 Euro erstanden hatten, nach wenigen Wochen kaputt waren und er zudem feststellte, dass sie zum größten Teil aus Plastik gemacht waren. „Ich habe dann Nachforschungen angestellt und herausgefunden, dass 89 Prozent aller Öko-Sneaker aus Plastik bestehen“, sagt er.

Danach reifte bei dem Psychologie-Studenten der Entschluss, eigene Schuhe zu produzieren, die

nicht nur vollständig ohne den Kunststoff auskommen, sondern auch „zirkulär“ sein sollten. Damit ist gemeint, dass die Schuhe immer wieder repariert und die Materialien wiederverwendet werden können. Im Idealfall sollen die Sneaker ihren Eigentümer überleben können. Selbst, wenn das nicht der Fall ist, will Westerlund mit seiner Idee helfen, den CO₂-Ausstoß in diesem Bereich zu senken: Für die Herstellung eines typischen Sneakers fallen 14 Kilogramm CO₂ an. Wenn Konsumenten sich nun nur alle fünf Jahre neue Sneaker kaufen statt jedes Jahr die neuesten, entspricht das schon einer Ersparnis von 56 Kilogramm.

Suche nach dem Produktionspartner

Um seine Vision Wirklichkeit werden zu lassen, gründete der junge Schwede zusammen mit dem Verfahreningenieur Marcus Liljeborg das Start-up „Our Choice“. „Am Anfang habe ich nur eine Skizze der Sneaker angefertigt. Mein Mitgründer brachte alles mit, was man über Produktionsprozesse, Gerbverfahren und so weiter wissen musste“, erklärt Westerlund. Um das Unternehmen aufzubauen, beteiligte sich das Gründerteam am Inkubatorprogramm der Uni Luxemburg, an der Westerlund trotz der Selbstständigkeit sein Psychologiestudium weiter

vorantreibt.

Einer der wichtigsten Schritte für die Gründer war die Suche nach einem geeigneten Auftragsfertiger für die Produktion des Schuhs. „Das hat eine ganze Zeit lang gedauert, weil wir jemanden finden wollten, der unsere Vision teilt“, so Westerlund. Der erste Instinkt der Hersteller sei nämlich immer gewesen, bestimmte Bestandteile aus Plastik zu fertigen. „Plastik ist extrem günstig und angenehm zu tragen. Aber wir wollten keine gemischten Materialien“, sagt er. Also fing er an, die Probeexemplare, die die Hersteller ihm zuschickten, zu zerschneiden und nach Kunststoffbestandteilen zu durchsuchen. „Ich war so eine Art Plastik-Detektiv“, scherzt er.

Fündig auf der Suche nach dem richtigen Produktionspartner wurden sie schließlich in Portugal. In einem Partnerwerk sollen dort demnächst die Sneaker gefertigt werden, die ausschließlich aus Leder und Naturkautschuk bestehen. Die Schuhe sind dabei so konstruiert, dass alle Einzelteile entnommen und nötigenfalls ersetzt werden können. „Wenn etwas kaputtgeht, schicken die Kunden uns die Schuhe in der gleichen Verpackung zurück, in der sie sie gekauft haben, und wir tauschen beispielsweise die Sohlen aus; die Schuhe werden poliert und erhalten neue Schnürsenkel“, so Westerlund. Dieser Prozess, den das

Unternehmen „Upgrading“ nennt, soll die Kunden etwa 70 Euro kosten und die Lebensdauer der Schuhe deutlich verlängern. Da auch bei dieser Vorgehensweise CO₂-Emissionen für Herstellung und Versand anfallen, soll als Kompensation eine entsprechende Menge Plastik aus den Ozeanen gefischt werden. Eine Kooperation dazu ist das Unternehmen mit der norwegischen Firma Empower eingegangen.

Um seinem Start-up auf die Beine zu helfen, steckte Westerlund bereits einen Teil seiner Altersvorsorge in das Projekt. Noch bis zum 11. Januar läuft zusätzlich eine Kampagne auf der Finanzierungsplattform Kickstarter, um die nötigen Mittel für den Start der Produktion zusammen zu bekommen. Ab 109 Euro kann man sich auf diesem Weg ein Paar der Schuhe sichern. Das ursprüngliche Ziel der Kampagne wurde allerdings bereits deutlich übertroffen. Läuft alles wie geplant, soll es im Februar mit der Produktion losgehen. Wenn das Geschäftsmodell Anklang findet, will das Start-up rasch in weitere Modesektionen wie Gürtel und andere Accessoires expandieren. „Wir wollen die größte Marke der Erde für zirkuläre Mode werden“, unterstreicht Westerlund seine Ambitionen.

Espace 2001 übernimmt 3D.aero

Luxemburg. Das auf industrielle Robotik und Bildverarbeitung spezialisierte Luxemburger Unternehmen Espace 2001 S.A. übernimmt von den bisherigen Eigentümern Lufthansa Technik AG und Pepperl+Fuchs SE zum 1. Januar 2021 sämtliche Anteile an dem Joint Venture 3D.aero GmbH. Das teilte Lufthansa Technik gestern mit. Durch die Folgen der Corona-Pandemie erklärte das Unter-

nehmen in seiner Mitteilung, sei eine strategische Neuausrichtung der 3D.aero notwendig. Diese geschehe nun unter dem Dach von Espace 2001. 3D.aero wurde 2017 gegründet. Es erforscht, entwickelt und vertreibt innovative Automatisierungs- und Digitalisierungslösungen für die Luftfahrtindustrie. Dazu gehören etwa digitale Inspektions- und Bildverarbeitungsanwendungen. Espace 2001 bietet Dienstleistungen im Bereich Robotik und Industrieautomation an. Das Unternehmen

plant laut Mitteilung, das Portfolio von 3D.aero so weiterzuentwickeln, dass Produkte sowie Expertise des Unternehmens im Bereich sensorgestützte Automatisierungstechnik auch außerhalb der Luftfahrt vermarktet werden können. Im Bereich der sensorgestützten Automatisierungstechnik soll insbesondere der Bereich hochauflösender 3D-Sensorik vorangetrieben werden. „Die dramatischen Auswirkungen der Corona-Krise auf die Luftfahrtindustrie haben leider auch nicht vor

3D.aero haltgemacht. Um das Überleben des Unternehmens zu sichern, ist eine Orientierung in neue Märkte notwendig“, so Dietmar Focke, Leiter des Produktbereiches Engine Services bei Lufthansa Technik. Espace 2001 sei ein Käufer, der neben einer hohen Fachkompetenz auch die erforderliche breite Marktaufstellung besitze. Der Firmensitz von 3D.aero ist der Hamburg Innovation Port (HIP). *mab*

Drei Fragen an

Cliff Konsbruck - Direktor von Post Telecom.

1. Wenn einige Anbieter mit Nokia und die Post das Netz mit Ericsson aufbaut, besteht da nicht die Gefahr, dass die unterschiedlichen Hersteller-Technologien nicht miteinander kompatibel sind?

Nein, und die Situation, dass technische Ausrüstungen von unterschiedlichen Herstellern in den Netzen präsent sind, haben wir heute auch schon. Das funktioniert, weil die Frequenzbänder

getrennt sind und jeder seine eigenen Frequenzbänder hat. Dadurch ist sichergestellt, dass es nicht zu Interferenzen kommt.

2. Das 4G-Netz bewältigt nicht mehr lange die wachsende Datenmenge?

Ja, die aktuellen Netze kommen in Luxemburg voraussichtlich 2023 an ihre Kapazitätsgrenzen. Eine Lösung wäre, man baut massiv neue 4G-Antennen auf, was niemand will. Wir brauchen also 5G, wenn wir in Zukunft noch mobile Dienste nutzen wollen.

3. Manche sehen in 5G eine Gesundheitsgefahr, was sagen Sie dazu?

Jeder Mobilfunkbetreiber muss die festgelegten Emissionsgrenzwerte des von einer Antenne erzeugten elektromagnetischen Feldes einhalten. In Luxemburg gehören die Emissionsgrenzwerte zu den strengsten in ganz Europa. Auch ist die elektromagnetische Emission der 5G-Antennen gegenüber 4G reduziert, weil sie nicht permanent in alle Richtungen abgegeben wird, sondern auf die Endpunkte konzentriert

ist. Die Emissionsdichte der elektromagnetischen Wellen wird mit 5G also niedriger. Zudem nutzt 5G sehr ähnliche Frequenzen wie 4G - wenn man 5G infrage stellt, müsste man auch die bisherigen Netze und somit die mobilen Dienste im Allgemeinen infrage stellen. Die intensivste Emission, die Menschen berührt, kommt übrigens nicht von den Antennen, sondern von den Endgeräten, den Mobiltelefonen.

Interview: Marco Meng

Neue Antennen braucht das Land

In Luxemburg bauen die Mobilfunkanbieter das 5G-Netz auf

Luxemburg. Die Luxemburger Mobilfunkanbieter haben damit begonnen, das 5G-Netz im Land aufzubauen. Nicht wie ursprünglich geplant mit Antennen und Routern von Huawei, sondern mit solchen von Nokia und Ericsson.

Das neue Netz hat nicht nur den Vorteil, dass es um ein Vielfaches schneller Daten überträgt als 4G

oder gar 3G - das bestehende Netz wird auch die stetig wachsende Online-Datenmenge nicht mehr lange verkraften und darunter zusammenbrechen. In Luxemburg dürfte es in zwei Jahren soweit sein. Alternativ könnte man mehr 4G-Antennen aufstellen - oder eben mit 5G die neueste Technologie nutzen. Insgesamt werde 5G

nicht wesentlich mehr Antennenstandorte benötigen als jetzt schon vorhanden sind, versichern die Betreiber. Laut ihnen haben die neuen Sender gegenüber denen des bestehenden Netzes den Vorteil, dass sie nicht permanent in alle Richtungen elektromagnetische Strahlung von sich abgeben, wie es die alten Antennen im alten Netz tun.

Doch der Begriff „das Netz“ ist eigentlich falsch, denn jeder Anbieter hat sein eigenes. Einig sind sich aber alle, dass das Land schneller eine flächendeckende Abdeckung mit der neuen Funktechnologie bekommt, als der Vertrag zu den Frequenzen, die letztes Jahr ersteigert wurden, verlangt. *MeM*

Das schnelle Mobilfunkzeitalter beginnt

Proximus, Post und andere Anbieter bauen derzeit in Luxemburg das 5G-Netzwerk auf

Von Marco Meng

Proximus (Tango, Telindus) wie auch Orange errichten zusammen mit dem finnischen Netzwerkausrüster Nokia ihre 5G-Mobilfunknetze in Luxemburg. Die Post Luxembourg hat als technologischen Partner dafür Ericsson. Auch Luxembourg Online (internet.lu) ersteigerte sich letzten Sommer die für 5G nötigen Mobilfunkfrequenzen. Sie alle haben nun damit begonnen, das Land in das schnellere Mobilfunkzeitalter zu führen. Bald schon soll Luxemburg eine Netzabdeckung mit dieser neuen Mobilfunktechnologie haben, über die seit Jahren gesprochen wird.

„Nokia wurde ausgewählt, um einerseits aktiv am Aufbau des 5G-Netzes mitzuwirken und andererseits die bestehenden 2G/3G/4G-Netze bis 2023 schrittweise mit Nokia Airscale-Produkten zu modernisieren“, teilt Gérard Hoffmann, CEO von Proximus Luxembourg, dazu mit. Nokia wird dazu die Sender sowie Smart-Antennen für 5G liefern, nachdem der ursprüngliche Partner, der chinesische Anbieter Huawei – nicht ohne politischen Druck auf europäischer Ebene – aus dem 5G-Ausbau ausgeschlossen wurde. Anders als bei Strom oder unterirdisch verlegten Glasfasern, wo es einen einzigen Netzbetreiber gibt, hat beim Mobilfunk im Prinzip jeder Anbieter sein eigenes Netz. Das bedeutet aber nicht, dass jeder Anbieter gesondert seine Antennen aufstellt, sondern vielfach derselbe Sendemast mit den Antennen verschiedener Anbieter bestückt ist. Nicht geplant sei, „neue Masten speziell für 5G aufzustellen“, so Proximus. 5G werde zu bestehenden Funkstandorten hinzugefügt, sagt auch die Post.

Die 5G-Funkwellen sind übrigens die gleichen wie die für Fernsehen, Radio und bestehende Mobilfunknetze. Und jeder Mobilfunkbetreiber muss die von den Behörden festzulegenden Emissionsgrenzwerte einhalten, betont Cliff Konsbruck, Direktor des Telekom-Geschäfts von Post Luxembourg. „In Luxemburg gehören die Vorschriften zur Begrenzung des von einer Antenne erzeugten elektromagnetischen Feldes zu den strengsten in ganz Europa“, so

Konsbruck. Immer wieder gibt es zum Thema 5G die Befürchtung, dadurch entstehe gesundheitsschädlicher Funkwellensmog.

Intelligente Antennen

„Mit der Möglichkeit, die elektromagnetischen Wellen gezielt in die Richtung des Endnutzers zu lenken, ist es sogar wahrscheinlich, dass die Gesamtbelastung durch elektrische Felder abnimmt, da es keine Emissionen mehr in Richtungen gibt, in denen kein Bedarf besteht“, erklärt Proximus-Chef Hoffmann. „Es gibt also keinen Grund, warum 5G ein größeres Gesundheitsproblem darstellen sollte als frühere Mobilfunktechnologien.“ 5G nutzt denselben Wellenbereich wie die Vorgängertechnologien, allerdings effizienter und weniger energieintensiv, da 5G mit neuartigen aktiven Strahlformantennen arbeitet, die das Funksignal ganz gezielt und bei Bedarf an den Nutzer richten, statt ständig in alle Richtungen zu senden, wie dies herkömmliche Antennen tun. Das Spektrum wird bei 5G effizienter genutzt, da die gleichen Frequenzen mit unterschiedlichen Signalen in mehrere Richtungen abgestrahlt werden können, ohne sich gegenseitig zu stören. Das bestehende 3G-Netz soll ab kommendem Jahr ganz durch 4G und 5G ersetzt werden.

5G wird das 4G-Netzwerk zumindest vorerst nicht ersetzen, sondern ergänzen: So können Geräte gleichzeitig mit 5G- und 4G-Netzwerken verbunden werden und Daten über beide Luftschnittstellentechnologien senden und empfangen. Auch das erhöht die Sicherheit der Verbindungen und ermöglicht schnelleren Datentransfer. „Wir nutzen die Einführung von 5G, um unsere gesamte 4G-Ausrüstung zu erneuern, mit Antennen der neuesten Generation, die viel effizienter sind und weniger Energie verbrauchen“, erklärt Orange Luxembourg dazu.

Während die Mobilfunkanbieter die ersten Standorte ihres 5G-Mobilfunknetzes auf dem Gebiet der Stadt Luxemburg in Betrieb nahmen, wird in den nächsten Wochen und Monaten in den Regionen Ettelbruck und Diekirch sowie im Süden des Landes ausge-

baut. „Sobald die 5G-Antennen aufgebaut sind, müssen wir auf die Commodo/Incommodo-Genehmigungen warten, bevor wir sie in Betrieb nehmen können“, sagt Proximus.

Reaktionszeit von Millisekunden

Der mobile Datenverkehr wächst jährlich um mehr als 40 Prozent – 4G wird das nicht mehr lange schaffen. Auch darum braucht es ein neues, effizienteres Netz. Sonst wird es irgendwann so sein, dass man sich mit seinem Smartphone nicht mehr ins Internet einloggen kann und auch Schwierigkeiten bekommt, mobile Telefongespräche zu führen.

Mitte letzten Jahres hatte Nokia mit 5G-Geschwindigkeiten von 4,7 Gigabit pro Sekunde einen Rekord erreicht. Um den Unterschied der Geschwindigkeiten grob zu veranschaulichen: mit 4G dauert das Herunterladen eines HD-Films von 120 Minuten mehr als drei Minuten. Mit 5G keine drei Sekunden. Die schnellere Verbindung (geringe „Latenzzeit“) durch 5G versetzt Geräte darüber hinaus in die Lage, in „Echtzeit“ miteinander zu interagieren, unabdingbar für autonomes Fahren, aber auch Industrie 4.0-Fabriken. Mit dem Begriff der Latenzzeit ist die Zeitspanne gemeint, in der eine individuelle Nutzeraktivität über ein mobiles Endgerät eine Reaktion, den „Ping“, auf einem anderen Gerät auslöst. Das geschieht bei 5G in etwa drei Millisekunden (0,003 Sekunden).

„Kommunikation, Medizin, Smart Cities, Industrie 4.0... alle Tätigkeitsbereiche werden von diesem Durchbruch profitieren“ so der Proximus-Chef Hoffmann. Virtuelle oder erweiterte Realität – beispielsweise medizinische Operationen, die der Chirurg online aus der Ferne steuert – sind ohne 5G nicht vorstellbar, genauso wenig selbstfahrende Fahrzeuge. Denn in der 5G-Netzarchitektur kann ein Großteil der für die Datenübertragung erforderlichen Rechenleistung situativ an die jeweiligen Funkstationen verlagert werden. Das erlaubt den Servern mithilfe von Sensordaten blitzschnell zu berechnen, ob im Straßenverkehr ein Überholvorgang gefahrlos möglich ist oder nicht. Anwendungstests für 5G finden derzeit unter anderem

bei „CFL Multimodal“ in Düdelingen und dem Automotive Campus Bissen sowie in Belval statt. Die Ersteinigung der 5G-Frequenzen letzten Sommer verpflichtet die Unternehmen, bis Ende 2022 mehr als 50 Prozent und bis Ende 2024 mindestens 90 Prozent des luxemburgischen Territoriums abzudecken. Die Anbieter gehen aber davon aus, dass das noch bedeutend früher erreicht wird – vielleicht schon nächstes Jahr.

Forschungsprojekte zur 5G-Technologie

Der Medien- und Kommunikationsdienst des Staatsministeriums sowie das Wirtschaftsministerium haben kürzlich einige Forschungs- und Innovationsprojekte zur 5G-Technologie ausgewählt, die staatlich gefördert werden. Dazu gehört **5G-Emit** des Luxembourg Institute of Science and Technology (LIST), das die Messung und Überwachung der Intensität elektrischer Felder, die von Mobilfunk-Basisstationen ausgehen, zum Ziel hat, während zwei Projekte des Interdisziplinären Zentrums für Sicherheit, Verlässlichkeit und Vertrauen (SnT) der Universität Luxemburg zur mobilen Telekommunikation forschen und die Entwicklung einer 3D-Abdeckungskartierung und eines Rahmens für die Strahlungsbegrenzung erstellen. Das Projekt **Smart Water Eislek** des Syndicat Distribution d'Eau des Ardennes (DEA) soll mit Sensoren, 5G-Kommunikation und Web-Visualisierung Daten sammeln und analysieren, wodurch Trinkwasserlecks reduziert und die Wasserversorgung besser bewertet werden soll. Und das Projekt **Waldbillig gött Digital** der Gemeinde Waldbillig beabsichtigt, die Wasserwirtschaft zu verbessern und dabei Haushalte anzuschließen, die sich derzeit in einem Gebiet mit unzureichender Netz-Abdeckung befinden. Ein gefördertes Projekt mit wirtschaftlicher Zielsetzung ist **Post 5G Secure Experience**, das eine Sicherheitsplattform zum Schutz der Nutzer und des Telekommunikationsnetzes von Post Luxembourg entwickeln soll. *MeM*

Zahl der Arbeitssuchenden legt deutlich zu

DEZEMBER Arbeitslosenquote steigt auf 6,4 Prozent

Christian Muller

Die Situation auf dem Arbeitsmarkt hat sich im letzten Monat des Jahres 2020 nicht verbessert. Ganz im Gegenteil: Verglichen mit dem Vormonat ist die Zahl der bei der Adem eingeschriebenen Arbeitssuchenden um satte 1.759 Personen gewachsen. Auch die Arbeitslosenquote steigt.

Für den Luxemburger Arbeitsmarkt war der abgelaufene Dezember kein guter Monat. Zum Ende des Monats zählte die Arbeitsagentur Adem 19.918 eingeschriebene Menschen auf Arbeitssuche, wie die Behörde am Mittwoch mitteilte. Das sind deutlich mehr als ein Monat zuvor. Im November wurden 18.159 Menschen auf Arbeitssuche gezählt.

Die Covid-Krise hat deutliche Spuren bei der Zahl der Menschen auf Arbeitssuche hinterlassen: Im Februar 2020, dem Monat vor dem Corona-Stillstand, lag ihre Zahl, laut Statec, erst bei 16.066 Personen. Im April hatte sie ihren bisherigen Rekordhöchststand (20.388 Personen) erreicht. Von Mai bis August hatten sich die Zahlen dann Monat für Monat wieder verbessert. Danach nicht mehr. Ende Dezember 2020 zählte Luxemburg 3.386 (oder 20,5 Prozent) Arbeitssuchende mehr als vor einem Jahr, so die Adem.

Als Folge der wachsenden Zahl der Arbeitssuchenden ist die von Statec berechnete Arbeitslosenquote im Dezember auf 6,4 Prozent gestiegen. In den Monaten Oktober und November lag sie bei 6,3 Prozent. Im April 2020 hatte die Quote einen Höchststand von 6,9 Prozent erreicht. Das Jahr begonnen hatte sie mit 5,5 Prozent, wie Daten von Statec zeigen.

Die Suche nach Arbeit

ist schwieriger geworden

Der Anstieg der Arbeitslosigkeit im Jahresvergleich sei hauptsächlich auf einen Rückgang bei den Einstellungen zurückzuführen, schreibt die Adem am Mittwoch. Nicht auf eine Zunahme der Neueinschreibungen bei der Arbeitsagentur. Im Gesamtjahr 2020 lag die Zahl der Neueinschreibungen sogar 5 Prozent unter der von 2019, schreibt die Behörde. In der gleichen Zeit habe man jedoch 12 Prozent weniger „Dossiers“ abschließen können als im Vorjahreszeitraum.

Die Suche nach Arbeit gestaltet sich aktuell demnach schwieriger als sonst. Ende Dezember zählte die Adem 6.276 freie Stellen in der Datenbank, das sind 1,9 Prozent weniger als vor einem Jahr. Hinter dieser Zahl verbergen sich jedoch große sektorale Unterschiede, erläutert die Adem. Somit ist die Entwicklung der verfügbaren offenen Stellen im Baugewerbe (+38 Prozent), Gesundheits- (+11 Prozent) oder Finanzsektor (+7 Prozent) positiv, während sich der Horeca-Sektor (-53 Prozent), der Handel (-26 Prozent) oder der Bereich Transport und Logistik (-15 Prozent) ungünstig entwickelt haben.

Zahl der Arbeitsplätze erreicht neues Rekordhoch

Als Paradox zu dem starken Anstieg der Arbeitssuchenden hat Statec gemessen, dass im Dezember 2020 hierzulande insgesamt 1.565 neue Arbeitsplätze geschaffen wurden. Damit ist die Zahl der Arbeitsplätze in Luxemburg auf 479.868 gestiegen. Das ist ein neues absolutes Rekord-

hoch. Zu Jahresbeginn (Januar 2020) zählte das Land erst 473.593 Arbeitsplätze. Auch die Zahl der Grenzgänger ist im Dezember auf ein neues absolutes Rekordhoch gestiegen. Insgesamt 208.236 Pendler überqueren nun zum Arbeiten täglich die Grenze nach Luxemburg. Das sind 683 Personen mehr als vor einem Monat.

Deutlich an der Spitze der Sektoren, die neue Jobs geschaffen haben, steht 2020 die öffentliche Verwaltung, wie Statec letzten Monat mitgeteilt hatte. Zum Ende des dritten Quartals wurde hier ein Plus von 5,2 Prozent gemessen. Es folgt der Bausektor mit einem überraschend starken Plus von 3,9 Prozent – trotz Lockdown zu Jahresbeginn. In zwei Sektoren wurden Jobs abgebaut: minus 0,7 Prozent in der Industrie und minus 0,2 Prozent im Handel/Horeca.

Insgesamt hat die Krise deutliche Brems Spuren in der Luxemburger Wirtschaft hinterlassen. Auch wenn seit September wieder monatlich neue Rekordhöchststände bei der Zahl der Arbeitsplätze gemeldet werden, so beträgt das Plus seit Jahresbeginn „nur“ rund 6.275 neue Stellen. Ziemlich wenig für ein Land, das monatliche Zuwachsraten von etwa 1.000 neuen Stellen gewohnt war. Auch bei der Zahl der Grenzgänger, wo ebenfalls seit September monatlich wieder neue Rekordzahlen gemeldet werden, hat sich das Jahreswachstum deutlich verlangsamt. In den Monaten März und April war ihre Zahl stark eingebrochen. Seit Jahresbeginn ist die Zahl nur um 3.182 Personen angestiegen. Im Vorjahr 2019 betrug der Zuwachs 7.412 Personen.



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

FINANZEN

GASTBEITRAG

Der Brexit als Beginn einer neuen Zusammenarbeit

Nicolas Mackel
CEO
Luxembourg for
Finance

Seit Jahresanfang ist der Brexit Realität und mit dem Ende der Übergangsfrist hat das Vereinigte Königreich endgültig die Europäische Union verlassen. Die Einigung auf den „Deal“ erfolgte sprichwörtlich in letzter Minute. Doch Zeit, sich von den zähen Verhandlungen mit London zu erholen, bleibt nicht. Zu groß und komplex sind die Aufgaben, vor denen die EU-27 steht: Seien es die Bewältigung der Pandemie, die Umsetzung des Green Deal oder die Vollendung der Kapitalmarktunion als weiteren zentralen Integrationsschritt.

Das Abkommen zu den künftigen Beziehungen zwischen Union und Königreich umfasst mehr als 1200 Seiten und bietet dennoch eher wenig Substanz. Dies liegt vor allem an der Widersprüchlichkeit der britischen Seite. Einerseits will man aus offensichtlichen wirtschaftlichen Gründen eine möglichst enge Beziehung zur EU und ihrem Binnenmarkt. Gleichzeitig legt man größten Wert auf Souveränität und die Eigenständigkeit beim Thema Regulierung. Schließlich war und ist dieser Aspekt für die Brexiteers einer der wesentlichen Gründe für den EU-Austritt.

Doch auch aus Sicht der EU hat die Medaille zwei Seiten: Selbstverständlich kann ein aus der EU ausgetretenes Vereinigtes Königreich aus ihrer Perspektive nicht den gleichen umfassenden und einfachen Zugang zum europäischen Binnenmarkt haben wie ein Mitgliedstaat. Gleichzeitig profitiert Europa vom freien Handel mit Großbritannien und von offenen Wirtschaftsräumen. Das Handelsabkommen ist daher vor allem eines: die gemeinsame Basis, um die künftigen Wirtschaftsbeziehungen neu und ohne die Zerwürfnisse eines harten Brexits zu regeln.

Das gilt auch für den Finanzsektor.

Wie der gesamte Dienstleistungssektor spielt die Branche zwar im Vertragstext so gut wie keine Rolle. Doch allein die Existenz des Abkommens ist ein wichtiges Signal für den Finanzsektor, das zur Zusammenarbeit aufruft. So kann das Abkommen eine gemeinsame Basis sein, um mit der Zeit weitere Brücken zwischen der EU und Großbritannien im Bereich der Finanzdienstleistungen zu schlagen. Beispielsweise durch eine Zusammenarbeit in Regulierungsfragen, wie sie in einer gemeinsamen Erklärung im Anhang des Vertrags ja auch angekündigt wird.

Dass bei den schwierigen Handels- und Regulierungsfragen schlussendlich doch ein Abkommen mit UK erreicht wurde, ermöglicht es der Kommission, auch bei den Finanzmarkt-Themen eine positivere Haltung anzunehmen, etwa bei der Frage nach der Einstufung der britischen Finanzmarktregulierung als „äquivalent“ zum EU-Regelwerk.

Epochale Herausforderungen

Ein gutes Miteinander bleibt im Interesse beider Seiten. Die Finanzzentren auf dem Kontinent haben zwar aufgrund des Brexits an Bedeutung gewonnen und auch in Form zusätzlicher Ansiedlungen von Unternehmen und Arbeitsplätzen profitiert. Beispielsweise haben seit dem Brexit-Referendum von 2016 mehr als 60 internationale Finanzdienstleister bekanntgegeben, ihre Geschäftstätigkeiten und -funktionen nach Luxemburg zu verlagern; unter anderem Banken, Vermögensverwalter, Versicherungen und Zahlungsdienstleister. Doch die Finanzplätze in der EU und London brauchen einander weiterhin.

Aus EU-Perspektive lassen sich die epochalen Herausforderungen, vor denen die Industrie steht, in einer pragmatischen Zusammenarbeit mit London effizienter angehen. Denn die City wird ein wichtiger globaler

Finanzplatz mit einem einzigartigen Ökosystem bleiben. Zum Beispiel ist London führend in der Digitalisierung von Finanzdienstleistungen und ist weltweite Fintech-Hauptstadt.

Auch bei der Bewältigung der Corona-Pandemie und deren wirtschaftlichen und sozialen Folgen sind das in London gebündelte Know-how und die Plattform ein großer Gewinn. Der Banken- und Finanzsektor wird eine wichtige Rolle spielen sicherzustellen, dass die Mittel dort zur Verfügung gestellt werden, wo sie benötigt werden.

Die größte Herausforderung ist ohne Frage die nachhaltige Finanzierung der Bekämpfung des Klimawandels und sozialer Ungleichheiten. Auch hier lässt sich mehr erreichen, wenn die europäische Finanzindustrie im engen Schulterschluss mit London arbeitet. Die Aufgaben sind zu groß, als dass sie jeder Akteur für sich allein lösen könnte. Und erst recht wird es nicht funktionieren, wenn dabei alle nur den Fokus darauf legen, eigene Marktanteile auf Kosten des jeweils anderen auszubauen.

Diese Herausforderungen ebenso wie Europas Rolle zwischen den größeren Wirtschaftsblöcken in Asien und Nordamerika erfordern mehr und nicht weniger Kooperation. Das gilt innerhalb der EU ebenso wie im Zusammenspiel zwischen London und dem Kontinent. Nur wenn wir Fachwissen und die große Expertise der verschiedenen Finanzzentren bestmöglich verknüpfen und gemeinsam nutzen, können wir einen echten europäischen Kapitalmarkt schaffen und uns an die Spitze der Transformation zu einem nachhaltigen Finanzwesens setzen.

Alle europäischen Finanzzentren dies- und jenseits des Ärmelkanals haben hierfür wichtige Kompetenzen und Netzwerke, die sie einbringen sollten – im Sinne Europas und im eigenen Interesse.

Vitruvian beteiligt sich an Carne Group

Luxemburg. Die britische Beteiligungsgesellschaft Vitruvian Partners investiert 100 Millionen Euro in die Luxemburger Carne Group, eine digitale Plattform für die Vermögensverwaltung. Das gaben die Unternehmen gestern bekannt. Vitruvian Partners wird eine Min-

derheitsbeteiligung an Carne übernehmen. Das Unternehmen wurde 2004 gegründet, ist seit 2006 in Luxemburg ansässig und hat sich zum weltweit führenden Anbieter von Fondsmanagementlösungen entwickelt. Die 350 Mitarbeiter von Carne an acht Standorten weltweit, davon 100 in Luxemburg, managen Governance-, Compliance-, regulatorische und inhaltliche An-

forderungen für mehr als 550 Asset Manager und institutionellen Investoren. Vitruvian investiert derzeit aus seinem vierten, vier Milliarden Euro schweren Fonds, vor allem in europäische mittelständische Unternehmen, die international expandieren wollen. Die Gesellschaft verwaltet ein Vermögen von rund zehn Milliarden Euro. *MeM*



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

TRANSPORT UND LOGISTIK

Prämiensystem wird geändert

Zuschüsse für den Kauf eines Elektroautos werden neu gestaffelt – vor allem für Hybride soll es Veränderungen geben

Von Marco Meng

Bei den Neuzulassungen ist mittlerweile jedes fünfte Auto eines mit Elektroantrieb. Vor allem Hybridautos sind sehr gefragt. Ein großes Thema in den Ausstellungsräumen der Autohäuser ist darum zurzeit die staatliche Prämie, die man für den Kauf von E-Autos erhält. Sie läuft zum 31. März aus. Vor allem ist unklar, wie und ob die Förderung für Hybridautos weitergeführt wird.

Während zur Konjunkturförderung „Neistart Lëtzebuerg“ letzten Mai der Zuschuss für vollelektrische Autos auf 8 000 Euro erhöht wurde, habe man ihn bewusst für Hybride bei 2 500 belassen, erklärt Umweltministerin Carole Dieschbourg (déi gréng) im Gespräch mit dem „Luxemburger Wort“, da die höhere Summe nur für wirklich emissionsfreie Autos sinnvoll sei.

Derzeit arbeitet das Ministerium an einer neuen Staffelfung der Kaufprämie. Dieschbourg stellt klar: „Wir wollen bis Ende des Jahres die Kaufprämie beibehalten.“ Allerdings in veränderter Form, vor allem, was manuell wiederaufladbare Hybridautos (Plug-in-Hybride) betrifft. Daneben gibt es noch „nichtaufladbare“ Hybridautos, deren E-Batterie automatisch beim Fahren geladen wird.

„Die hohen Sätze für Vollelektrische bleiben“, bekräftigt Dieschbourg dabei.

Umweltschützer: „Hybridautos für Klimaschutz ungeeignet“

Die Autokonzerne müssen ihre CO₂-Emissionen drosseln. Das tun sie momentan am einfachsten, indem sie Verbrenner zusätzlich mit Elektromotoren ausstatten: das Hybridauto. Ohne staatlichen Bonus wäre ein solches Auto aber sehr teuer. Umweltschützer kriti-

sieren dabei schon länger, dass Plug-in-Hybride „Mogelpackungen“ seien, da sie überwiegend doch mit Diesel und Benzin und kaum elektrisch gefahren würden; vor allem dann, wenn solche Autos als Firmenwagen für längere Strecken genutzt werden.

Es soll auch vorkommen, dass gebrauchte Plug-in-Hybride verkauft werden, und dabei festgestellt wird, dass deren Aufladekabel keinerlei Gebrauchsspuren zeigt oder sie sogar noch original verpackt sind – was den Schluss nahelegt, dass das Auto zuvor fast nie mit Elektroantrieb gefahren wurde, sondern ausschließlich mit seinem Verbrennungsmotor. Auch eine aktuelle Studie des Ifeu-Instituts, des Öko-Instituts und des europäischen Umweldachverbands Transport & Environment stellt fest, dass im täglichen Betrieb Plug-in-Hybride in der Regel den Verbrennungsmotor nutzen. Und beim Hybridauto verbraucht dieser Verbrennungsmotor mehr Treibstoff, weil zusätzlich noch ein E-Motor und eine E-Batterie mitgeschleppt werden. Diese hat oft nur eine Reichweite von 30 bis 50 Kilometern. Ein solches Auto ist im Grunde bei kurzen Strecken umweltschonend.

Zudem sind etwa ein Drittel der neu zugelassenen Plug-in-Hybride schwere SUV- oder Geländewagen. Bei starker Beschleunigung schaltet bei vielen Modellen der Verbrennungsmotor auch dann zu, wenn die Batterie noch voll ist – da der Elektromotor allein nicht genügend Antriebskraft liefert.

„Vergünstigungen für Plug-in-Hybride sollten an harte Kriterien für die elektrische Reichweite, die elektrische Leistung und den Nachweis einer regelmäßigen Lademöglichkeit geknüpft sein“, so die Studie. Ansonsten seien sol-

che Autos nicht geeignet, das Klima zu schützen und Emissionen wirklich zu senken.

Laut Frank Thinnies von Greenpeace Luxembourg muss der Verkauf von Benzin-, Diesel- und konventionellen Hybridautos bis 2028 eingestellt werden. „Spätestens bis 2040 müssen Verbrennungsmotoren, einschließlich Hybridfahrzeuge, auf unseren Straßen der Geschichte angehören, wenn Europa seine Verpflichtung gegenüber dem Pariser Klimaabkommen einhalten will.“ Werde zu einem hohen Grad mit erneuerbarem Strom gefahren, seien Hybridautos zwar den Verbrennern vorzuziehen. Doch riesige für die Straße gedachte SUVs mit über zwei Tonnen Leergewicht zu produzieren und gar zu fördern, mache wenig Sinn, so Thinnies.

Prioritär sollten Regierungen mit erneuerbaren Energien betriebene öffentliche Verkehrsnetze ausbauen und verstärken. Und der Herstellung von Elektrofahrzeugen müsse die Produktion von energieeffizienten, kleinen und leichten Elektrofahrzeugen gewährleistet werden, um die Batteriegrößen und die mit ihrer Herstellung verbundenen Auswirkungen zu begrenzen.

Autohändler: Druck von allen Seiten

Philippe Mersch, Vorsitzender des Autohändlerverbands Fedamo, verweist darauf, dass mit 2 500 Euro das Hybridauto bereits deutlich weniger gefördert wird als das vollelektrische. Das Hybridauto, so Mersch, sei aber ein erster wichtiger Schritt in die Elektromobilität, wobei zu erwähnen ist, dass die Autohändler bei der ganzen Diskussion Druck von allen Seiten haben: von den Herstellern, die Vorgaben machen, wie

viele Hybridautos zu verkaufen sind, von der Politik und von Seiten der Kunden. Ein Wegfall der Prämien für Hybridautos wird nach Meinung von Mersch für die Händler deutliche Einbußen mit sich bringen.

Ob man dem Beispiel der Niederlande folgt, wo Hybridautos als Firmenwagen nicht mehr staatlich gefördert werden, weil vor allem solche Autos fast ausschließlich mit Verbrennungsmotor gefahren werden, sei noch offen, so Umweltministerin Dieschbourg.

Bei der künftigen Prämie für den Kauf bestimmter Autos werden die neuen Erkenntnisse mit einfließen, sagt Dieschbourg. „Wir werden bei den neuen Prämien sowohl Umwelt- wie Sozialaspekte berücksichtigen.“ Das bedeutet, besonders teure Hybridmodelle werden künftig keine Förderung mehr erhalten wie aktuell.

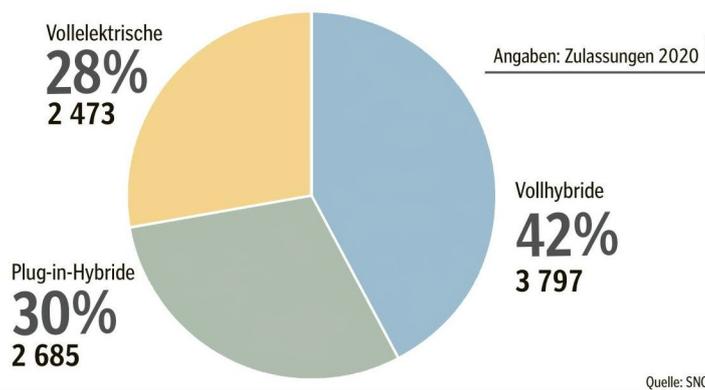
Nach wie vor verstehe die Regierung Hybridautos als „Zwischenetappe“, es sei aber im Klima- und Energieplan der Regierung festgehalten, dass nach und nach ein Ausstieg aus der Hybridtechnologie erfolgen müsse. Dieschbourg verweist in diesem Zusammenhang darauf, dass die Reichweite der vollelektrischen Autos immer höher und gleichzeitig die Ladeinfrastruktur ausgebaut werde. Man fördere deswegen auch private Ladestationen zu Hause als Ansporn dafür, mit E-Mobilität Ernst zu machen, spricht: vollelektrische Autos zu kaufen.

● **Die hohen Sätze für Vollelektrische bleiben.**

Carole Dieschbourg, Umweltministerin

Überwiegend mit zwei Motoren in Luxemburg

Von den knapp 9 000 Fahrzeugen mit Elektromotor, die 2020 in Luxemburg zugelassen wurden, waren nur 28 Prozent vollelektrisch: 72 Prozent hatten also auch einen Verbrennungsmotor.



Weniger Güterumschlag im Port Mertert

Der Hafen bleibt weit unter seinem Potenzial – wie die gesamte Binnenschifffahrt der EU

Von Marco Meng

Von Januar bis November 2019 wurden 5,2 Millionen Tonnen Güter durch die Schleuse Grevenmacher transportiert; im gleichen Zeitraum 2020 waren es elf Prozent, also eine halbe Million Tonnen weniger – angesichts der Pandemie war das zu erwarten. Aber der Rückgang des Frachtverkehrs auf der Mosel ist doppelt betrüblich, bleibt doch damit auch der Hafen Mertert weit unter seinem Potenzial, so wie EU-weit die gesamte Binnenschifffahrt.

Wie aus der Antwort von Mobilitätsminister François Bausch (déi gréng) auf eine diesbezügliche parlamentarische Anfrage der Abgeordnete Octavie Modert (CSV) hervorgeht, deckt sich der Rückgang des Transports über den Luxemburger Teil der Mosel mit dem Transportaufkommen auf dem Rhein, der ebenfalls im ersten Semester 2020 um elf Prozent niedriger war als im Vorjahr.

„Es ist offensichtlich, dass die Pandemie einen Einfluss auf den Warentransport und auf den Personenverkehr hat“, so das Mobilitätsministerium.

Der Gesamtumschlag an Tonnen im Hafen ist während der ersten elf Monate 2020 im Vergleich zu 2019 um 4,91 Prozent zurückgegangen. Beim Export fertiger Stahlprodukte ging die Zahl um 5,6 Prozent zurück; beim Import von Schrott für die Schmelzöfen von ArcelorMittal betrug der Rückgang 26,9 Prozent. Und da wegen der Pandemie auch weniger getankt wurde in Luxemburg ist der Import von Mineralölprodukten um 13,5 Prozent gesunken. Gut entwickelt sich hingegen der 2015 installierte Containerhafen, wo der Umschlag seitdem auf 10 889 Container gesteigert werden konnte.

Der Hafen Mertert verfügt über ein Freilager auf 150 000 Quadratmeter Fläche und ein Containerterminal von 20 000 Quadratmetern. Zwölf Kräne mit einer Trag-

kraft zwölf bis 124 Tonnen können hier Schiffe be- und entladen. „Der Hafen Mertert hat noch großes Potenzial“, sagt Gilles Braquet, Supply Chain Manager der Luxport SA. So könnten zum Beispiel beim Export von Langstahlprodukten die Zahlen von 105 000 Tonnen auf 200 000 Tonnen verdoppelt werden, „und parallel können dennoch weitere Produkte wie Düngemittel, Streusalz, Schrott oder Betonteile entladen werden.“

Laut Ministerium wurden über den Hafen Mertert vor allem Trockengüter wie zum Beispiel Stahl weniger transportiert, zum Beispiel weil die Automobilindustrie zeitweilig die Produktion drosselte. Parallel ist durch die Coronakrise auch der Personenschiffsverkehr eingebrochen.

Die Zentralkommission Rhein berichtet davon, dass in Frankreich mit einem Umsatzrückgang von 220 Millionen Euro in den ersten acht Monaten des vergangenen Jahres gerechnet werden, und in Deutschland mit einem Verlust von 142 Millionen Euro.

Die EU-Verkehrskommissarin Adina Valean sagte Ende November: „Die Binnenschifffahrt ist nicht verschont geblieben. Der durch die Pandemie verursachte Umsatzverlust wird für den Sektor auf 2,2 bis 4,4 Milliarden Euro geschätzt. Dies ist auf einen Rückgang des Personenverkehrs um 90 Prozent und des Güterverkehrs um 25 bis 30 Prozent in der ersten Jahreshälfte zurückzuführen.“

Umweltfreundlichere Motoren

Für viele Binnenschifffahrts-Gesellschaften vor allem in diesem Sektor ist das Überleben ungewiss, und auch beim Warentransport müssen viele Betreiber ihre Schiffe neu motorisieren, was mit hohen Investitionskosten verbunden ist. Schon jetzt zahlt das Mobilitätsministerium Beihilfen bis 30 Prozent der Kosten für die Um-

rüstung von Schiffen mit umweltfreundlicheren Antrieben.

Da der Warentransport über Wasserstraßen viele Vorteile gegenüber der Straße hat, will auch die Europäische Union solche Investitionen weiter fördern. Finanzmittel dafür wird es im nächsten Aktionsprogramm für den Sektor Naiades III (2021-2027) geben, das etwa im März-April vorgelegt werden soll.

Dieses Jahr hatte die Spedition Lorang, eine Tochtergesellschaft der Luxport SA, ihren Fuhrpark in Mertert erneuert und 16 neue Fahrzeuge angeschafft, hierunter sieben Sattelzugmaschinen sowie fünf Sattelaufleger und einen Plateau-Sattelaufleger von Faymonville. Auch die Geschäftsführung von Lorang beobachtet eigenen Angaben nach die Entwicklung bei alternativen Treibstoffen aufmerksam. „Sobald Serienmodelle in den Handel gehen sowie die Tankstellen-Infrastruktur in Europa einen Regelbetrieb zulässt, sind wir bereit, weiter zu investieren“, ist die Geschäftsführung sich einig. Ein besonderes Augenmerk legt man bei Lorang auf die Entwicklung von Wasserstoff-Antrieben. Aktuell befördert die Spedition mit insgesamt 120 Zugmaschinen und 170 Aufliegern vornehmlich Ladungen für die Stahl-, Baustoff- und Konsumgüterindustrie.

Wenig Transport über Flüsse

Der Anteil der Binnenschifffahrt am gesamten EU-Gütertransport ist von 2013 bis 2018 von 7,4 auf sechs Prozent weiter gefallen. Das möchte Brüssel mit der „Smart & Sustainable Mobility Strategy“ ändern. Länder wie Deutschland, Belgien, Österreich sollten nach dem Willen Brüssels bis 2040 anstreben, 40 Prozent der Güter auf Binnenschiffen zu transportieren. In Luxemburg wie in Deutschland ist es derzeit gerade einmal rund 7,5 Prozent des gesamten Güterverkehrs, der auf Wasserstraßen statt-

findet, wobei Luxemburg von der Landesfläche her auch kaum mehr Potenzial hat, Deutschland hingegen schon. In Frankreich werden sogar nur 2,3 Prozent der Güter auf Flüssen transportiert. Dabei ist das Potenzial, mehr Güter über Flüsse zu transportieren und die Straßen zu entlasten, groß: Jeder der fünf größten Seehäfen der EU verfügt über eine Anbindung an Binnenwasserstraßen; von den europaweiten über 230 Häfen sind etwa 40 zugleich Binnen- und Seehäfen. „Das Potenzial dieses Verkehrsträgers wird nicht voll ausgeschöpft“, so die EU-Kommission dazu. Die CO₂-Emissionen und der Kraftstoffverbrauch eines großen Binnenschiffs betragen laut ihr nur ein Drittel der entsprechenden Parameter im Straßenverkehr. Und weiter: „Die Beförderung auf Flüssen und Kanälen ist eine lärmarme und sehr energieeffiziente Form des Güterverkehrs.“ Ein Binnen-Containerschiff kann beispielsweise bis zu 200 Container transportieren und damit rund 200 Lastwagen ersetzen.

Die Einfuhr von Mineralölprodukten nach Luxemburg geschieht derzeit vor allem über die Straße. „Einen größeren Anteil über die sichere und umweltfreundlichere Wasserwege wäre mit einem Ausbau der Installationen im Hafen von Mertert möglich“, so das Mobilitätsministerium.

Der Hafen Mertert hat noch großes Potenzial.

Gilles Braquet, Luxport SA

Die Beförderung auf Flüssen und Kanälen ist lärmarm und sehr energieeffizient.

EU-Kommission

Zwischen Bettemburg-Düdelingen und Rostock Neue Zugverbindung für Containertransport

Die Reederei Stena Line, Lkw Walter, Rostock Port und CFL Multimodal verkünden den Start einer neuen Zugverbindung zwischen dem intermodalen Terminal Bettemburg-Düdelingen und dem RTM-Terminal im Rostock Port ab 11. Januar 2021. Die vier Partner schließen damit

eine Vereinbarung zur Erweiterung des bestehenden Leistungsangebots ab.

Diese neue intermodale Verbindung, die verschiedene Transportträger miteinander kombiniert, wird mit drei Hin- und Rückfahrten pro Woche betrieben und transportiert

kranbare und nicht-kranbare Sattelaufleger sowie Container.

Die Geschäftspartner sind überzeugt, dass dieser regelmäßige intermodale Service, der die bestehenden Eisenbahnkorridore (Lyon, Le Boulou) via Luxemburg mit dem

Hafen von Rostock und seinen Fährlinien nach Trelleborg verbindet, ein weiterer wichtiger Schritt für die Weiterentwicklung eines globalen, europäischen Netzwerks von kombinierten Schienen- und Fährlösungen ist.

Dieser neue Zug wird auch eine signifikante Verkehrsverlagerung ermöglichen, indem umgerechnet 10.000 Lkw von der Straße auf die Schiene übertragen und CO₂-Einsparungen von etwa 18.000 Tonnen CO₂ pro Jahr erzielt werden.

Mit Abstand und Desinfektionsmittel

Die zwei Luxemburger Moselschleusen sind ohne Ausfälle durch das Pandemiejahr gekommen

Grevenmacher. Dank strenger Sicherheitsmaßnahmen in den Schleusen hat die Schifffahrt auf dem Luxemburger Abschnitt der Mosel das zurückliegende, von der Pandemie geprägte Jahr gut gemeistert. Zwar waren sowohl bei der Personenschifffahrt als auch beim Gütertransport Rückgänge zu verzeichnen, doch die zwei Moselschleusen konnten ohne Ausfälle 24 Stunden am Tag und sieben Tage die Woche besetzt werden.

Nach Auskunft von Norbert Schilling, Leiter des Schifffahrtsamts in Grevenmacher, bestand die große Herausforderung darin, das Personal in den Schleusen vor einer Infektion mit dem Virus zu schützen. „Dafür haben wir neue

Regeln eingeführt und jeglichen Kontakt zwischen dem Personal und den Schiffsführern unterbunden“, sagt Norbert Schilling. So war der Zugang zum Kommando-stand nur für Mitarbeiter des Schifffahrtsamtes erlaubt.

Während früher die Schiffsführer die Gebühren für die Schleusung noch teilweise bar bezahlt und ihre Papiere persönlich abgegeben hatten, wurde nach Ausbruch der Pandemie der gesamte Kontakt per Funk oder digital abgewickelt.

Um Ansteckungen zwischen den Mitarbeitern zu vermeiden, mussten diese bei Schichtübergaben Abstand einhalten und Oberflächen desinfizieren. Dadurch sei es gelungen, ohne Ausfälle durch

das Jahr zu kommen, resümiert der Leiter des Schifffahrtsamts. Das Gleiche wünscht er sich für die kommenden Monate: „Wenn viele krank werden und die Wasserstraße steht still, haben wir ein Problem.“

Während sich der Güterverkehr auf der Luxemburger Mosel seit Beginn der Pandemie mit einem Rückgang von sechs Prozent noch einigermaßen halten konnte, waren die Ausfälle bei Personentransporten erheblich größer.

Kaum noch Ausflüge in die Nachbarländer

So wurden an den zwei Schleusen zwei Drittel weniger Sportboote als im Vorjahr verzeichnet. „Innerhalb einer Stauhaltung führen

die Boote weiterhin, zum Beispiel beim Wasserski. Doch dass ein Sportbootfahrer wie früher einen Ausflug von Trier nach Metz machte, kam 2020 fast gar nicht mehr vor“, sagt Norbert Schilling.

Auch bei den großen Ausflugsschiffen und vor allem den in den letzten Jahren immer beliebteren Flusskreuzfahrten sei ein deutlicher Rückgang um 36 Prozent zu verzeichnen. Der Lockdown im Frühling, die deutschen Grenzschließungen und später die Einstufung Luxemburgs als Corona-Risikogebiet haben den Anbietern von Schiffsausflügen das Leben schwer gemacht. vb

Cargolux & Co. haben gut zu tun

Steigende Nachfrage, knappe Kapazitäten - 21 Airlines transportieren Covid-19-Impfstoffe

Von Marco Meng

Die Nachfrage nach Luftfracht bleibt hoch, während die Transportkapazitäten weiter eingeschränkt sind. Zu normalen Zeiten wird rund die Hälfte der Luftfracht als Beiladung in Passagiermaschinen transportiert. Diese Frachtkapazitäten stehen wegen der zahlreich eingestellten Verbindungen aber nicht mehr zur Verfügung. Die Folge: steigende Preise. Nur-Fracht-Gesellschaften wie Cargolux freut das. Während die Maschinen von Cargolux im Marathon-Einsatz sind, ist bei Luxair das Passagiergeschäft seit der Corona-Pandemie eingebrochen; nur das Cargogeschäft läuft weiter rund.

„Obwohl die Gesamtlage im Jahr 2020 besser war im Vergleich zu 2019 durch einen gemessenen Volumenanstieg von 6,1 Prozent, haben die Instabilität zu Jahresbeginn sowie die mit Covid-19 verbundenen Beschränkungen die Situation der Luftfracht stets erschwert“, sagt LuxairCargo-Direktor Fabrice Beneduci. Vor allem das Transportvolumen aus und nach Asien stieg laut Beneduci stark an, da China der Hauptlieferant von Masken und anderen Schutzausrüstungen war und auch die Wirtschaftstätigkeit in China früher wieder losging als im Rest der Welt.

Steigende Frachtpreise

Chinas Luftfrachtverkehr – für Cargolux, aber auch insgesamt für die ganze Branche bedeutend – hat sich nach jüngsten Angaben der dortigen Luftfahrtbehörde erholt und erreichte im August fast wieder 90 Prozent des Frachtvolumens vom Vorjahr. Nicht so gut in Europa, wo die Transporteure einen Rückgang der Nachfrage von 13,7 Prozent im November im Ver-

gleich mit dem Vorjahr meldeten. Die International Air Transport Association (IATA) stellte in einem Bericht im Januar fest: „Die Luftfrachtnachfrage ist noch 6,6 Prozent geringer als in dem Vorjahr, allerdings sehen wir Verbesserungen im Monatsvergleich.“

Das größte Problem für die Luftfracht sei fehlende Kapazität, da ein Großteil der Passagierflotte am Boden ist, warnt IATA-Generaldirektor Alexandre de Juniac. Das mache auch die bevorstehenden Impfstofflieferungen nicht einfacher. Den Mangel an Frachtkapazität bezifferte die IATA im November auf 24,9 Prozent. Dem gegenüber steht der Anstieg der Frachtpreise. Die Nachrichtenagentur Reuters berichtet davon, dass laut Weltgesundheitsorganisation WHO ein kühlpflichtiger Transport von den USA nach Sierra Leone für etwa 105 US-Dollar pro Kilo angeboten wird – statt der sonst üblichen vier bis sechs US-Dollar pro Kilo.

Herausforderung Impfstofflogistik

Europas Luftfrachtunternehmen haben im vergangenen Jahr über 107 000 Tonnen persönliche Schutzausrüstung, darunter fünf Milliarden Masken, transportiert – das Äquivalent von 1 000 voll beladenen Boeing 777-Frachtern. Allein von Mitte März bis Mitte April brachte Cargolux nur für den Gebrauch in Luxemburg 768 Tonnen an medizinischen Gütern nach Findel; das sind zehn Frachtjumbos. Derzeit sind 21 europäische Fluggesellschaften am Transport von Covid-19-Impfstoffen beteiligt.

Nicht wegen der hohen Nachfrage, sondern operationell sei die Covid-Krise eine große Herausforderung, sagte gestern Richard Forson, Cargolux-Chef bei einer Online-Konsultation von Airlines

for Europe (A4E)), die europäische Interessenvereinigung der Fluggesellschaften.

„Von der Auftragslage her war 2020 ein exzellentes Jahr“, so Richard Forson. Allerdings erschwere die unkoordinierte Antwort der Staaten auf die Pandemie alles. Viele Cargolux-Mitarbeiter arbeiten zurzeit im Homeoffice, was dank gesetzlicher Ausnahmen möglich ist. Aber in Zukunft?

„Es braucht auf EU-Level auch bei der Impfung ein gemeinsames Vorgehen und eine Koordination statt dass jedes Land seinen eigenen Regeln folgt“, kritisiert der Cargolux-Chef. Denn Restriktion wie Einreiseperrnen und Quarantäneregeln bereiten dem gesamten Luftfrachtpersonal Schwierigkeiten. Cargolux bietet darum seinen Mitarbeitern kostenlose Covid-Tests an.

Die Europäische Kommission hat zur Pandemie-Bekämpfung Luftfracht-Leitlinien eingeführt und auch die Mitgliedstaaten aufgefordert, Frachtpiloten und Besatzungen von Reisebeschränkungen auszunehmen. Leider ist dies noch nicht EU-weit oder international harmonisiert: Dringend benötigte Frachterkapazitäten gingen verloren, weil Piloten und Besatzung in Quarantäne gehen müssten, so Airlines for Europe (A4E).

Die EU müsse auch eine breitere Definition von „Besatzungsmitgliedern“ in der Luftfracht annehmen, die Lademeister, Frachtbegleiter und fliegende Mechaniker umfasst, da sonst die Lieferketten nicht funktionieren würden. „Eine rasche Anpassung der EU-weiten Sicherheitsvorschriften und die Modernisierung des Zolls stehen ebenfalls ganz oben auf der Liste“, so Thomas Reynaert, Geschäftsführer von A4E.

Peter Gerber, Chef von Luft-hansa Cargo, scherzt: „Wir wussten nicht, was Flexibilität bedeutet, bis die Krise kam.“ Gerber zweifelt aber daran, dass durch umgerüstete Passagierairlines mehr Luftfrachtkapazitäten geschaffen werden. Beispielsweise hat der Ferienflieger Condor 16 Langstreckenflugzeuge vom Typ Boeing 767 umgerüstet, um damit Kisten statt Menschen zu transportieren. „Um im Hauptdeck Güter zu transportieren, dafür sind diese Flugzeuge nicht gemacht“, sagt Gerber. Wichtig sei, dass Cargoflugzeuge so viel wie möglich flögen, um dadurch mehr Frachtkapazitäten zu schaffen und den Bedarf zu befriedigen. Auch Gerber meint: „Quarantänemaßnahmen bereiten uns ununterbrochen Kopfschmerzen“. Die Regeln sollten harmonisiert werden, zumindest für Beschäftigte im Transportsektor. „Quarantäne darf die Impfstoffauslieferung nicht behindern“, so Gerber. Was insgesamt die Impfstofflogistik betrifft, geben sich die Manager gelassen. Tim Scharwath, Vorstandmitglied der Deutsche Post DHL: „Es gab auch vorher schon Impfstoffe, die geflogen wurden, ganz neu ist das nicht.“

Von Vorteil sei, dass das Rohmaterial zur Herstellung der Impfstoffe nicht die Sorgfalt und Kühlung verlangen wie das Endprodukt. „Das macht die Sache einfacher.“

● Von der Auftragslage her war 2020 ein exzellentes Jahr.

Richard Forson, Cargolux-Chef

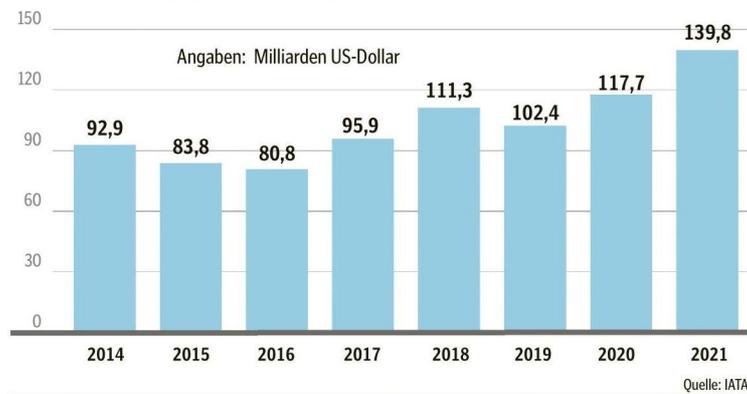
Der Luxairport 2020

Trotz Pandemie und wirtschaftlicher Flaute hatten die 1 300 Mitarbeiter am Cargocenter auch 2020 zu tun: Das Frachtvolumen stieg gegenüber 2019 deutlich. Der Flughafen Luxemburg, der vom Airport Council International für seine Covid-19-Maßnahmen zertifiziert wur-

de, zählte im letzten Jahr 1,4 Millionen Passagiere, ein Minus von 68 Prozent im Vergleich zu 2019, wie die Flughafengesellschaft gestern mitteilte. Die am Findel umgeschlagene Fracht legte hingegen zu und machte 947 000 Tonnen aus, ein Anstieg von sechs Prozent gegenüber dem Vorjahr. *MeM*

Im Luftfrachtsektor läuft's rund

Der internationale Luftfahrtverband IATA schätzt den Fracht-Umsatz der weltweiten kommerziellen Airlines für das Jahr 2020 auf knapp 118 Milliarden US-Dollar, ein deutliches Plus gegenüber dem Vorjahr.





GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

WISSENSCHAFT, BILDUNG UND KULTUR

Jagd auf B.1.1.7

FORSCHUNG Wie das LNS nach der neuen Virenvariante fahndet

Tobias Senzig

Die neue Virenspielart B.1.1.7 sorgt für Schlagzeilen. Aber welche Variante tatsächlich kursiert, lässt sich nur mit aufwändigen Tests herausfinden. Das Nationale Gesundheitslabor (LNS) rüstet deshalb auf – und will mit einer neuen Methode schneller Resultate liefern.

36 nachgewiesene Fälle einer Infektion mit der erstmals in Großbritannien aufgetauchten Coronavirus-Variante B.1.1.7 gibt es, Stand Donnerstag, in Luxemburg. Das Problem mit B.1.1.7: Die Virenspielart ist ansteckender als jene Varianten, die bisher kursierten. Forscher schätzen, dass B.1.1.7 eine um 40 bis 70 Prozent höhere Infektiosität haben könnte.

Was das für die Entwicklung des Pandemiegeschehens in Luxemburg bedeuten könnte, legen Projektionen von Research Luxembourg dar: Sollte sich B.1.1.7 in Luxemburg etablieren und ohne von Restriktionen behindert ausbreiten, könnte im April eine Welle mit einem Peak von mehr als 1.200 Neuinfektionen hereinbrechen.

Der erste Schritt zur Behebung eines Problems ist seine Erkennung. Aber es gibt ein Hindernis: Denn die physischen Unterschiede, die B.1.1.7 gegenüber den bereits in Luxemburg kursierenden Virenvarianten hat, sind sehr, sehr klein. Sie liegen auf der Ebene der RNA, dem Erbgut des Virus. Dort können sie eigentlich nur mit einer Gensequenzierung ausfindig gemacht werden. Dieser Test ist nicht nur aufwändig, er braucht auch Zeit. „Derzeit liegt unser Durchschnitt bei sieben Tagen“, sagt Tamir Abdelrahman, Chef der Abteilung für Mikrobiologie im Nationalen Gesundheitslabor (LNS). Zehn Prozent der Corona-Tests, die die Luxemburger machen, durchlaufen die Sequenzierungsprozedur in den Düdelinger Labors. 400 Proben werden jede Woche auf den Prüfstand gestellt. Das Ergebnis: Insgesamt zwölf Varianten von Sars-CoV-2 hat das LNS bis jetzt in Luxemburg entdeckt. „B.1.160 und B.1.177 sind in Luxemburg noch immer die meistverbreiteten Varianten“, sagt Abdelrahman. „Aber wir haben einen Newcomer – B.1.1.7“

Keine hohen absoluten Werte

15,4 Prozent der sequenzierten Tests, die in der Kalenderwoche 2 gemacht wurden, enthielten die britische Variante. Heißt das,

dass 15,4 Prozent der Infizierten in Luxemburg die neue, ansteckendere Variante in sich tragen? Abdelrahman warnt: „Man muss bedenken, wie viel 15,4 Prozent sind – das sind keine großen absoluten Zahlen.“ Laut LNS wurde B.1.1.7 in 14 Tests entdeckt, die in der zweiten Kalenderwoche des Jahres vorgenommen wurden. Abdelrahman ist deshalb „kein großer Fan davon“, die relativen Werte auf das gesamte Pandemiegeschehen in Luxemburg zu projizieren. „Das würde voraussetzen, dass die Verteilung homogen ist und das Virus frei zirkuliert“, sagt der Mikrobiologe. In den ersten drei Wochen des Jahres seien Infektionen mit der britischen Variante fast immer mit Personen verknüpft gewesen, die zuvor gereist sind. Für Abdelrahman ist noch nicht klar, ob die neue Virenart tatsächlich bereits in die lokale Population gewechselt ist.

Um das herauszufinden, verfolgen Abdelrahman und seine Kollegen eine heiße Spur. Die wissenschaftliche Methode an ihrem Ende sollte es ermöglichen, dass die neue Virenspielart direkt mit dem schönsten PCR-Test festgestellt werden kann, mit dem mittlerweile so gut wie jeder Luxemburger Bekanntschaft gemacht haben dürfte. „Wir arbeiten daran, dass man einen PCR-Test hat, der einem von Anfang an sagt, ob es sich um eine normale Variante oder eine andere handelt“, sagt Abdelrahman.

In Kooperation mit einem Privatunternehmen habe das LNS damit begonnen, die PCR-Protokolle so weiterzuentwickeln, dass sie die „Deletion 69-70“ detektieren – eine Mutation der britischen Variante. Aber es gibt ein Problem: Das Merkmal ist nicht nur in B.1.1.7 zu finden, sondern auch in einer anderen Variante, die die LNS-Forscher erst vor kurzem zum ersten Mal gesehen haben. „Es ist nicht exakt das, worauf wir gehofft haben“, sagt Abdelrahman. „Aber es ist weniger Aufwand als zuvor.“ Anstatt sämtliche Proben sequenzieren zu müssen, um herauszufinden, ob B.1.1.7 in ihnen steckt, müsse das jetzt nur mit denen gemacht werden, in denen die „Deletion“ festgestellt wurde.

Blick in die Vergangenheit

Das LNS hat aber auch in Sachen Sequenzierungen aufgerüstet. Seit dem 6. Januar, als die Einrichtung zum „nationalen Referenzlabor“ gekürt wurde, feilen die Forscher an einer „Echtzeit-Epidemio-

logie“. Seit dieser Woche läuft das Projekt, das die Prozesse rund um die Sequenzierungen beschleunigen soll. „Die Idee ist, dass man in Echtzeit weiß, was in der Region zirkuliert“, erklärt Abdelrahman. „Wenn wir Echtzeit in der Epidemiologie sagen, heißt das, dass man eine Vorstellung davon hat, was in der vergangenen Woche passiert ist.“ Das heißt: Anstatt die Verteilung der Virenvarianten im Land vor mehreren Wochen zu kennen, können die Forscher jetzt schon Aussagen über die Situation vor sieben Tagen machen. „Das sei mehr als genug, wenn es um Epidemiologie geht“, sagt Abdelrahman. Derzeit sei die „jüngere“ Probengröße noch klein. „Aber sie ist sehr informativ.“

Der Mikrobiologe und seine Kollegen werfen mit ihren Sequenziergeräten auch einen Blick in die Vergangenheit. „Unser Ziel ist es, zehn Prozent aller positiven Proben in jeder beliebigen Woche zu sequenzieren“, sagt Abdelrahman. Bis Oktober wollen die Forscher „zurückgehen“, derzeit sei man bei Mitte Dezember angelangt. So haben sie auch den bisher ältesten Luxemburger Coronatest entdeckt,

der die B.1.1.7-Variante enthielt. Er wurde am 19. Dezember abgegeben.

Aus epidemiologischer Sicht sei B.1.1.7 zwar ansteckender, sagt Abdelrahman. „Aber wenn wir in andere Länder schauen – Dänemark zum Beispiel – dann sehen wir, dass die Variante dort auf einem gewissen Niveau bleibt.“ Noch gebe es in Luxemburg keine gestiegene Zahl von Infektionen, die mit der hohen Infektiosität korrelieren würde. Im Vereinigten Königreich habe es ein epidemiologisches Signal gegeben, sagt Abdelrahman. „Aber dieses Signal gab es bis jetzt nicht in Dänemark – und auch nicht in Luxemburg.“

Ähnlich verhalte es sich mit der südafrikanischen Variante, die das LNS inzwischen in drei Luxemburger Coronatests aufspüren konnte. „Das ist etwas, was wir sporadische Fälle nennen“, sagt der Mikrobiologe. Es gebe immer wieder Varianten, die kommen – und auch wieder gehen würden. „Ich bin Virologe“, sagt Abdelrahman. „Und als Virologe weiß ich, dass man das Verhalten eines Virus nie vorhersagen kann.“

Virenbelastung geht zurück

Die Virenmenge nimmt ab – zu diesem Schluss kommen die Forscher des Luxembourg Institute of Science and Technology (LIST), die mit ihrem Coronastep-Programm die Abwässer der Luxemburger unter die Lupe nehmen. „Wie in der Vorwoche waren die Sars-CoV-2-RNA-Zuflüsse auch in der Kalenderwoche 4 bedeutend, allerdings mit abnehmendem Trend“, schreiben die LIST-Wissenschaftler. Das deute auf eine „mittlere Prävalenz“ des Virus im Abwasser hin.

Auch bei den einzelnen Kläranlagen gebe es noch immer eine gewisse Dynamik – allerdings deute sich ein ähnlicher Trend wie auf nationalem Niveau an.

Die LIST-Forscher entnehmen Proben an 13 Luxemburger Kläranlagen. Insgesamt wird somit ein Einzugsgebiet mit 445.302 Menschen abgedeckt. Dafür wird über 24 Stunden Wasser am Zufluss der jeweiligen Kläranlage gesammelt. Die Virus-RNA ist in menschlichen Exkrementen nachweisbar und kann deshalb in Kläranlagen gefunden werden. Das LIST beschäftigt sich seit mehr als zehn Jahren mit Abwässern und den Viren, die sich darin befinden. Normalerweise gehen die Forscher Viren nach, die Magen-Darm-Entzündungen oder andere Infektionen des Verdauungstrakts auslösen können. Für die Auswertung benutzen die Forscher im Grunde die gleiche PCR-Methode, wie sie auch bei Rachenabstrichen angewandt wird. Sie erlaubt es, die RNA – also den genetischen Bauplan des Virus – aufzuspüren.

Schlankheitskur für Weltraumtechnik

Ein neues Luxemburger Forschungslabor entwickelt Ultraleichtmaterialien

Von Thomas Klein

In der Raumfahrt kann man die Komponenten, die ins All geschossen werden müssen, wortwörtlich in Gold aufwiegen. Jedes Kilogramm Ladung kostet zwischen 5 000 und 10 000 Euro. Bevor private Unternehmen wie Elon Musks SpaceX auf den Plan traten und die Effizienz der Starts erhöhten, lagen die Kosten pro Kilogramm sogar eher im Bereich von 50 000 Euro pro Kilo. Jede Gewichtsreduktion kann also schnell Einsparungen in Millionenhöhe mit sich bringen.

Genau das haben sich das Luxembourg Institute of Science and Technology (LIST) und die Sondermaschinenbaufirma Gradel aus Mondorf vorgenommen. Gestern unterzeichneten das Forschungsinstitut und das Unternehmen eine Partnerschaft, um eine neue Technologie weiterzuentwickeln, die das Gewicht der verwendeten Materialien um bis zu 75 Prozent verringern kann. Die Gewichtsreduktion wird erreicht, indem zur Herstellung der Bauteile keine Metalle verwendet werden, sondern gehärtete Fasern. Ausgangsstoffe für die Fasern können dabei unterschiedliche Materialien wie Kohlenstoff, Basalt oder auch Hanf sein. Die Fasern werden in einem neuen Verfahren nach einem vorher durch eine Computersimulation

exakt bestimmten Bauplan gewickelt. Das kann manuell oder durch einen speziell hierfür umgebauten Industrieroboter geschehen. Das Verfahren kann man sich ein wenig wie eine Hightech-Strickliesel oder einen Webstuhl vorstellen.

Die Fasern sind mit einem Harzgemisch getränkt und werden nach der Wicklung in einem Ofen gehärtet. Durch das Verfahren gewinnt das Objekt besondere mechanische Eigenschaften und wird außergewöhnlich belastbar, so die Projektpartner.

Das Herzstück der Technologie sind die Computerprogramme, die genau berechnen, welche Belastungen die fertigen Bauteile später aushalten müssen und wie viel Material deshalb verwendet werden muss. „Die Software sieht nur dort Material vor, wo Lastkräfte wirken, und lässt alles weg, was unnötig ist“, erklärt Claude Maack, der Geschäftsführer von Gradel. Auf diese Weise erzielt das Verfahren die erhofften Einsparungen beim Gewicht.

„Intelligente“ Bauteile

Mithilfe dieses minimalistischen Ansatzes will Maack nicht nur das Gewicht von Weltraumkomponenten verringern. Er erlaubt auch, bestimmte Funktionen in die Bauteile zu integrieren und sie bis zu einem gewissen Grad „intelligent“

zu machen. „Die Komponenten können zum Beispiel so konstruiert werden, dass sie bei Belastungen aus der einen Richtung flexibel und aus der anderen Richtung steif sind“, sagt Maack. Daraus ergeben sich mehr Flexibilität und neue Anwendungsmöglichkeiten für die Ingenieure der Raumfahrtunternehmen.

In dem gemeinsam betriebenen Labor im Industriegebiet von Oberkerschen wollen die beiden Projektpartner die Technologie nun verfeinern. Während Gradel das entsprechende Wissen zur Verfahrenstechnik einbringt, sollen die Wissenschaftler des LIST bei der richtigen Auswahl und Komposition der verwendeten Materialien helfen. „Wir werden unter anderem die Strukturen der Kompositmaterialien modellieren, um deren mechanische Eigenschaften besser zu verstehen“, sagt Thierry Girot vom LIST, der das gemeinsame Labor leiten wird. Das ist auch deshalb wichtig, weil die Materialien im Weltraum besonderen Belastungen mit häufigen Wechseln zwischen extremer Hitze und Kälte ausgesetzt sein werden. Bevor nun erwartet werden kann, dass Weltraumfirmen die neue Technologie in Projekten einsetzen, die oft mehrere hundert Millionen Euro kosten, muss sie erst für den Einsatz im Weltall erprobt

und qualifiziert werden.

Industriereife erreichen

Ein weiteres Ziel der Zusammenarbeit besteht darin, die Technologie zur Industriereife weiterzuentwickeln. „Derzeit funktioniert das Verfahren auf Laborebene, es ist aber noch kein industrieller Prozess“, sagt Girot. In dem neuen Labor werden nun Methoden getestet, um den Vorgang so zu automatisieren, dass die Komponenten in gleichbleibender Qualität im großen Maßstab hergestellt werden können. Das Interesse aus dem Raumfahrtsektor scheint groß zu sein, denn die industriellen Schwergewichte Thales Alenia Space, Airbus Defence and Space sowie OHB haben bereits Bauteile von den Projektpartnern geordert.

Die ersten im Rahmen der Zusammenarbeit hergestellten Bauteile sind für den Einsatz in Satelliten bestimmt. Aber Maack kann sich vorstellen, dass das Verfahren auch in der Luftfahrtindustrie oder für Autobauer interessant sein könnte, um die Kosten und den Energieverbrauch herunterzufahren. Finanzielle Unterstützung erhält das Projekt vom luxemburgischen Raumfahrtprogramm „Luximpulse“.

Neue Regeln für Luxemburgs Space-Branche

INTERVIEW Juraprofessorin Mahulena Hofmann über das neue Weltraumgesetz

Yves Greis

Vor kurzem wurde im Parlament ein neues Weltraumgesetz verabschiedet, das die Rechte und Pflichten von Weltraumunternehmen genau regelt. Mahulena Hofmann ist Professorin am SES-Lehrstuhl für Weltraum-Satellitenkommunikations- und Medienrecht der hiesigen Universität. Sie hat am ersten Entwurf des Weltraumgesetzes mitgearbeitet. Mit ihr haben wir uns über den rechtlichen Rahmen unterhalten, in dem die luxemburgischen Weltraumaktivitäten vonstattengehen.

Tageblatt: Wieso braucht Luxemburg ein Weltraumgesetz?

Mahulena Hofmann: Luxemburg braucht ein solches Gesetz, weil es eine sehr breite Weltraumbranche hat. Dabei handelt es sich nicht nur um Telekommunikations-Unternehmen wie die SES. Hinzu kommen Aktivitäten mit kleinen Satelliten (sogenannten CubeSats), die zur Erdbeobachtung eingesetzt werden, und Tätigkeiten im Bereich der Navigation. In Zukunft sind auch das Auftanken und die Reparatur von Satelliten im Weltall denkbar. Dafür fehlte bislang die rechtliche Grundlage. Der Abbau von Weltraumrohstoffen wurde bereits vorher in einem eigenen Gesetz geregelt.

Warum ist das Gesetz gerade jetzt in der Corona-Krise verabschiedet worden?

Die Arbeiten an dem Gesetz haben lange vor der Corona-Krise begonnen. Der erste Vorschlag wurde 2018 vom Ministerium für Medien und Kommunikation eingereicht. Mit der Bildung der neuen Regierung ist die Kompetenz Ende 2018 an das Wirtschaftsministerium übergegangen.

Hätte man nicht bis nach der Krise abwarten können?

Es wäre schade gewesen, länger zu warten. Luxemburg hat mehrere völkerrechtliche Ver-

träge unterschrieben, die sich mit dem Weltraum befassen. In einem dieser Verträge steht, dass Regierungen die Weltraumaktivitäten autorisieren und überwachen müssen. Um das zu machen, brauchen wir eine rechtliche Grundlage. Dazu hat man parallel an einem Gesetz über Weltraumrohstoffe gearbeitet, um den Unternehmen, die sich in Luxemburg niederlassen wollten, schnellstmöglich eine rechtliche Grundlage zu bieten. Das ging schneller, weil man sich dabei nur auf eine Aktivität konzentriert hat.

Was ändert sich jetzt für Unternehmen aus der Weltraumbranche?

Die Unternehmen wissen jetzt genau, wie sie eine Zulassung für ihre Aktivitäten beantragen müssen, wenn sie in Luxemburg ansässig werden wollen. Sie wissen jetzt, dass sie die Autorisierung beim Wirtschaftsministerium beantragen müssen, und welche Bedingungen sie erfüllen müssen, um eine solche Autorisierung zu erhalten.

Für wen gilt das Gesetz?

Das Gesetz betrifft erstens alle Aktivitäten, die auf dem Territorium von Luxemburg oder unter seiner Kontrolle ausgeübt werden. Das betrifft also auch Satelliten, die z.B. von Flugzeugen oder Schiffen aus gestartet werden. Zweitens betrifft das Gesetz alle natürlichen und juristischen Personen aus Luxemburg, die eine Weltraumaktivität im Ausland ausführen wollen. Das sind all die Fälle, in denen Luxemburg (das Land) im Falle eines Unfalls Schadensansprüche an einen anderen Staat zahlen müsste.

Das Gesetz regelt auch die Regressansprüche, die der Staat in einem solchen Fall gegenüber dem betroffenen Unternehmen hat. Das kann mitunter sehr teuer werden.

Das ist richtig. Das Gesetz besagt, dass die Betreiber in Lu-

xemburg für den Schaden, den sie verursachen, in vollem Umfang haften. Andere Länder (z.B. Österreich, Frankreich, USA) haben sich dazu entschlossen, die Haftung der Unternehmen zu deckeln.

In Luxemburg muss jeder Betreiber außerdem eine Versicherung vorlegen, um autorisiert zu werden. In anderen Ländern ist das nicht so. In manchen Ländern sind zum Beispiel Universitäten oder Forschungs-satelliten von der Versicherungspflicht ausgenommen.

Worauf achtet der Staat, wenn er ein solches Unternehmen überprüft?

Der Staat achtet sehr auf die berufliche Ehrenhaftigkeit und die Erfahrung der Operateure. Aber er achtet auch auf ihre Finanzlage. Dahinter stehen sehr komplexe und detaillierte Regelungen. Der Betreiber muss beweisen, dass er alle Voraussetzungen erfüllt. Seine Ehrenhaftigkeit beweist er zum Beispiel durch polizeiliche Führungszeugnisse. Die Erfahrung beweist er, in dem er aufzeigt, dass im Management des Unternehmens Personen arbeiten, die bereits eine ähnliche Tätigkeit ausgeübt haben. Das Unternehmen muss eine klare Management-Struktur und klare Kontrollmechanismen haben.

Diese Regeln sind auf private profitorientierte Unternehmen zugeschnitten, so wie es auch beim Gesetz über Weltraumrohstoffe gemacht wurde. Ich frage mich allerdings, wie bei öffentlichen Einrichtungen wie Universitäten verfahren wird – ob auch diese die finanziellen Anforderungen erfüllen müssen. Das wird man wahrscheinlich erst bei der Anwendung des Gesetzes in der Praxis beantworten können.

Gibt es eine laufende Kontrolle des Unternehmens?

Ja, das Gesetz sieht in Artikel 11 eine kontinuierliche Kontrolle vor. Die Kontrolle liegt im

Aufgabenbereich des Wirtschaftsministers. Mit solchen Kontrollen hat Luxemburg Erfahrung. Gerade durch das Gesetz von 1991 über elektronische Medien. Durch dieses Gesetz wurde auch die Kontrolle der SES durchgeführt. Für Luxemburg ist das nichts Neues.

Bei der Debatte im Parlament wurde auch die Frage aufgeworfen, wie es mit der Verantwortlichkeit bei militärischen Aktivitäten steht, die über luxemburgische Welt-rauminfrastruktur laufen.

Entscheidend ist, um welche militärische Aktivität es sich handelt, militärische Telekommunikations- oder Aufklärungssysteme sind vom Völkerrecht akzeptiert. Wenn wir über die Haftung für einen Schaden in einem anderen Staat sprechen, ist im Weltraumrecht nur ein physischer und materieller Schaden geklärt, der zum Beispiel entsteht, wenn ein Satellit von Staat A abstürzt und einen Schaden im Staat B verursacht. In diesem Fall muss Staat A für den Schaden aufkommen. Unklar ist bislang, ob zum Beispiel

ein Cyberangriff zu einer Haftung nach dem Weltraumrecht führen kann. Da jedoch auch im neuen Gesetz steht, das nur solche Tätigkeiten erlaubt sind, die vom Völkerrecht gedeckt sind, wäre jede aggressive Weltraumnutzung nicht akzeptiert.

Die Linke im Parlament kritisiert immer wieder, Luxemburgs Anstrengungen in diesem Bereich seien auf die kapitalistische Nutzung des Weltalls beschränkt, anstatt der Allgemeinheit zu dienen. Können Sie dieser Kritik beipflichten?

Ich glaube, diese Kritik ist zu verallgemeinernd. Ein Betreiber kann meines Erachtens problemlos eine Stiftung oder ein Unternehmen ohne Gewinnzweck sein. Es könnte zum Beispiel eine kleine Firma sein, die Aufklärungsbilder aus Katastrophengebieten (z.B. nach einem Vulkanausbruch) macht und sie umsonst zur Verfügung stellt. Ich sehe dahinter nicht die Absicht, nur kapitalistische Tätigkeiten zu fördern. Es sind Tätigkeiten denkbar, die total unkapitalistisch sind.

Ist das Weltall nun hinreichend geregelt oder fehlt noch ein Gesetz?

Eigentlich nicht. Neben dem Weltraumgesetz und dem Space-Mining-Gesetz wurde noch das Gesetz über die Registrierung von künstlichen Weltraumobjekten verabschiedet. Dadurch wird der Vertrag über die Registrierung ratifiziert. Für Luxemburg ist das ein sehr positiver Schritt und wurde im Ausland gewürdigt. Bisher hat Luxemburg Informationen über Satelliten zwar an die UN geliefert. Allerdings aufgrund einer Resolution, die nicht verpflichtend ist. Mit diesem Gesetz verpflichtet sich Luxemburg, Auskünfte über seine Weltraumobjekte an die UN zu liefern. Im Gegensatz zu dem allgemeinen Weltraumgesetz wurde dieses Gesetz einstimmig im Parlament angenommen (Anm.d.Red.: „déi Lénk“ hatte gegen das allgemeine Weltraumgesetz votiert). Man könnte noch darüber nachdenken, auch den Vertrag über die Astronauten zu ratifizieren. Das ist allerdings etwas, mit dem man sich in der Zukunft beschäftigen kann.

Infiniq setzt auf Luxemburg

UNTERNEHMEN Künstliche Intelligenz für autonomes Fahren

Christian Muller

Das Unternehmen Infiniq, das sich auf Datendienste, künstliche Intelligenz und maschinelles Lernen spezialisiert hat, gründet eine Europazentrale in Luxemburg. Mit dem Schritt will das koreanische Unternehmen vor allem seine Marketing- und Vertriebsaktivitäten für den weltweiten Automobilmarkt stärken.

Infiniq liefert Datensätze für künstliche Intelligenz (etwa Bild, Sprache und Text) an Unternehmen, die Deep-Learning-Anwendungen wie autonomes Fahren, medizinische KI (künstliche Intelligenz), Sicherheits-KI und Gesichtserkennungslösungen entwickeln, schreibt das Unternehmen über sich. Mit zum Angebot zählen automatische Objekterkennungsalgorithmen und Annotationstools, die von Unternehmen, die beispielsweise einen Datensatz für autonomes Fahren erstellen, genutzt werden. Zusammenarbeitet habe man bereits mit Firmen wie Hyundai Motor Company, SK Telecom, Qualcomm und LG Electronics, so das Unternehmen.

Mit der neuen europäischen Zentrale will Infiniq nun seine Geschäftstätigkeit über Korea hinaus auf den internationalen Markt für autonome Fahrdaten ausdehnen, schreibt das Unternehmen in einer Pressemeldung. Errichtet wird die europäische Zentrale innerhalb des Luxemburger „Automotive Campus“ bei Roost. Der Standort soll zu einer Plattform für Unternehmen der Automobilbranche werden und gleichzeitig Synergien bei der Erprobung von Prototypen, in der Logistik sowie der Aus- und Weiterbildung erzeugen.

Infiniq will von hier aus Vertriebs- und Business-Netzwerke mit internationalen Automobilherstellern in Ländern in ganz Europa, wie Deutschland, Frankreich, Schweden und Italien, aufbauen, so das Unternehmen. Im ersten Schritt habe man den Markt der Unternehmen, die autonome Fahrtechnologien in Europa entwickeln, im Visier. Auch wolle man schnell in andere industrielle KI-Felder einsteigen, in denen in Europa intensive Investitionen getätigt werden, etwa Smart Farms und Smart Cities.

Smart Farms und Smart Cities

„Nach der Gründung der ersten Auslandszentrale in Luxemburg (...) wird Infiniq seinen Eintritt in den internationalen Markt für Daten für das autonome Fahren vorantreiben“, sagte der Geschäftsführer von Infiniq, Park Jun-hyung, laut Mitteilung. „Europa ist vor allem nicht nur der größte Automobilmarkt der Welt, sondern verfügt auch über Infrastrukturen für autonomes Fahren, wie z.B. die entsprechenden Forschungszentren, Universitäten und professionelles Personal.“

In einer separaten Pressemeldung teilt die Luxemburger Agentur zur Förderung der Wirtschaft, Luxinnovation, mit, dass die Entscheidung zur Gründung des europäischen Hauptsitzes hierzulande vom Vertretungsbüro der Luxemburger Wirtschaft LTIO (Luxembourg Trade and Investment Office) in Seoul sowie von Luxinnovation selbst unterstützt wurde. 2019 habe das Unternehmen hierzulande an der ICT Spring-Konferenz teilgenommen.



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

TOURISMUS UND GASTRONOMIE

Elf Sterne zeichnen Luxemburgs Gastronomie aus

GUIDE MICHELIN 2021

Nachhaltigkeit und höchste Präzision geehrt

Daisy Schengen

Die Gastronomie-Branche hat in der Corona-Krise schwer zu kämpfen. Umso mehr zählt in dieser Zeit die Wertschätzung in einem Gastronomieführer wie der namhafte „Guide Michelin“. In der Ausgabe 2021 verleihen die Tester Luxemburg einen grünen Michelin für mehr Nachhaltigkeit und insgesamt zehn „traditionelle“ Sterne.

Küchenchef René Mathieu („La Distillerie“, Schloss Burglinster) gilt als Vorreiter, als Visionär der hiesigen Gastronomieszene. Mit seinen Kräuterkompositionen, mit seiner Kochphilosophie, die Gemüse auf einer neuen Art in den Mittelpunkt stellt, hat der „Küchenchef des Jahres“ („Gault & Millau“ 2020) des besten Restaurants der Welt 2020 für Gemüse („Gault & Millau“ 2020) hohe Standards gesetzt. Wie auch jetzt: Der renommierte Gastronomieführer aus Frankreich „Guide Michelin“ verleiht dem Küchenchef erstmals einen sogenannten grünen Michelin-Stern. Dieser zeichnet Köche aus, „die sich für eine nachhaltigere Zukunft einsetzen“.

René Mathieu führt 2021 die Liste der „zehn besonders inspirierenden und ambitionierten Profis, die

Vorreiter der nachhaltigen Gastronomie sind“, an, heißt es in der Begründung des „Guide Michelin“. Im Presstext wird Küchenchef Mathieu wie folgt zitiert: „Nachhaltigkeit ist

Leben. Ich habe nichts erfunden, ich tue das, was Menschen schon seit Jahrhunderten tun. Essen, was verfügbar ist, nutzen, was im Garten, im Wald, an den Bächen und so weiter wächst. Die Natur ist überall. Das Gleiche gilt für Getränke, wo wir unter anderem mit Kräutertees arbeiten. Respektieren Sie Ihre Umgebung“, sagt René Mathieu abschließend.

Auch 2021 darf sich Küchenchef Cyril Molard mit seinem Restaurant „Ma langue sourit“ in Moutfort über zwei Michelin-Sterne freuen. Damit reiht sich der Bretone unter die 24 Zwei-Sterne-Restaurants in Belgien und Luxemburg ein.

Mit einem Michelin-Stern wurden dieselben Küchenchefs wie im Vorjahr ausgezeichnet. Darunter sind: René Mathieus „La Distillerie“ in Burglinster, das italienische Restaurant „Fani“ in Roeser, „Léa Linster“ in Frisingen sowie „Guillou Campagne“ in Schouweiler. Weiterhin einen Michelin-Stern tragen die Restaurants „Clairfontaine“, „La Cristallerie“, „Les Jardins d'Anaïs“ und „Mosconi“ in Luxemburg-Stadt.



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

VERSCHIEDENES

Moderna-Impfstoff kommt am Montag

Luxemburg erhält 1 200 Dosen des zweiten in der EU zugelassenen Impfstoffs

Luxemburg. Das Großherzogtum ist eines der ersten europäischen Länder, das mit dem zweiten zugelassenen Impfstoff (Moderna) beliefert wird. Das sagte gestern Gesundheitsministerin Paulette Lenert (LSAP) während einer Aktualitätstunde im Parlament. Am Montag soll eine erste Lieferung mit 1 200 Dosen eintreffen. Bis En-

de März können laut den bislang zugesicherten Lieferungen 36 000 Personen in Luxemburg geimpft werden. Vielen geht das nicht schnell genug. Vor allem die Opposition wirft der Regierung vor, nicht selbst Impfstoff eingekauft zu haben, mit Ausnahme von Déi Lénk. Paulette Lenert stellte gestern die einzelnen Impfphasen vor.

Sie werden aber noch von der nationalen Ethikkommission begutachtet. Wer noch unschlüssig ist, ob er sich impfen lassen möchte, kann sich auf eine Reserveliste setzen lassen. In Ausnahmefällen können Personen vorgezogen werden, aber nur auf Vorschlag eines Arztes, der die Lage einschätzt. *mig*

Haarige Angelegenheit

Grenznahe Friseursalons verzeichnen einen Ansturm deutscher Kunden

Von Volker Bingenheimer

Remich/Wasserbillig. Weil Friseursalons in Deutschland seit sechs Wochen im Lockdown sind, zieht es derzeit viele deutsche Kunden zu Friseuren in Luxemburg. Entlang der Grenze berichten viele Luxemburger Salons über einen großen Andrang aus dem Nachbarland. Seit dem 11. Januar dürfen die Salons hierzulande wieder öffnen, wenn auch unter strengen Corona-Auflagen. Vielfach müssen die Betriebe im Grenzgebiet Überstunden machen, um die zusätzlichen Kunden zu bedienen.

„Wir könnten viel mehr Kunden drannehmen, als wir dürfen“, sagt Friseurin Sylvie Lopes-Hüther vom Salon Sylvie in Remich, der nur ein paar Schritte von der Grenzbrücke entfernt liegt. In den letzten Wochen hat sie viele Anrufe aus Deutschland bekommen. „Die Leute kommen aus Trier, aus Saarlouis und aus Saarbrücken zu uns. Eine Kundin hat sogar den ganzen Weg aus Frankfurt auf sich genommen, um sich hier die Haare schneiden zu lassen.“

Strenge Restriktionen

Aufgrund der Corona-Regeln in Luxemburg kann sie trotzdem ihren Salon nicht auf Hochbetrieb fahren. Er hat 80 Quadratmeter Ladenfläche, demnach dürfen sich nur maximal acht Kunden dort aufhalten. Restriktionen gibt es auch beim Personal: „Wir haben hier sechs Mitarbeiter, von denen dürfen nicht mehr als vier gleichzeitig arbeiten.“

Sylvie Lopes-Hüther legt aber Wert darauf, keine Stammkunden wegen der vielen Anfragen aus Deutschland abzuweisen. „Diese Passage-Kunden legen wir dann meistens auf den Abend, weil wir länger als sonst geöffnet haben.“

Während bei fast allen Deutschen die Frisuren also immer mehr aus dem Lot geraten und sich die Haartracht der Mode der 1970-er Jahre annähert, scheint bei manchen die Not so groß zu sein, dass sie selbst Hand anlegen. Vor allem Männer können sich nicht mit langen Haaren sehen und versuchen sich an einer Do-it-yourself-Frisur, während sich Frauen öfter selbst die Haare färben. Beides kann gehörig schief gehen, erklärt

Anja Meyer, Inhaberin des Salons „Coiffeur Creativ“ in Wasserbillig. Vor allem eine missratene Haarfarbe sei schwierig wieder hinzukriegen. „Wenn sich ursprünglich dunkelhaarige Frauen blond färben, kann so etwas wie Orange dabei herauskommen. Dann braucht es professionelles Wissen, um die Farbe wiederherzustellen.“

In den Wochen seit Weihnachten ist Anja Meyer in Deutschland zu nationaler Bekanntheit gelangt. Die Saloninhaberin – nach eigenem Bekunden halb Deutsche, halb Luxemburgerin – war im Fernsehen, hat unzählige Radio-Interviews gegeben und mit Zeitungs-Journalisten gesprochen. Alles hatte damit angefangen, dass sie im Radio die Frisuren der deutschen Fußballprofis fachlich kommentiert hat, die trotz des Lockdowns mit frisch geschnittenen Haaren glänzten. Als sie dann noch die Bemerkung fallen ließ, dass sie eine Kundin aus dem 500 Kilometer entfernten München hatte, hagelte es Interview-Anfragen.

Plus von 20 Prozent

Vieles hätten die Medien aller-

dings aufgebauscht, sagt Anja Meyer und nuanciert im Gespräch mit dem „Luxemburger Wort“: „Die meisten Kunden aus Deutschland kommen nicht nur wegen des Friseurbesuchs nach Wasserbillig, sondern verbinden das mit einer Einkaufstour.“ Das Plus, das ihr die deutschen Kunden bescheren, schätzt sie auf 20 Prozent. Stammkunden haben allerdings auch bei ihr Vorrang.

Anja Meyer findet es positiv, dass die Luxemburger Regierung auch auf die psychische Verfassung der Menschen achte. „Viele leiden unter der Vereinzelung im Lockdown und können sich nicht mehr im Spiegel ansehen.“ Ein Friseurbesuch bringe dagegen soziale Kontakte und gebe dem Selbstwertgefühl Auftrieb.

Sorgen macht sich die Friseurin mit ihrem Salon direkt an der Grenze über die wieder aufkeimenden Diskussionen, Deutschland könne wieder Grenzkontrollen einführen. „Die Grenzschließung im letzten Frühling ist den Luxemburger Kunden bitter aufgestoßen. Wir haben hier so ein gutes Miteinander aufgebaut, ich möchte nicht, dass das innerhalb kurzer Zeit zerstört wird.“

Friseur-tourismus nach Luxemburg

Wasserbillig. Grenznahe Friseursalons in Luxemburg bedienen derzeit viele zusätzliche Kunden aus Deutschland. Weil im Nachbarland die Salons seit Weihnachten geschlossen bleiben müssen, nehmen einige Kunden weite An-

fahrtswege nach Luxemburg in Kauf, wo sie seit dem 11. Januar wieder geöffnet sind. Einige Salons berichten von Kunden aus Frankfurt oder München. Friseurin Anja Meyer, die einen Salon in Wasserbillig besitzt, geht von einem Umsatzplus im Januar von 20 Prozent aufgrund der Kunden aus dem Nachbarland aus. *vb*

Real-Warehaus in Kenn wird schließen

Luxemburg. Im Sommer hatte die in Luxemburg registrierte Beteiligungsgesellschaft SCP Group in Deutschland die Einzelhandelskette Real übernommen. Wie die SCP Group erklärte, wolle sie die 296 Warenhäuser nicht selbst betreiben, sondern verkaufen. Die SCP Group gehört Felix Jewtuschenkow, dem Sohn des Luxemburger

Ehrenkonsuls Wladimir Jewtuschenkow. Einige Standorte wurden inzwischen von Kaufland oder Globus übernommen. Nicht so der Standort Kenn bei Trier, der auch Luxemburger als Kunden zählt - er wird am 30. September schließen, wie Real gestern dem „Luxemburger Wort“ bestätigte. 124 Mitarbeiter sind betroffen. Ob es andere Interessenten für den Standort gibt, war nicht zu erfahren. *MeM*

Hoffen auf feuchten Frühling

Trotz Regen und Schnee erholen sich die Trinkwasserreserven in Luxemburg nur zögerlich

Von Volker Bingenheimer

Luxemburg. Der feuchte Dezember und der Januar, der fast überall in Luxemburg Schnee gebracht hat, lassen die Trockenheit im Sommer fast vergessen. Allerdings sind in den tieferen Bodenschichten die Spuren des heißen, niederschlagsarmen Sommers noch nicht verschwunden. Durch den Klimawandel könnte sogar auf lange Sicht die Trinkwasserversorgung in Spitzenzeiten wackeln.

Gerade für die Grundwasserreserven waren die Niederschläge im Dezember und Januar willkommen, sagt Brigitte Lambert, Leiterin der Abteilung Trinkwasser beim Wasserwirtschaftsamt. Damit sich die Grundwasserspeicher von dem trocken-heißen Sommer erholen, muss das Wasser erst einmal in tiefere Bodenschichten vordringen. „Bis November war nur die Oberfläche feucht. Die Regeneration der Wasserspeicher hat in diesem Winter einen Monat später angefangen als im langjährigen Mittel“, sagt Brigitte Lambert.

Schnee bringt viel

Sehr wirkungsvoll war der Schnee in diesem Januar. Er schmilzt lang-

sam und das Schmelzwasser kann fast vollständig versickern, solange der Boden nicht gefroren ist.

Im Sommerhalbjahr nützen die Regenfälle für die Regeneration der Trinkwasserspeicher fast nichts. Die hohe Verdunstung und die Vegetation verhindern, dass Regen in tiefere Schichten gelangt. Besonders die starken Regenfälle fließen einfach in Bäche oder die Kanalisation ab.

„Durch den Klimawandel beginnt die Vegetationszeit früher und hört später auf“, erklärt Brigitte Lambert. „Dadurch wird das Zeitfenster, in der sich die Grundwasserreserven erholen können, immer kleiner.“ In Luxemburg ist die Versorgung der Bevölkerung und Unternehmen mit Trinkwasser bei normalen Witterungsverhältnissen kein Problem. Bei anhaltender Trockenheit jedoch steigt der Verbrauch enorm und das Versorgungssystem stößt an seine Grenzen.

Laut der Wasserexpertin kommt es jetzt auf den Niederschlag der kommenden Wochen bis Ende März an. „Wenn wir ein kaltes, regnerisches Frühjahr bekommen,

kann sich das Grundwasser regenerieren. Anderenfalls werden sich die Trinkwasserreserven nur unterdurchschnittlich füllen.“

Verhängnisvoller Effekt

Ob die Böden ausreichend mit Feuchtigkeit gesättigt sind, spielt auch für die gefürchteten Hitzewellen eine Rolle. Wie Forscher der ETH Zürich herausgefunden haben, sind feuchte Böden in der Lage, die Erhitzung zu dämpfen. Fallen sie trocken, heizen sie sich bei Extremtemperaturen noch zusätzlich auf – ein verhängnisvoller Effekt, denn Hitzeperioden verstärken sich dadurch selbst.

Auch Andrew Ferrone, leitender Meteorologe bei den technischen Landwirtschaftsdiensten (ASTA) ist dieser Zusammenhang bekannt. „Es lässt sich feststellen, dass die Hitzewellen der vergangenen Jahre immer nach einer trockenen Periode im Frühjahr oder Anfang des Sommers aufgetreten sind“, sagt er. Für Luxemburg sei bei ausgetrockneten Böden mit einer zusätzlichen Erhöhung um 1,5 Grad zu rechnen. Bei einer globalen Erwärmung von 2 Grad bedeutet das folglich einen Anstieg

um 3,5 Grad.

Kleintiere unter Stress

Vom Wassermangel in den Böden sind die meisten landwirtschaftlichen Kulturen nicht so stark betroffen. Auf Äckern und Wiesen reichen die Wurzeln der Pflanzen nur maximal einen Meter in die Tiefe, erklärt Simone Marx, Bodenwissenschaftlerin der ASTA, und fügt hinzu: „In der Landwirtschaft wirken sich wiederkehrende trockene Jahre deshalb weniger dramatisch auf den Untergrund aus.“ Anders sieht es zum Beispiel in Obstkulturen oder im Wald aus, wo die Bäume viel Wasser aus der Tiefe beziehen.

Die langen Trockenperioden, wie sie in Luxemburg in den vergangenen Jahren vorkamen, bedeuten zudem Stress für kleine Tiere, die in der Erde leben. Auf Feldern spielen zum Beispiel Regenwürmer eine große Rolle für die Gesundheit des Bodens, erklärt ASTA-Ökologin Anne Zangerlé. „Regenwürmer sind von Dürren sehr betroffen. Einige Arten flüchten in tiefere Schichten, bei anderen überleben nur die Eier.“

Gärtnern im Klimawandel

Ohne große Umstellungen können wir unsere Gärten fit für den Klimawandel mit heißen Sommern und milden Wintern machen. Naturberaterin Lieke Mevis von natur&emwelt gibt einige praktische Tipps für die bevorstehende Saison:

– **Große Rasenflächen** ohne andere Pflanzen sind ökologisch nicht

ideal und vertrocknen im Sommer schnell, wenn sie nicht regelmäßig bewässert werden. „Rasen an sich ist nicht das Problem, aber er sollte um andere Pflanzenarten ergänzt werden“, sagt Lieke Mevis. „Ein strukturreicher Garten mit vielen Arten hält das Wasser am besten im Boden und schützt vor Austrocknung.“

– Die gute alte **Regentonne** aus Plastik oder – dekorativer – ein Holzfass leistet auch im Klimawandel gute Dienste. Mit dem gesammelten Regenwasser kommen Gartenbesitzer mehrere Wochen über die Runden, ohne kostbares Leitungswasser verwenden zu müssen.

– **Hecken aus Laubgehölzen** wie Weißdorn oder Feldahorn sorgen für Schatten und vermindern Erosion

durch Wind. Der immergrüne Liguster bietet auch im Winter Sichtschutz.

– **Heimische Arten** sind an die hiesigen Klimaverhältnisse besser angepasst als Exoten. So brauchen sie weniger Pflege und Wasser. Lieke Mevis rät, schon beim Kauf von Jungpflanzen wie Hecken, Sträuchern und Bäumen darauf zu achten, dass sie nicht in der Gärtnerei mit Pestiziden behandelt wurden.



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

ZAHLEN UND FAKTEN

Die Zahlen sind nicht so schlecht, wie sie aussehen

ENERGIE Anteil der Erneuerbaren am Verbrauch

Christian Muller

Laut den Zahlen von Europas statistischem Institut Eurostat ist Luxemburg, was der Anteil von erneuerbaren Energien am Stromverbrauch anbelangt, der zweitschlechteste Schüler in der Europäischen Union. Die Zahlen sind aber nicht so schlecht, wie sie aussehen. Sie sind sogar deutlich besser.

Vor einigen Tagen hat Eurostat Zahlen zum Anteil von erneuerbaren Energiequellen im Stromverbrauch der Mitgliedsländer im Jahr 2019 veröffentlicht. Luxemburg schneidet dabei sehr schlecht ab. Europaweit haben erneuerbare Energiequellen 34 Prozent des Bruttostromverbrauchs in der EU ausgemacht, so Eurostat. Nur in Malta, Zypern, Luxemburg und Ungarn lag der Anteil von Strom aus erneuerbaren Quellen bei 10 Prozent oder weniger.

In Österreich und Schweden wurden derweil mehr als 70 Prozent des verbrauchten Stroms aus erneuerbaren Quellen erzeugt, so das statistische Institut. Auch in Dänemark (65 Prozent), Portugal (54 Prozent) und Lettland (53 Prozent) machten erneuerbare Energien mehr als die Hälfte des in diesen Ländern verbrauchten Stroms aus.

Schlussendlich ist der Anteil der Erneuerbaren am verbrauchten Strom höher, als die Zahlen zeigen. So ergibt einerseits eine Nachfrage beim „Institut luxembourgeois de régulation“ (ILR), der Aufsichtsbehörde des Sektors, dass sich ihre Berechnungen leicht von denen von Eurostat unterscheiden. An-

stelle von 10 Prozent liege der Anteil der Erneuerbaren am Verbrauch (laut europäischer Berechnung) hierzulande somit bei 12,2 Prozent.

Zudem klammert Eurostat in seiner Analyse die Stromimporte aus der Rechnung aus. Für Luxemburg, wo nur ein geringer Anteil des Verbrauchs durch die nationale Produktion abgedeckt wird, ist die Art der Eurostat-Rechnung somit ziemlich bedeutungslos. Sie zeigt lediglich, dass in Luxemburg – verglichen mit dem Verbrauch – nicht viel erneuerbarer Strom erzeugt wird.

Hintergrund dieser Art der Berechnung ist, dass nicht feststellbar ist, welcher Strom physisch gerade in der Leitung fließt (ob der Strom mit Kohle oder mit Wind hergestellt wurde, kann man weder sehen noch riechen). Da zudem die meisten Länder Europas quasi Selbstversorger sind, ist es einfacher, nur die nationale Produktion zu untersuchen.

Luxemburg ist jedoch, was Energie anbelangt, von Importen abhängig. Ein europäischer Sonderfall. Gerade mal 15,9 Prozent des Verbrauchs wurde 2019 durch die nationale Produktion abgedeckt. Von diesen 15,9 Prozent stammten etwas mehr als zwei Drittel (77 Prozent) aus erneuerbaren Quellen.

Aus 10 Prozent
werden 59 Prozent

Was nun den wirklichen Anteil

der Erneuerbaren am Stromverbrauch des Landes im Jahr 2019 (so wie der gelieferte Strom bezahlt wurde) anbelangt, so sind die Zahlen deutlich besser. Insgesamt stammten 2019 starke 59 Prozent des nationalen Strommixes aus erneuerbaren Quellen. Den größten Anteil stellte mit 46,9 Prozentpunkten die Wasserenergie, gefolgt von Biomasse (5,5 Prozentpunkte) und Wind (4,8 Prozentpunkte). Die Sonne stand demnach 2019 nur für 1,8 Prozent des nationalen Strommixes.

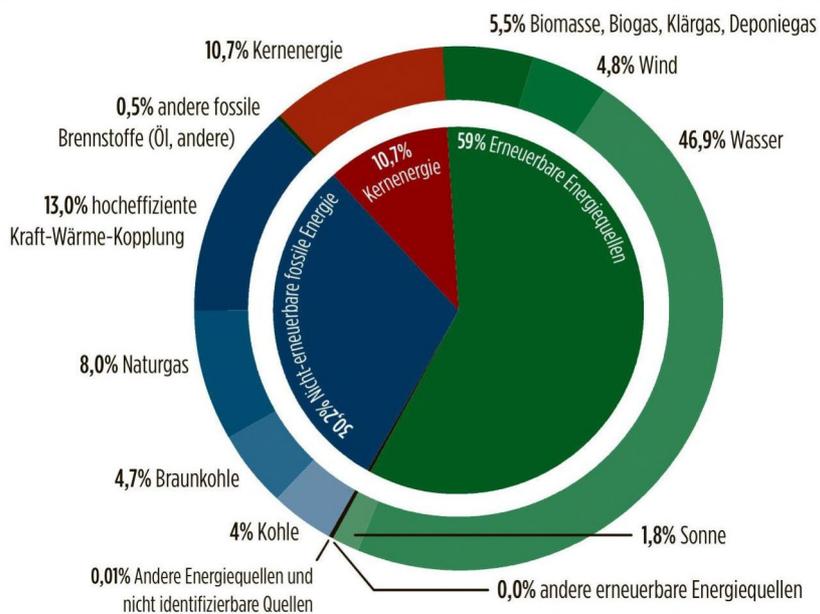
Fossile Energien standen 2019 für 30,2 Prozent am nationalen Stromverbrauch – Kohle/Braunkohle davon für 8,7 Prozentpunkte. Die restlichen 10,7 Prozent wurden von Atomkraftwerken geliefert.

Verglichen mit dem Vorjahr 2018 handelt es sich um eine deutliche Verbesserung: Damals stammten nur 53,9 Prozent des nationalen Strommixes aus erneuerbaren Energien. Im Jahr 2017 waren es 55,3 Prozent.

Europaweit ist der Anteil an erneuerbaren Energiequellen am Bruttostromverbrauch 2019 auf 34 Prozent gestiegen, so Eurostat. (Das ist somit eigentlich ein deutlich kleinerer Anteil als in Luxemburg.) Im Vorjahr waren es erst 32 Prozent. Mehr als zwei Drittel des gesamten aus erneuerbaren Quellen erzeugten Stroms entfielen europaweit auf Wind- und Wasserkraft (jeweils 35 Prozent). Solarenergie stand für 13 Prozent. Die Solarenergie ist die am schnellsten wachsende Quelle, schreibt Eurostat weiter. 2008 stand sie nur für 1 Prozent am Bruttostromverbrauch.

Zusammensetzung des Luxemburger Strommixes im Jahr 2019

Quelle: ILR - Grafik: Tageblatt/Lavinia Breuskin



Faktuell 32

Migrant Integration Policy Index

Der Brüsseler Thinktank Migration Policy Group hat die Integrationspolitik von 52 Ländern miteinander verglichen und daraus seinen MIPEX-Index (Migrant Integration Policy Index) errechnet. Um Missverständnissen vorzubeugen: Es geht nicht um die Messung der Integration von Migrant*innen, sondern um eine Überprüfung der bestehenden Gesetze und institutionellen Rahmenbedingungen hinsichtlich ihrer Integrationsfreundlichkeit. Grundlage bilden die Antworten nationaler Expert*innen auf einen umfassenden Fragenkatalog. Wie diese Politiken umgesetzt werden und wie die Integration über den staatlich reglementierten Bereich hinaus gelingt, ist schwieriger festzustellen bzw. entzieht sich weitgehend der objektiven Messung, besonders wenn es um erlebte Alltagsdiskriminierungen geht.

Der Luxemburg-Report¹ wurde am 16. November dieses Jahres im Rahmen einer vom nationalen Partner ASTI organisierten Veranstaltung und im Beisein der Familien- und Integrationsministerin Corinne Cahen (DP) vorgestellt.² Inzwischen ist auch der internationale Bericht mit dem hier abgedruckten Ranking erschienen. Luxemburg erreicht 64 von 100 Punkten und verbessert sich somit gegenüber dem letzten Index von 2015 um 10 Punkte. Damit liegt es auf Platz 10 unter den 52 Teilnehmerstaaten und auf Platz 4 unter den 28 EU-Staaten, weit über dem EU28-Durchschnitt von 49 Punkten und rückt nah an die Spitzengruppe heran. Zu ihr gehören seit dem ersten MIPEX-Bericht im Jahr 2004 die vier traditionellen Einwanderungslän-

der (Kanada, Neuseeland, Vereinigte Staaten, Australien) sowie einige nordeuropäische Staaten. Mittlerweile haben sich auch Portugal und Belgien dieser Gruppe angeschlossen.

In der Untersuchungsperiode von 2014 bis 2019 weisen zehn Länder (Argentinien, Australien, Dänemark, Island, Italien, Korea, Mexiko, Norwegen, Schweden und die USA) eine restriktivere Integrationspolitik auf als im letzten Bericht. Da es sich meist um die Musterknaben des Rankings handelt und die Rückgänge nur geringfügig sind – mit Ausnahme von Dänemark mit minus 4 – fallen sie gegenüber den insgesamt positiv stimmenden Fortschritten kaum ins Gewicht. In der Tat haben 33 Länder ihren Indexwert zwischen 2014 und 2019 verbessert. „The most dramatic improvements occurred in Turkey (+17), Brazil (+12) and Luxembourg (+10).“³

Der MIPEX-Index unterscheidet acht Politikfelder. Luxemburg schneidet am besten bei der politischen Teilhabe (85 Punkte, Rang 2) und beim Einbürgerungsrecht (79 Punkte, Rang 8) ab. Am schlechtesten beim Thema Arbeitsmarktmobilität (35 Punkte, Rang 39), hauptsächlich wegen der Steine, die Nicht-EU-Bürger*innen in den Weg gelegt werden. In den meisten Feldern ist noch viel Luft nach oben, wie die im Luxemburg-Report nachzulesenden, zahlreichen Verbesserungsvorschläge zeigen. ♦

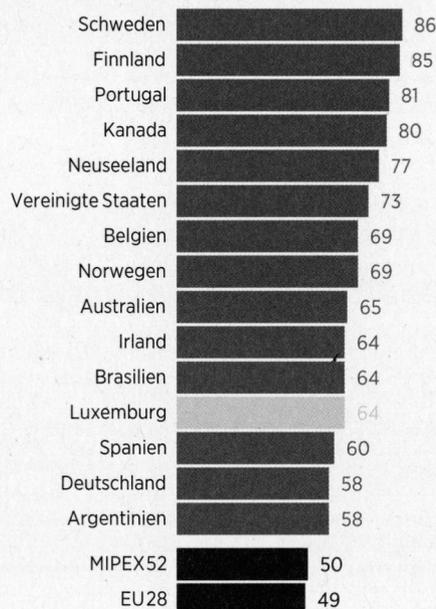
ff

MIPEX-Index 2020 für Luxemburg und seine acht Teilindizes

Politikfelder	Punkte	Rang*
Politische Partizipation	85	4
Einbürgerungsmöglichkeiten	79	8
Bildung	64	12
Antidiskriminierung	89	16
Dauerhafter Aufenthalt	58	27
Gesundheit	46	29
Familienzusammenführung	52	35
Arbeitsmarktmobilität	35	39
MIPEX-Index	64	10

*Rang unter den 52 Teilnehmerstaaten

MIPEX-Index 2020



Quelle: www.mipex.eu

1 <https://www.mipex.eu/luxembourg> (alle Internetseiten, auf die in diesem Beitrag verwiesen wird, wurden zuletzt am 11. Dezember 2020 aufgerufen).

2 <https://www.youtube.com/watch?v=BdTcDUyhfWs>

3 <https://tinyurl.com/y4w87dss>, S.15.